

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Bekanntheits-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 20. Juni 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eine Niederlage des Parlaments.

Der deutsche Reichstag ist bekanntlich kein Parlament, wie die Parlamente der parlamentarisch regierten Staaten: Englands, Frankreichs und bis zu einem gewissen Grade sogar Italiens und Oesterreichs. In diesen Staaten, denen wir die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika nur deshalb nicht zählen, weil die Bedeutung des Parlamentarismus in ihnen sehr zurücktritt, liegt der Schwerpunkt des Staates in dem Parlament, als der Volksvertretung. Die Regierung steht nicht im Gegensatz zum Parlament, ist nicht einmal etwas von ihm Verschiedenes, sondern die Regierung ist der Ausfluß des Parlaments und der Ausdruck der parlamentarischen Majorität. Die Regierungsmitglieder sind Mitglieder des Parlaments und sie hören auf Regierung zu sein, sobald die Majorität aufhört, für die Regierung, d. h. für diese bestimmte Regierung zu sein.

In den parlamentarisch regierten Ländern ist die Regierung allerdings nicht verpflichtet oder gezwungen, jedesmal gleich abzutreten, wenn sie in die Minorität gekommen ist, — sie hat das Recht, das Parlament aufzulösen und an die Wählererschaft — an das Volk zu appellieren. Ist die Majorität auch nach der Neuwahl gegen die Regierung, so hat diese zurückzutreten, und aus der Majorität des Parlaments wird eine neue Regierung gebildet.

In Deutschland ist es anders, wie den Lesern satfam bekannt. Die Regierung wird weder von, noch aus dem Reichstag gebildet, der Reichstag wird bei der Regierungsbildung gar nicht gefragt. Der Schwerpunkt des Staats liegt außerhalb des Reichstags — der Kaiser ernennet — direkt und indirekt — die Regierung, und die Regierung muß sehen, wie sie mit dem Reichstag fertig wird. Hat sie die Majorität, dann gut; hat sie die Majorität nicht, dann auch gut. Im Deutschen Reiche hat noch keine Regierung abgedauert, weil der Reichstag in seiner Majorität gegen sie war.

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens hat der norddeutsche und deutsche Reichstag sich in seiner Majorität freiwillig unter Bismarcks Diktatur gestellt; es konnte also zu Konflikten nicht kommen.

Der erste Konflikt war 1878, wo Bismarck, seinem eigenen Geständnis nach, in eine Sackgasse gerathen war, und die „Aktentate“ dazu benutzte, den „Rothen Schrecken“ heraufzubeschwören und sich durch Auflösung des Reichstags eine künstliche Majorität zu schaffen.

Im Jahre 1887 mußte das Experiment wiederholt werden. Der Reichstag fing allmählich an, sich zu fühlen und, freilich sehr zaghaft, nach einer gewissen Selbständigkeit zu streben.

Eine dritte Auflösung erfolgte 1893 und ihre Frucht ist der gegenwärtige Reichstag, der bei mehreren Anlässen eine gewisse Selbständigkeit bewiesen und sich dadurch den Born der Reaktionen zugezogen hat. Von Selbständigkeitsgelüsten zu stolzem Selbstgefühl und zu bewußtem, entschlossenem Streben nach selbständiger Macht ist aber noch ein weiter Schritt. Das hat sich am gestrigen Tage gezeigt.

Der Reichstag hatte eine treffliche Gelegenheit, der Regierung eine Lektion zu geben, der Regierung gegenüber seine Selbständigkeit zu betheiligen und dadurch seine Machtstellung zu verstärken, ihr die Anerkennung zu erzwingen.

Und der Reichstag hat diese Gelegenheit veräußert. Er hat es nicht gewagt, den Stier bei den Hörnern zu packen und ist der ihm angebotenen Kraftprobe ausgewichen.

Es handelte sich um das Verlangen der Regierung, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in diesen glühenden Sommermonaten „durchgepeitscht“ werde. Für dieses Verlangen ist kein vernünftiger Grund vorgebracht worden und läßt sich keiner vorbringen. Der deutsche Reichstag, der noch niemals die Sommermonate hindurch auf längere Zeit getagt hat, kann das Bürgerliche Gesetzbuch im Herbst bequem erledigen, während es jetzt nur mit Hilfe der gewaltsamsten Mittel und ungründlich erledigt werden kann, falls die Erledigung jetzt überhaupt möglich ist. Für den Zeitpunkt der Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs ist es ganz gleichgültig, ob die Erledigung im Sommer oder im Herbst stattfindet. Und zweifellos ist, daß die Berathung im Herbst unter für die bürgerlichen Parteien weit günstigeren und würdigeren Bedingungen stattfinden würde, als gegenwärtig im Hochsommer. Thatsache ist ferner, daß die Regierung ursprünglich gar nicht daran dachte, daß die Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuchs große Eile habe — sonst würde sie den Reichstag nicht ungewöhnlich spät einberufen haben.

Kurz — alle Gründe sprechen für die Berathung im Herbst und gegen die Berathung im Sommer. Trotzdem steift die Regierung sich auf sofortige Erledigung, und sie droht sogar, den Reichstag zu schließen, wenn ihr nicht nachgegeben wird! Diese Drohung verräth, daß es nicht Zärtlichkeit für das Bürgerliche Gesetzbuch ist, was die Regierung treibt, denn, wird der Reichstag geschlossen, statt vertagt zu werden, so sind die bisherigen Kommissionsarbeiten des Reichstags sämtlich verloren und das Bürgerliche Gesetzbuch könnte dann frühestens gegen Ende der nächsten Session zu Stande kommen.

Was die Regierung bestimmt, können demnach nicht Gründe sein, die in der Sache selbst, wir meinen in dem Bürgerlichen Gesetzbuch, liegen. Es können nur politische Gründe sein. Die Frage: ob Schluß, ob Vertagung? ist für die Regierung zur Machtfrage geworden. Sic volo sic jubeo, stat pro ratione voluntas. So will ich — was braucht's

da der Gründe? Hic Rhodus, hic salta — hier ist der Stock, hier springe!

Und der Reichstag ist über den Stock gesprungen. Statt ihn beiseite zu schlagen, statt die Regierung vor die Wahl zu stellen: Achtung des Reichstags oder Zerstörung des eigenen Werks — hat die Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags sich demüthig dem Willen der Regierung gefügt, und — die treffliche Gelegenheit ist veräußert worden.

Der Weg zu Ansehen und Macht geht nicht durch ein laudinisches Joch.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 19. Juni.

Im Reichstage kam es heute zunächst zu einer sehr ausgedehnten Geschäftsordnungs-Debatte, in der die Meinungen darüber, ob die zweite und dritte Lesung des Bürgerlichen Gesetzbuchs jetzt schon stattfinden oder bis zum Herbst verschoben werden soll, hart aufeinander playten. Nachdem die Vertreter aller Parteien, auch der kleineren Gruppen, zum Worte gekommen waren, wurde mit erheblicher Mehrheit Eintritt in die Berathung beschlossen. Da die Rechte sich an der Diskussion gar nicht betheiligte und die Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen sich nur auf kurze Bemerkungen beschränkten, so war es möglich, in kürzester Zeit fünf Abschnitte mit über 200 Paragraphen zu erledigen. Von unserer Seite betheiligten sich die Genossen Stadthagen, Frohme und Bebel an den Debatten. Ein Versuch des Antisemiten Jekrant, durch Beweiflung der Beschlußfähigkeit des Hauses die Verhandlungen zum Stocken zu bringen, mißlang, da das Bureau einstimmig der Ansicht war, daß das Haus beschlußfähig sei. Zu dieser Ansicht konnte das Bureau freilich nur dadurch kommen, daß es auch die im Restaurant und den Cafés befindlichen Abgeordneten mitzählte, denn im Saale waren wirklich kaum 50 Mann, als Herr Jekrant seinen Obstruktionsversuch machte.

Während der Verhandlungen erschien auch der chinesische Botschafter Li-Hung-Tschang in der Bundesthatsloge des Reichstags und später begab er sich mit seinem „Gefolge“ in die Restaurationslokalitäten, wo er sich im Kneipzimmer der konservativen Partei ein Glas Wein reichen ließ. Spatzvogel behaupteten, Li-Hung-Tschang sei als Zugmittel nach dem Reichstage gebracht worden, um auf diese Weise die Präsenz der Abgeordneten zu heben und die permanente Beschlußfähigkeit zu überwinden.

Morgen Fortsetzung der heutigen Tagesordnung um 11 Uhr vormittags.

Das preussische Abgeordnetenhaus hielt am Freitag seine letzte geschäftliche Sitzung in dieser Session ab; es wurden nur Petitionen erledigt.

Internationale Kunstausstellung

III.

Aus den anderen deutschen Kunststädten ist diesmal nicht sonderlich viel zu berichten. Die mannigfachen Akademien und Kunstschulen geben einer übergroßen Anzahl junger Leute Gelegenheit, das Handwerk der Kunst und die Manieren bekannter Lehrer zu studiren. Darüber hinaus kommen die wenigsten und so werden die Reihen der geistigen Proletariat wesentlich vermehrt. Es wäre da ein sehr ernstes Kapitel zu schreiben, das im besonderen unsere allgemeinen Verhältnisse beleuchten könnte. Wie viele Halb-Töchter drängen sich zu den Akademien, des Erwerbs, nicht der Kunst wegen. Je mehr sich der Besitz in wenigen Händen konzentriert, je weitere Kreise verarmen, um so geringer wird die Wahrscheinlichkeit für die heranwachsende Künstlerseelschaft, mit Erfolg zu schaffen. Und da hängen nun ihre Bilder zu hunderten auf den großen Ausstellungen; man weiß nicht, was daraus werden soll. Vielleicht wären diese mittelmäßigen Maler tüchtige Kunsthandwerker geworden. Aber das Kunsthandwerk braucht einen breiten Boden, um zu gedeihen. Und woher soll es den gewinnen bei der Massenverarmung in unserer Zeit? Nur aus den großen Kamtschabazaren erlöset das Lothwort: Schmücke Dein Heim!

Im Mittelpunkt deutscher Kunstthätigkeit, in München, verhielt man sich diesmal nicht allzu freundlich gegen die Berliner Jubiläumsausstellung. Die Sezession ist ferngeblieben und damit fehlt Münchens jungaufstrebende Kraft. Die Sezession hat in diesem Sommer besondere Anstrengungen für die eigene Ausstellung in München gemacht, die Ende Mai eröffnet wurde. Was von jungem, künstlerischem Leben aus Licht drängt, das ist dort zu sehen. Wir hier in Berlin werden mit einer Nacklese abgepeist. Ein paar pikant geistvolle Frauenporträts von Lenbach, die Schlangenkönigin desselben Meisters, Wilhelm Trübner's Landschaftskubien, „Die Kreuzabnahme“ von Louis Corinth, der energisch zu zeichnen versteht und niederländischen Mustern nach-eifert, und Walter Fries's „Sonntagmorgen“ und „Genefersee“, zwei warm empfundene Gemälde, bei denen aber eine stark sentimentalische Absichtlichkeit ficht, sind wohl die hervor-
stechendsten Arbeiten der Münchener Abtheilung.

Wozu es in Düsseldorf zu einer Sezession kam, das wird nach den Kunstwerken in den Düsseldorfer Sälen niemandem recht klar. Nennenswerthe Unterschiede findet man bei der Kunstpflege der „alten“ wie der Sezessionisten Düsseldorf nicht. In Düsseldorf hängt man stets noch an einem gewissen gut bürgerlichen Behagen. Der Einfluß der Bourgeoisie auf die Kunst wird kaum irgendwo anders so deutlich, wie auf der Düsseldorfer Schau. Wohltemperirte Leidenchaften, akademische Glätte, zumal in der religiösen Malerei, ein freundlich-friedliches Naturgefühl in den Landschaften, das sind so die wesentlichsten Merkmale der Düsseldorfer Schule, die heute fast jeden Zusammenhang mit der internationalen Kunstwelt verloren hat. In eine vergangene Periode reicht Bantier's „Schwarzwälder Wirthstube“. Des seltsamen Tendenzgemäldes „Christus Victor“ von Ferdinand Brütt war bereits bei Besprechung der Christus-Ausstellung gedacht worden. Das Bild mit seiner schiefen Auffassung vom Wesen der großen proletarischen Erhebung unserer Tage ist offenbar unter dem Einfluß der Mystiker und Neu-Katholiken in Paris entstanden.

Eher als in Düsseldorf scheint sich in Dresden neues Leben zu regen und eine Zeit war Dresden, das mit die herrlichste Kunstausstellung nördlich der Alpen hat, fast völlig aus dem Kunstgebiet der Gegenwart gestrichen. Jetzt ist von München her Gotthard Rühl, der klare Freilichtmaler, als Lehrer nach Dresden gekommen, frühlich entwickelt sich Max Pieischmann, der Phantastie besingt und Humor, (von ihm ist eine Gruppe Adam und Eva zu sehen), und jüngere Kräfte rüsten sich regsam.

Die anderen deutschen Kunststädte haben von jeher engere Spezialitäten gepflegt; und so sind die beschaulich-gemüthlichen Landschaftsmaler Schönteuber und Weisshaupt aus Karlsruhe mit Proben ihrer schlichten, gewinnenden Kunst vertreten. Unter den Malern Weimars fällt Fritz Fleischer auf, einer der wenigen Künstler, die ein sogenanntes „Armeleutbild“, „Die Roth“ angestellt haben. Vor einigen Jahren waren die Kunstwerke, bei denen sozialistisches Mitempfinden durchklang, häufiger auf unseren Ausstellungen zu sehen. Der Einfluß des Geldsacks machte sie verschwinden.

Was die fremden Nationen und in diesem Jahre vorkührten,

ist reines Stückwerk, als hätte der bloße Zufall und nicht die bestimmte Absicht vorgelegen, zu zeigen, was das betreffende Land künstlerisch vermag. Hier hat ein Land, wie Italien, ganz leichtfertig beschiedt, dann haben wieder die Scandinavier ihre Kraft überraschend zusammengekommen. So recht also äußerlich die Internationalität unserer Jubiläumsausstellung betont ist, so verfehlt wäre es doch, die Höhe des internationalen Kunstschaffens danach bemessen zu wollen. Wie dürftig z. B. ist, was die Pariser gesandt haben, im Verhältnis zu dem, was sie bieten können und in der That den Berlinern im Vorjahre geboten haben. Besnard hat sich mit einer niederländischen Kleinabgabe abgefunden, Mädchen mit einem Apfel, aus der man den bedeutenden Koloristen nicht voll erkennen kann. Die mystizistischen Klänge, die Gegenrevolte gegen den Naturalismus, wie sie eine Pariser Kunstmode schuf, vernimmt man mehrfach in der Pariser Abtheilung. Sie tönen jaht aus Dubufe's englischem Grus, mit wilder Absichtlichkeit aus der Versuchung des heiligen Antonius von Adolph Vinet entgegen; und in Lagarde's „Moses“, in dem „Holzhammer“ offenbart sich die phantastische Stimmung. Erquicklich ist der feinsinnige, echte Schilderer der eigenthümlichen Großstadtpoesie Raffaeil. Ein kraftvolles Porträt Adolf Menzels von Jean Boldini sei hier noch genannt.

Die amerikanische Künstlergruppe, die Paris als ihre zweite Heimath betrachtet, stellt sich im Vergleiche besser dar, doch auch sie bringt nichts wesentlich Neues vor. Künstlerschaft im eigentlich großen Stil findet man bei den Amerikanern nicht; aber sie wissen jeder nach seiner Weise ein bestimmtes Gebiet resolut anzufassen und ihr ansehnliches Können mit frischer und zäher Willenskraft auf ihre Besonderheit zu vereinen. Sie sind Erobereraturen in der Kunst. So wurde Stewart zum eleganten Maler eleganter Gesellschaft, als den wir ihn abermals kennen lernen; so ist es mit den herben, groß entworfenen Landschaftstudien von Pearce Sprague, wie diesmal eine den Mahmen zu einem Genovesa-Bilde abgiebt.

Wesentliche französische Einflüsse reichen in die Kunst der Scandinavier hinüber. Es ist merkwürdig, wie rüchsam, wie vielseitig die Scandinavier in Kunst und Literatur sind und wie die besten von ihnen die Anregungen, die sie von Frankreich her empfangen haben, selbstbewußt und ihrer ursprünglichen Natur treu zu verarbeiten verstehen. Sie

Das Herrenhaus, das heute außer einigen kleinen Vorlagen ebenfalls nur Petitionen erledigte, wird morgen noch einmal zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten. Nachmittags um 3 Uhr wird der Landtag geschlossen werden.

In Köln hat heute der Prozeß Hofrichter begonnen, der eigentlich Prozeß Münter zu heißen verdient, da es sich dabei wieder im Kern der Sache um die Rolle des ehemaligen Gendarmen, jetzigen Korpschreibers Münter im Essener Meineidsprozeß handelt. Den Bericht über die Kölner Verhandlungen finden unsere Leser unter Gerichtsberichten. An dieser Stelle wollen wir nur einen Beitrag zur Münter-Frage mittheilen, den unser Dortmunder Partei-Organ, die Rheinisch-Westfälische Arbeiterzeitung, ermittelt hat. Das Blatt begründet die Veröffentlichung mit folgenden Worten:

„Aus Sochum wird uns nachfolgende Mittheilung gemacht, die auf Münter's Wahrheitsfindung kein günstiges Licht wirft. Der Fall wird in der Kölner Verhandlung zur Sprache gebracht werden. Ob der Gerichtshof nun seine Urtheilung zuläßt oder nicht, in jedem Falle wird die Veröffentlichung besonders im gegenwärtigen Augenblicke nicht ohne Interesse sein.“

Die so eingeführte Notiz selbst lautet:

Sochum, 17. Juni. (Münter's Rolle bei der Entdeckung eines Pferde-Diebstahls.) Dem Kaufmann (Holzhändler) K. hier selbst wurde ein Pferd gestohlen. Diebstahl wurde ermittelt. Das Pferd aus dem einem Gemeindevorsteher der Nähe gehörigen Stalle dem Eigentümer wieder zuzuführen, wurde der Gendarm Münter, damals in Weimar, beauftragt. Er kam diesem Auftrage nach in der Begleitung zweier Bochumer Polizeisten. Münter erzählte nun dem Eigentümer Herrn K. eine Geschichte, wonach er mit seinem großen Scharfsinne den Dieb entdeckt habe; die Bochumer Polizeisten könnten so etwas nicht; die beiden Dabeistehenden z. B. seien Schaffköpfe, mit ihm verglichen; er deutete an, daß er auch Auslagen gehabt habe; endlich als den Clangpunkt seiner Leistung stellte er hin, daß er den Dieb, den er in Wirklichkeit gar nicht gesehen hatte, derb durchgeprügelt habe. Der Kaufmann K. wollte deshalb dem Münter eine klingende Anerkennung spenden; er sollte 50 M. bekommen, und zwar, damit er nicht mit dem Strafgesetz in Konflikt gerathe, durch Vermittelung seines vorgesehnen Brigadeführers. Da Münter aber meinte, wenn das Geld erst an die Brigade ginge, so bekäme er garnichts, Herr K. möge es ihm deshalb lieber direkt geben, so erhielt er die 50 M. sofort. Als Herr K. später den Schwindel erfuhr, forderte er brieflich von Münter Rückgabe und drohte andererseits mit Anzeige. Darauf sandte M. das Geld zurück.

Die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung, fügt dieser Veröffentlichung dann noch hinzu:

„Wir haben diese Mittheilung erst veröffentlicht, nachdem sie uns von Zeugen, die auch zur eidlischen Erhärtung bereit sind, bestätigt worden ist und nachdem der Postabschnitt, worauf Münter, Weimar, als Absender der 50 M. genannt ist, einem unserer Redakteure vorgelesen hat.“

Herr v. Egnern versucht sich noch einmal dafür zu glorifizieren, daß er als Aufsichtsrath diverser Aktien-Gesellschaften im Dienste des Kapitalismus goldene Früchte einheimst. Herr v. Egnern will dabei den Lesern der „National-Zeitung“ abermals weiß machen, daß der Abgeordnete Singer „Anschuldigungen“ gegen ihn erhoben hat. Wie unser Genosse Singer nachgewiesen hat, hat er keine „Anschuldigungen“ erhoben, sondern Thatsachen mitgeteilt, die Herr v. Egnern selbst als richtig anerkannt hat. Trotzdem jabelt Herr v. Egnern davon, daß Singer den „schlechtesten Rückzug“ angetreten habe. Klugerweise verzichtet Herr v. Egnern; jedoch auf den Versuch, diese Ausgeburt seiner lebendigen Phantasie zu begründen. Statt dieser Pflicht zu genügen erzählt er, daß der verstorbene Windthorst Mitglied des Aufsichtsraths der „Dannover'schen Bank“ gewesen ist.

Wir müssen es der Zentrums-Presse überlassen, ob sie etwas auf diese Mittheilung zu erwidern hat. Jedenfalls beweist dieselbe nicht das geringste gegen die von Singer angeführten Thatsachen, macht aber den Eindruck, als habe Herr v. Egnern sie nur deshalb herbeigeeigert, um die Aufmerksamkeit von seiner eigenen werthen Person abzulenken.

Jur amerikanische Präsidentenwahl. Die republikanische „National-Konvention“ von St. Louis hat gestern Mac Kinley einstimmig zum Präsidenten-Kandidaten ernannt. Das betreffende Telegramm lautet:

Saint Louis, 18. Juni. Mac Kinley wurde zum republikanischen Kandidaten für die Präsidentenwürde gewählt. Bei der Abstimmung erhielten Mac Kinley 661 1/2, Reed 54 1/2, Quay 61 1/2, Morton 58, Wilson 35 1/2 und Cameron eine Stimme. Das Ergebnis wurde mit unbeschreiblicher Begeisterung aufgenommen. Durch einen späteren Beschlußantrag wurde

haben in den letzten Jahrzehnten so garnichts an Kriegsglorie erbeutet, sie haben der Welt keine Gesetze diktiert; das ist doch für die Herrscher von heute der Maßstab zur Beurtheilung der nationalen Werke. Aber welchen Respekt muß man vor diesen kleinen, geistig beweglichen Volksgemeinschaften haben. Schweden und Norwegen war nie zuvor auf einer Berliner Ausstellung so trefflich vertreten, wie diesmal. Es würde den knappen Raum überschreiten, wollte ich in allen Einzelheiten auf diese Abtheilung hinweisen. Nur einige Namen seien hier hervorzuheben. Die geistvoll weiß Andreas Forns, der Schwede, eine Porzellan-Plastik zu malen! In der einen Mädchen-gestalt im Vordergrund eine eindringliche soziale Studie, der Hauch weltler Pikanterie geht von ihr aus: In Wahrheit ohne jede Tendenzmalerei ein tiefdunkles Nachbild aus der Großstadt. Welche leichterregbare Naturempfindung, die jedem leisen Landschaftskreis zu folgen vermag, offenbart Hilis Petersen, der Norweger, oder Frith Johanow, sein Landsmann. Wie originell enthält sich das Thierleben vor dem scharfen Blick des schwedischen Siljesors. Auch wo die Landschaft mit phantastischen Gestalten bevölkert wird, wie bei Hans Feyerdahl in Christiania, ist die liebevolle Naturbetrachtung bemerkenswerth. Treffliche Porträts sind von Chr. Krohg (alte Frau), Björck-Stockholm und Wallander zu sehen.

Soot von den Norwegern hat eins von den wenigen auf's Grueseln berechneten Sensationsbilder der Jubiläumsschau aufgestellt, eine Kindesmörderin. Bei den stilleren Dänen ist eins der kostbarsten Bilder der ganzen Ausstellung anzutreffen, Kroyer's „Komitierung französischer Künstler“, ein Gruppenbild voll feinsten Beobachtung. Sonst sind die Dänen die beschaulichsten unter den Scandinaviern. Anchers' prächtige „Fischer bei einem Boot“ sind in Berlin bereits bekannt gewesen. Mit den niederländischen Gästen ist man in Berlin seit einer Reihe von Jahren vertraut. Die Niederländer von heute sind keine Himmelsstürmer. Sie sind auch in ihrer Kunst bedachtsam. Aber tüchtige Gediegenheit und saubere Arbeit ist ihnen eigen. In ihrer Abtheilung ragt Israels mit seinem „Zogelöhner“ und seinem „Ankeranwurf“ besonders hervor. Mit voller, klarer Bestimmtheit erscheinen seine kernhaften Gestalten. Neben dem lange berühmten Maler des Meeres W. D. Mesdag ist diesmal auch ein jüngerer Maler aus Haag W. B. Tholen, ein Landschaftler, der in seiner Heimath bereits zu Ansehen gelangt, nach Berlin gekommen. Auch einen neuen Belgier, Jef Leempoels, kann man jetzt in Berlin kennen lernen. Im Vorjahre machte seine seltsame Allegorie „Schicksal und Menschen-

sohann die Wahl Mac Kinley's zu einer einstimmigen gemacht. Als Vizepräsident wurde Hobart-New-Jersey nominirt. Hierauf verlagte sich die Konvention auf unbestimmte Zeit.

Das Programm der „Konvention“ oder des „Konvents“, wie es in deutschen Blättern vorzugsweise heißt, empfiehlt den Ankauf der hainischen Inseln, damit die Vereinigten Staaten auf den Antillen eine Flottenstation erhalten könnten, da ein dringendes Bedürfnis hierzu vorliege. In betref der Frage der Monroe-Doktrin erklärt das Programm, daß die gegenwärtigen Besitzungen der europäischen Mächte auf der westlichen Hemisphäre unter keinen Umständen erweitert werden dürfen. Das Programm drückt ferner die lebhafteste Hoffnung aus, den eventuellen Rückzug aller europäischen Mächte aus Amerika zu sehen, und spricht sich schließlich rückhaltlos zu Gunsten der Unabhängigkeit Cubas aus.

Das sind bedeutungsvolle Punkte. Noch bedeutungsvoller jedoch ist, daß Mac Kinley in seiner Person das Programm des Hochschulzoll's ist und daß er entschieden für die Goldwährung eintritt und zu deren Aufrechterhaltung sich der Konvention verpflichtet hat.

Wie die Dinge liegen, ist aber an der Wahl Mac Kinley's kaum zu zweifeln.

Ein Theil der republikanischen Schützlinge ist allerdings von der Partei abgesprungen und hat einen eigenen Silberwährungs-Kandidaten, den Senator Teller aufgestellt; die Silberleute hatten jedoch in der Konvention von zusammen 663 Stimmen im ganzen bloß 110 1/2 Stimmen gegen 512 1/2, welche letzteren sich ausnahmslos auf Mac Kinley vereinigt haben. Da auch die demokratische Partei in ihrer großen Mehrheit gegen die Doppelmährung oder wie die praktischen Amerikaner es nennen: gegen das „schlechte Geld“ (unsound money) ist, so hat die Silberkandidatur keinerlei Aussichten. Die in sich gespaltenen und zerfahrenen Demokraten werden aber schwerlich den Sieg Mac Kinley's verhindern können. Unter solchen Umständen ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, ja beinahe gewiß, daß der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sowohl den letzten spanischen Hoffnungen auf Niederwerfung des kubanischen Aufstandes, als auch den Hoffnungen der Silberleute (Bimetallisten) ein Ende bereiten wird. Und außerdem müssen wir uns auf ein neues Steigen der Hochschulzoll-Bewegung gefaßt machen; Mac Kinley kann zwar den Cleveland'schen Tarif ebenso wenig im Handumdrehen beseitigen, wie Cleveland vor 4 1/2 Jahren den Mac Kinley Tarif, allein eine Verschärfung zum Nachtheile Deutschlands ist jedenfalls zu erwarten.

Ueber den britisch-venezolanischen Grenzkonflikt sind aus englischen Quellen zwei einander einigermaßen widersprechende Mittheilungen eingelaufen. Im englischen Unterhause erklärte Chamberlain, nach einer ihm zugegangenen telegraphischen Meldung hätten einige venezolanische Soldaten die Grenze von Britisch-Guiana überschritten und mit Vermessungsarbeiten beschäftigte britische Beamte bedrängt. Dagegen erfahren die „Daily News“, es habe kein Zusammenstoß zwischen Engländern und Venezolanern stattgefunden. Die letzteren hätten nur in friedlicher Weise Einspruch gegen einen angeblichen Uebergriff britischer Beamter erhoben. — Sehr wichtig scheint der Vorfall also nicht zu sein, obgleich bei der hochgespannten politischen Temperatur in den Vereinigten Staaten auch eine geringfügige neue Sprühfontäne aus der Monroe-Doktrin herausgeschlagen kann.

In England sucht man jedenfalls einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten sorgsam zu vermeiden. So hat gestern Lord Salisbury beim Empfang einer Deputation der internationalen Schiedsgerichts-Liga betont, daß die Verhandlungen mit Amerika einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß England und die Vereinigten Staaten der Welt des erste Beispiel einer Einrichtung zur Abschaffung des Krieges geben würden. Die Liga sei zu ernsthaft bedacht, mit jollirten Mitteln zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten zu wirken, das Problem könne jedoch nur Schritt für Schritt zur Lösung geführt werden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

In Oldenburg wurde am 18. Juni ein Majestätsbeleidigungs-prozeß vor den Schranken des hiesigen Landgerichts verhandelt. Angeklagt war der aus der Ost vorgedrungene Heizer Otto Köpfel aus Stolzenberg, am 10. Mai d. J. zu Nordenham den deutschen Kaiser beleidigt zu haben. An dem genannten Tage hielt der Kriegerverein Nordenham das Fest seiner Fahnenweihe. Als nun der Vorkühende eine Rede auf den Kaiser, den Großherzog und das deutsche Vaterland hielt, erklärte Köpfel, daß er pfeifen werde. Er piff dann auch bei dem Hoch dreimal sehr laut, indem er den Finger in den Mund steckte. — Bei seiner hierauf erfolgten Festnahme äußerte sich Köpfel noch einmal in ungeschickter Weise. — Das Pfeifen ist ihm heute theuer zu stehen gekommen, indem er dafür zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten verurtheilt wurde.

pfligt in der Münchener Session viel von sich reden. Es bleibt immer ein mißliches Ding, philosophische Nüchternheit in malerischer Erscheinung lösen zu wollen. Man kann den Reichthum an Phantasie bei Vermeers anstaunen, die reine malerische Wirkung bleibt doch aus. Hunderte und Aberhunderte von erhobenen Fingern sind aufwärts gerichtet gegen das harte Haupt, welches das ewig gleiche, unabänderliche niemals zur Antwort bereite Schicksal symbolisirt.

Reich an Werken, die bis zu einem gewissen Grade auch von ansehnlichen Können Zeugnis geben, ist die spanisch-portugiesische Ausstellung. Die spanischen Maler sind ein sardonisches Geschlecht. Allein die Armut ihrer Primath, der wirtschaftliche Niedergang darin zwingt sie häufig dazu, ihr Talent in den Dienst geschäftlicher Betriebsamkeit zu stellen. So muß Vallejos W. immer die gleichen, heteren Kirchen-Interieurs malen. Das Bedürfnis des Weltmarktes will es so. Graner muß bei seinen lustigen Trunkenbolden bleiben; und an heiteren Genrestücken, wie sie der kapitalistische Käufer verlangt, wie an pathetisch vorgezogenen Distorien, für die freilich unser künstlerische Geschmack sich kaum mehr erndert, ist bei den Spaniern kein Mangel. Eine treffliche Charakterstudie ist der alte Mann von José Bennliure und interessante, realistische Schauspielerskizzen bringt der Portugiese Columbano. Auch der unermüdbliche José Villegas ist mit seiner lebensfreudigen Kunst vertreten.

Die englischen Künstler haben den kaufkräftigsten Markt in ihrer eigenen Heimath. Die englische Aristokratie gehorcht noch den alten Ueberlieferungen; sie zählt eine stattliche Anzahl von Kunstsammlern und dem Beispiel des Adels folgt die reich gewordenen Bourgeoisie gerne; und so kommt es, daß die englische Kunstschaff sich im allgemeinen gegen fremde internationale Ausstellungen spröde verhält. Die Schule der Schotten (the boys of Glasgow) geht aus aller Vorliebe gern nach München, weil sie durch München vor mehreren Jahren zu Ehren kam und weil man dort mit großem Nachdruck auf das ursprüngliche und garte Naturempfinden der schottischen Künstler hinweist. So kann der Saal der Engländer, so tüchtige Vorträts und Thierstücke enthält, kein annähernd anschauliches Bild englischer Kunstentwicklung geben. Georg Sauter, der ein Gemälde „Sprechstunde beim Pfarer Knapp“ ausstellt, ist, wie sein Älterer und berühmterer Kunstgenosse Hubert Herkomer in London bayerischer Abstammung.

Italiens beste Künstler, der herb-ernste Segantini, wie der naive frohemüthe, temperamentvolle Michetti sind daheim geblieben. Dafür macht sich niederes Kaufgenre, schönfärbliche Berggigantik in Italiens Ausstellung ungehörlich

Deutsches Reich. — Eine „plötzliche“ Enthüllung sucht auch den Grafen Mirbach heim. Die „National-Zeitung“, die den agrarischen Silberpropheten keineswegs grün ist, erzählt nämlich folgende amüsante Geschichte:

Dieselben Leute, welche durch ihre Börsenspekulation das Publikum bei der Anlage seines Kapitals schühen zu wollen behaupten, gerathen außer sich, wenn man sich erlaubt, in der obbestimmten Art die von ihnen emittirten Schuldverschreibungen auf ihre Sicherheit zu prüfen. Speziell bei dem Grafen Mirbach würde diese Erregung allerdings sehr verständlich sein, wenn sich bestätigte, was uns dieser Tage aus Königsberg berichtet wurde: ein dem Grafen Mirbach besonders genau bekannter ostpreussischer Großgrundbesitzer und Bimetallistenführer soll vergeblich eine bedeutende Hypothek auf seine Güter unterzubringen versucht haben, obgleich er sogar sein bimetallistisches Glaubensbekenntnis dergestalt in die Sprache zu schlagen bereit war, daß er die Rückzahlung des eifrig gefuchten Darlehns in Gold zusichern wollte!

Wenn jener ostpreussische Grundbesitzer und Bimetallistenführer solche Schwierigkeiten hat bei der Aufnahme von neuen Hypotheken, da begreift es sich, daß er in dem heiligen Feuer tugendhafter Entrüstung dafür eifert, die Abzahlung bereits gemachter Hypothekenschulden durch Verschlechterung der Währung zu erleichtern.

— Zur Herausforderung des Abg. Barth durch den Abg. Graf Mirbach bemerkt die „Berliner Zeitung“: „Es fragt sich nun, ob der Staatsanwalt, der im Falle Viehnecht unberechtigter Weise vorgegangen ist, hier, wo er ein Recht dazu hätte, eingreifen wird, denn unmöglich gehören zum Verste eines Reichstagsabgeordneten Duellherausforderungen. Justizminister Schudstedt wohnte übrigens der ganzen Szene bei. Von ihm stammt aber allerdings das Wort: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.“

Erfurt, 18. Juni. In dem von der Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Stegmann anhängig gemachten Prozeß wegen Begünstigung ist dem „Angelagten“ wirklich der Eröffnungsbescheid und die Ladung zugegangen. Der Termin ist auf den 23. d. M. angesetzt worden. Die Begründung der Anklage ist, wie zu erwarten war, sehr dürftig. Die Anklage hat übrigens in der gesammten Presse, auch in der nicht-sozialistischen, das größte Aufsehen erregt; der „Post Ztg.“ kommt sie so ungeheuerlich vor, daß sie an der Richtigkeit der Nachricht zweifelt und erst weitere Meldungen abwarten will, ehe sie sich zur Sache äußert. Die Zweifel des Blattes werden nun wohl behoben sein.

Danzig, 18. Juni. (Sig. Ber.) In der am 28. Juni stattfindenden Reichstags-Verwahl in der Kreis Schwyz sind keine neuen Wählerlisten aufgestellt. Die Wahl findet vielmehr nach einer Bekanntmachung des Magistrats zu Schwyz nach den Listen vom Jahre 1893 statt. Dies verstößt direkt gegen den § 8 des Reichstagswahl-Gesetzes.

Wenn diese Nachricht, was uns kaum glaublich erscheint, richtig ist, dann wird der Kreis dank der Gesetzkunde der lokalen Beförde zweimal im Laufe eines Jahres zu wählen haben.

— Aus dem Wahlkreis Rostock erfährt die „Volls-Zeitung“ eine Nachricht, die sie unter Reserve wiedergibt. Angeblich gedenkt nämlich Staatsrath v. Bülow zum 1. Oktober d. J. aus dem Amte zu scheiden. Als sein Nachfolger soll der jetzige mecklenburgische außerordentliche Gesandte in Berlin, Geh. Legationsrath v. Dörge und zu dessen Nachfolger wieder der bekannte mecklenburgische Reichstags-Abgeordnete, Oberlandesgerichtsrath Dr. v. Buchta, in Aussicht genommen sein. Sollte sich diese Mittheilung bestätigen, so würde der 5. mecklenburgische Wahlkreis zum Herbst einer Neuwahl entgegengehen.

Unsere Genossen in Rostock werden zu einer solchen Nachwahl, die ihnen günstige Aussichten bietet, jedenfalls gerüstet sein.

München, 16. Juni. (Sig. Ber.) Bayern scheint sich nach und nach zum Dorado der Zeitungsschreiber zu entwickeln. Denn trotz gräßlicher Hitze und bedenklicher Nähe der Hundstage regnet es hier förmlich „wichtige“ politische Ereignisse. Da haben wir Landtags-Schluss, Prinzenreden, Regentenshahjubiläum, Bayernbund-Aktion und außerdem haben wir — Josiannah! — die wichtigste parteipolitische Erscheinung in Bayern seit 1893. Dieses wichtigste aller Parlaments-Ereignisse ist nämlich nach der maßgebenden Versicherung der ultramontanen Presse die Wahl des Professors Febrin v. Hertling zum Reichstags-Abgeordneten. Unsere Zentrumsbayern sind demnach doch nicht so unbeschrieben, wie immer behauptet wird. Im Gegentheil sie acceptiren sogar freudestrahelnd nachstehendes für die derzeitigen ultramontanen Reichstagsbayern nicht ganz unzweifelhafte Lob der „Allg. Ztg.“: „Dem Centrum erwächst jedenfalls ein Gewinn, zu dem es sich gratuliren kann.“

Zum Wahlvorgang selbst ergibt sich, nachdem nun endlich das amtliche Resultat vorliegt, folgender Vergleich zwischen den letzten und diesen Wahlsiftern:

Werke von stark charakteristischem Gepräge fehlen und Gemälde wie Kott's „große Irrenanstalt“ sind ebenso auf Sensation berechnet wie die mannigfachen überzuckerten Wellen-lustbarkeiten in den italienischen Sälen. Viel Geschäftssinn und wenig künstlerischer Ernst, das ist das Ergebnis der leichtfertig gemachten Sammlung der Italiener.

Die slavische Abtheilung endlich ist kaum als wesentlich zu betrachten. Die Polen sind in verschiedenen Schulen vertheilt, in Paris, München, Wien und Berlin; und was Rußland gesandt hat, ist zu arm, sowohl der Menge wie der Auslese nach.

Vielleicht wird die übergroße Massenhaftigkeit der Jubiläumsschau — über 4000 Kunstwerke sind eingelaufen — auch für Berlin das Gute zeitigen, daß man einsehen wird: So geht es nicht weiter. Sollen die internationalen Jahresausstellungen wirklich kunsthöflich und volkverehlich sein, so muß das Jahresmarktmäßige, das in Berlin überhand nimmt, eingedämmt und eine edlere Auslese getroffen werden. Oder man erkläre einfach und klar: Künstlerische Grundzüge gelten hier nicht. In unseren Riesensammlungen müssen wir vor allen Dingen auf die Handelsmesse bedacht sein.

Kunst und Wissenschaft.

Im Schiller-Theater kommt Montag Bauernfeld's Lustspiel „Bürgerlich und Romantisch“ zum ersten Male zur Aufführung. Außer Frau Clara Meyer, welche die Katharina von Rosen a. G. spielt, sind in weiteren Hauptrollen beschäftigt die Damen Levernann, Werner und die Herren Patry, Reimann und Schmarlow. Heute Abend wird der Schwan „Vergnügte Pflückerwachen“ von Brentano und Keller wiederholt.

Das Theater Alt-Berlin bringt nun heute ein modernes Stück, eine neue dreiaktige Gefangensposse von Keller und Herrmann: „Fiddick u. Sohn“, zu der Gustav Steffen die Musik geschrieben hat. — Die Direction vom Theater des Westens ersucht uns mitzutheilen, daß die Abonnementslisten für Montag und Freitag mit Ende dieser Woche geschlossen werden. Das Bureau befindet sich bis zur Fertigstellung des Baues Kantstr. 158, 2 Tr.

Gymnasien ohne Latein. Aus Christiania wird berichtet: Das Obersthing nahm mit 48 gegen 39 Stimmen ein Amendement zum Artikel 8 des Gesetzes für höhere Schulen an, wonach die lateinische Sprache als Unterrichtsgegenstand vom Gymnasium ausgeschlossen wird.

	Zentrum	Liberal	Bauernbund	Sozialdem.
1898	10 339	3091	2320	1098
1896	8 259	2500	2996	870

Der Wahlkreis Westfalen gehört dem Zentrum seit 1874. Damals wurde er den Nationalliberalen abgenommen und diese sind allmählich von (1871) 10186 auf (jetzt) 2500 heruntergekommen. Aber auch das Zentrum hat über 2000 Stimmen eingebüßt gegen die letzte Wahl, trotz einer außerordentlich intensiven „Durchwanderung“ des Wahlkreises und trotz der telegraphischen Versicherung des Herrn Kandidaten: „die nächsten zehn Jahre gehören der Landwirtschaft“. Einen Stimmenzuwachs hat allein der Bauernbund zu verzeichnen, der sich in Agitation und Forderungen nur wenig mehr von dem Bund der Landwirthe unterscheidet. (S. a. Ver. über die Generalversammlung in Pfreising.) Unser 228 Stimmen betragender Verlust ist nicht besonders tragisch zu nehmen, da angesichts der völligen Ausschüttelbarkeit von einer regulären Agitation abgesehen wurde.

Karlsruhe, 19. Juni. In der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern v. Eisenlohr in Beantwortung einer Interpellation wegen Befähigung einer Prohokschonams-Prozession in Karlsruhe und Mannheim, nach Ansicht der Regierung seien auf Prozessionen die gleichen Bestimmungen anwendbar wie auf andere öffentliche Aufzüge, doch könne wegen des strafrechtlichen Schutzes, den gottesdienstliche Handlungen genießen, das Maß der polizeilichen Beschränkungen bei Prozessionen ein geringeres sein als bei gewöhnlichen Aufzügen. Das Recht auf unbeschränkte Vornahme einer Prozession könne die Regierung nicht anerkennen, es könne auch aus dem Kirchengesetz, welches der katholischen Kirche die öffentliche Gottesverehrung einräumt, nicht abgeleitet werden.

Die aus den deutschen Kolonien exportierten Produkte. Dem Bundesrat ist eine Uebersicht über die aus unseren Kolonien exportierten Produkte und deren Verwertung in der Industrie zugegangen, in der auf die in der Kolonialabteilung der Berliner Gewerbe-Ausstellung gebotene Darstellung dieser Produkte hingewiesen wird. Die offizielle „Berl. Corr.“ giebt daraus folgenden rosafarbenen Auszug: Daß die Ausfuhr in allen drei in betracht kommenden Kategorien (Uroprodukte, Eingeborenen- und Plantagenprodukte) schon jetzt nicht unbedeutend ist, zeigen die folgenden in der Uebersicht gebotenen Zahlen, wobei für Ostafrika für Getreide, Hülsenfrüchte, Zucker und Kopra des Durchschnitts im Jahre 1894 halber das Jahr 1893, sonst das Jahr 1894, in betracht gezogen ist.

Der Werth der gesamten Ausfuhr aus unseren Kolonien beträgt danach 14 078 000 M., davon entfallen auf Ostafrika 4 590 000 M., Kamerun 4 448 000 M., Togo 2 894 000 M., Südwestafrika 872 000 M., Neu-Guinea und den Bismarck-Archipel 776 000 M., die Marshall-Inseln 498 000 M.

Auf die einzelnen Produkte vertheilen sich diese Zahlen folgendermaßen: Es betrug der Werth der Ausfuhr (aus sämtlichen Kolonien) an Reis 876 000 M., Mais 17 000 M., Hirse 202 000 M., Bohnen 12 000 M., Kava 14 000 M., Zucker, Syrup und Melasse 101 000 M., Kaffee 52 000 M., Kakao 187 000 M., Kola 2000 M., Vanille 2600 M., Tabak 421 000 M., Betelnuß 4000 M., Kautschuk 2 013 000 M., Kopal 191 000 M., Gummi 6000 M., Steinöl 70 000 M., Kopra- und Kokosnüsse 1 114 000 M., Kokosfasern 3000 M., Palmkerne und Palmöl 5 217 000 M., Erdnuß 2000 M., Sesam 192 000 M., Baumwolle 8000 M., Flechtwaren und Waaren daraus 67 000 M., Sausbölzer 63 000 M., Bierbölzer 68 000 M., Felle und Häute 76 000 M., Wolle 1000 M., lebendes Vieh 776 000 M., Rhinorzerhörner 88 000 M., andere Hörner 5000 M., Eisenblech 2 552 000 M., Flusperzbahnen 80 000 M., Wildschweinzähne 3000 M., lebendes Geflügel 6000 M., Straußfedern 40 000 M., Schilfpatt 31 000 M., Daisfischknochen 5000 M., Fische 2000 M., Wachs 7000 M., Terpung 80 000 M., Perlschalen 5000 M., Kauri- und andere Muscheln 3000 M.

Belgien.

Brüssel, 19. Juni. Der Senat hatte den von der Deputiertenkammer angenommenen Artikel 50 des Budgets für das landwirtschaftliche Ministerium, in welchem das Prinzip eines Lohn-Minimums für dem Staat geleistete Arbeiten aufgestellt ist, abgelehnt. — Die Regierung und die Rechte der Deputiertenkammer erklärten sich bereit, sich der Aufschauung des Senats über diesen Artikel anzuschließen, wodurch ein unbeschreiblicher Tumult seitens der Sozialisten hervorgerufen wurde. Der Präsident der Kammer schloß kurzerhand die Sitzung. Hierdurch wurden neue Tumulte hervorgerufen, wobei von verschiedenen Seiten heftige Schmähsprüche fielen.

Brüssel, 19. Juni. In einer kirchlichen Wahlversammlung unter Vorh. Vermaert kam es zu Thätlichkeiten, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurde. Vermaert flüchtete in einen Wagen.

Spanien.

Madrid, 18. Juni. Deputiertenkammer. Der Deputierte Gallego aus Kuba beklagte sich darüber, daß die Vereinigten Staaten in der kubanischen Angelegenheit gegen die Interessen Spaniens konspirierten, und erinnert an die in dem Repräsentantenhaus in Washington geführte heftige Sprache gegen die Regentin und die Regierung. (Großer Lärm.) Der Minister des Auswärtigen rügte die Heftigkeit der Sprache Gallego's. Der Zwischenfall war damit erledigt.

Der der Deputiertenkammer vorgelegte Gesetzentwurf gegen die anarchistischen Bestrebungen verweist die mittels Explosivkörper begangenen Verbrechen vor die Kriegsgerichte. Die Urheber solcher Verbrechen und die Mithelfenden sollen zum Tode verurtheilt werden.

Rußland.

— Zur Petersburger Streikbewegung wird der „Rln. Ztg.“ aus St. Petersburg telegraphirt:

Abgesehen von einigen ganz zu Anfang eingebrachten Fensterscheiben kam es seitens der ausländischen Arbeiter nirgends zu Ausschreitungen; sie verhalten sich vielmehr überall ruhig. Am lebhaftesten ging's noch bei den Fabriken vor der Narwoischen Sparte zu; als dort ein größerer Haufe nicht schnell genug auseinandergehen wollte, entzündete die Feuerwehr auf Befehl der Polizei kalte Wasserstrahlen gegen ihn; die erwartete Wirkung, ein fluchtartiges Auseinanderstreben, blieb aus, lachend genossen die Arbeiter das bei der herrschenden Hitze angenehme kalte Bad eine ganze Weile; dann erst gingen sie vergnügt auseinander. Die gestrige Ermahnung der Polizei, nachmittags die Arbeit wieder aufzunehmen oder der Ausweisung aus der Residenz begn. des Abschieds in den Heimathort gewärtig zu sein, blieb erfolglos. Nur wenige Frauen meldeten sich zur Arbeit; mit diesen allein konnten aber die Fabrikanten nicht arbeiten. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, daß die polizeiliche Abschließung zur Ausführung gebracht ist. Gleich im Anfang des Aufstandes verhaftete die Polizei mehrere Arbeiter, die sie für Leiter und Häufelührer hielt; doch thaten diese Verhaftungen dem weiteren Umsichgreifen des Aufstandes keinen Abbruch. Die Arbeiter bestehen übrigens weniger auf direkter Lohnerböschung, als vor allem auf Herabsetzung der bisherigen 13, ja 14stündigen, auf 9 beziehungsweise 10stündigen Arbeitszeit. Eine gefüllte Auslands-Kasse, aus der angeblich Familien 5 Rubel wöchentlich erhalten, soll vorhanden sein. Bewahrt werden soll das, so müßte das Geld vom Auslande — man denkt an England — stammen, denn die russischen Arbeiter besitzen überhaupt die nötige Energie, von langer Hand für Auslands-Lassen zu sammeln.

Die Verzögerung der Rückkehr des Kaisers hierher — er wollte bereits am 9. oder 12. d. MtS. seinen Einzug in Petersburg halten — wird mit dem Ausstand in Zusammenhang gebracht.

Der Korrespondent der „Rölnischen Zeitung“ in St. Petersburg ist natürlich nicht in der Lage, von der Abrechnung des Petersburger Streikfonds Kenntniß zu haben. Der Redaktion der „Rölnischen Zeitung“ wollen wir verrathen, daß diese Abrechnung im „Vorwärts“ erfolgt ist.

— Nachklänge zur Krönungsfeier. Jeden Tag bringen die russischen Zeitungen neue Mittheilungen über Unglücksfälle und standalöse Vorgänge während der Krönungsfeier in verschiedenen Gegenden Rußlands. So explodirte in dem Dorfe Soroko (Gouvernement Samara) eine alte Kanone, aus welcher man Salutschüsse abfeuern wollte, wobei fünf Mann verwundet wurden — dem einen sind die Augen ausgebrannt, dem andern ist das Gesicht verkrüppelt worden u. s. w. In Orenburg gab einer von den Befehlshabern während der Parade den Befehl, auf die zuschauende Menge einzubauen, wobei zwei Maler und ein Knabe zum Tode nicht tödlich verwundet wurden. Die Opfer der militärischen Schnelligkeit haben dem Staatsanwalt Anzeige erstattet. In einer Stadt Uman bei Kiew wurde dem Juden der Eintritt in den städtischen Garten verboten. Ein junger Mann und ein Fräulein, welche in den Garten eintreten wollten, wurden von den Hütern der öffentlichen Ruhe und Ordnung blutig zugerichtet, worauf auch der Theil des Publikums, welcher für die Geschlagenen Partei nahm — Juden und Christen — durchgehauen wurde. Unter den Geschlagenen befand sich auch die Familie eines der höchsten Polizeibeamten von Uman. In der Stadt Koslow begab sich die Menge am Abend des Krönungstages ans Plätzen mit den Worten: „Heute erlöst unser Kaiser ein Manifest, wonach Verbrechen straffrei bleiben.“ Im Dorfe Grodowka (in Südrußland) plünderten die Bauern, welche morgens von den jüdischen Schnapshändlern unentgeltlich mit Branntwein regalkirt wurden, am Abend deren Läden und Schnapshütten, welche sie darauf in Brand steckten. Dabei verbrannte einer von den Bauern, welcher im angegriffenen Zustande in einer der Hütten eingeschlossen war. Der russische Kaiser kann auf sein Fest stolz sein. Wie anders nicht zu erwarten war, hat es überall im Menschen die Beside entsefelt.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Juni. Nach Meldung des englischen Konsuls in Wan sind die dortigen Unruhen durch eine ausländische Bewegung der Armenier hervorgerufen worden. Bei diesem Aufstande sind auch türkische Soldaten umgekommen.

— Kretensisches. Im englischen Parlamente theilte der Parlamentssekretär des Aeußeren Curzon mit, der britische Konsul auf Kreta habe berichtet, daß von türkischen Soldaten drei Kirchen entweiht worden seien, jedoch sei in dem Berichte nicht angegeben, in welcher Gegend diese Kirchen sich befänden. Die Vertreter der Großmächte in Konstantinopel seien energisch bemüht, die türkische Regierung zu den erforderlichen Schritten zur Herstellung der Ordnung und zur Verhinderung weiterer Konflikte auf Kreta zu veranlassen.

— Vom kretensischen Aufstand. Nach einer Depesche der „Agence Havas“ aus Cerigo sind am 18. Juni kretensische Flüchtlinge in Antisthera eingetroffen, welche von neuen Mordthaten und Brandstiftungen der Türken in den Provinzen Rissamo und Kydonia berichten. 500 Aposonisten mit einigen Spahiliten unter dem Oberbefehl von Papametos sind den Christen in Rissamo zu Hilfe gekommen. Die türkischen Schiffe überwachen genau die Küsten von Kreta und verhindern, daß Frauen und Kinder die Insel verlassen. Der Mangel an Lebensmitteln und Munition macht die Lage der Christen äußerst kritisch.

Amerika.

Havannah, 18. Juni. In der Armee herrscht die Ruhr; in einem einzigen Bataillon kamen 180 Fälle vor. — General Weyler erklärte einem Berichterstatter des „Herald“, das gelbe Fieber greife in Matanzas weiter um sich.

Parlamentarisches.

Antrag zum Invalitäts- und Altersversicherungsgesetz. Von nationalliberalen Seite ist dem Reichstage folgender Antrag zugegangen: „Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, bei der in Aussicht genommenen Revision des Gesetzes vom 22. Juni 1889, betreffend die Invalitäts- und Altersversicherung (Reichs-Gesetzl. S. 97) in Erwägung auch darüber einzutreten, ob nicht die in § 1 Nr. 2 dieses Gesetzes festgesetzte Versicherungsfrist dahin zu erweitern sei, daß auch die Betriebsbeamten und Handlungsgehilfen mit einem Gehalt von 2000 bis 4000 M. in die Versicherungsfrist einzubeziehen sind, unter Schaffung einer besonderen Gehalts- und Beitragsklasse, jedoch mit Befreiung der Beitragspflicht des Reichs zu den Renten.“

Landtagsession im Herbst. Von Seiten der Regierung ist wiederholt in Aussicht gestellt worden, daß der preussische Landtag im Herbst dieses Jahres einberufen werden wird. Nunmehr steht fest, daß dies und zwar in der zweiten Novemberwoche geschieht. Veranlaßt wird der Zusammentritt zu ungewohnter Zeit durch die Nothwendigkeit, die Erwerbung von Theilen der heftigen Ludwigsbahn fertig zu machen. Die Arbeiten des Landtags werden jedoch nicht auf diesen Gegenstand beschränkt bleiben. Es ist vielmehr, nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“, beabsichtigt, ein Richter- und ein Lehrerbefoldungs-Gesetz, ein Gesetz betreffend die Sparkassen und ein solches betreffend die Verwendung der Ueberschüsse der Staatseisenbahnen vorzulegen. Das seit langem angekündigte Komptabilitätsgesetz wird hingegen, wenn überhaupt vor 1898, erst nach dem Januar 1897 eingebracht werden können. Mit dem vorstehenden Programm würde das Defizit der zu Ende gehenden Session, das negatives Ergebnis der Beratung eines Lehrerbefoldungs-Gesetzes, noch in diesem Jahre ausgeglichen werden können, so daß den Lehrern aus dem erstmaligen Fehlschlag kein Schaden erwächte.

Die Matrifelskommission des Herrenhauses hat Bericht erstattet. Danach ruhen von den 818 Berechtigungen zur Zeit 86, und zwar 29 von den erblichen Berechtigungen und 7 von den Berechtigungen auf Lebenszeit. Es sind mithin 282 wirkliche Mitglieder des Herrenhauses vorhanden, von denen jedoch vier in das Haus nicht eingetreten sind.

Partei-Nachrichten.

Eine Geschmackslosigkeit, die wir doch festzunageln für notwendig erachten, leistet sich Genosse Parvus in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. In einer bis jetzt bereits zu 19 Artikeln ausgewachsenen Artikelserie, die Parvus in dem genannten Blatte über die Gewerkschaften und die deutsche Arbeiterbewegung veröffentlicht und in der er sich über alles mögliche und noch einiges äußert, finden wir im 18. Artikel folgende Schilderung der „sozialdemokratischen Parteiführer“:

„Ein sozialdemokratischer Parteiführer ist aber jetzt überhaupt ein großes Thier. Er wird umschwärmt und besetzt. Gelehrte, Künstler, Literaten, Bummler und sozialpolitische Projektanten, die schriftstelernde Frau in allen Klänzen, Mädchen, die nicht wissen, was sie anfangen sollen, Frauen, die ein schlechtes Familienleben haben, das alles verjagt ihn auf Schritt und Tritt, ins Parlament und ins Haus, möglichst und schriftlich, drängt sich an ihn heran, schmeichelt ihm, sieht ihm in die Augen, hängt an seinen Lippen, notirt sich sein Räusern und Klatsch zu allem Bravvo! Rauche kommen auch aus bloßer Neugier, etwa wie man sich die Dame mit der hohen Wüste, oder den Mann mit dem Steinlopf anschaut. Es hebe die menschliche Natur ideologisch verkommen, wollte man annehmen, daß dieser Räuber-

schwarm, der einem unausgesetzt vor den Augen schwirrt und unablässig in den Ohren summt, nicht doch gelegentlich das Urtheil trübt und manche Geringfügigkeit als große That erscheinen läßt.“

So Genosse Parvus. Da er selbst zu den Literaten gehört, von denen er neben Gelehrten, Künstlern u. d. h. behauptet, daß sie die sozialdemokratischen Führer umwedein, so liegt wohl die Annahme nahe, daß er nur Selbstverliebtes mittheilt. Daß es aber unter unseren bekannteren Genossen einen „Führer“ giebt, der sich durch die Kriecherei und Schmeichelei, wie sie Parvus behauptet, das Urtheil trüben ließe, das müssen wir so lange bestreiten, bis es Genosse Parvus beliebt, den Beweis vom Gegentheil zu erbringen.

Den Parteigenossen von Steglitz und Friedenau zur Nachricht, daß der Arbeiter-Bildungsverein von Steglitz und Umgebung am Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Steglitz, Thronstr. 15a, seine Generalversammlung abhält mit folgender Tagesordnung: 1. Kasfenbericht. 2. Vorlesung über die Dienstvorschriften der Gendarmen. Wegen der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Parteigenossen, recht zahlreich zu erscheinen. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt. Der monatliche Beitrag beträgt 20 Pf. Der Vorsitzende: E. S u d r o w, Däntherstraße 4.

Geriichts-Beitrag.

Der Prozeß Hofrichter ist am Freitag nach wiederholten Vertagungen, die den ursprünglichen Verhandlungstermin um etwa sechs Monate hinausgeschoben haben, von der Strafkammer R 11 in wieder aufgenommen worden. Angeklagt ist bekanntlich unser Parteigenosse Adolf Hofrichter von der „Rheinischen Zeitung“ in Köln, weil er sich gegen die Gendarmen und andere Sicherheitsorgane des Regierungsbezirks Aachen, insbesondere gegen den sehr bekannten Gendarm M ä n t e r des Berges des verleiherischen Beleidigung schuldig gemacht haben soll. Hofrichter, welcher bekanntlich durch seine großen Verdienste im Brauweiler-Prozeß auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist, veröffentlichte Ende des Jahres 1894 in der „Rheinischen Zeitung“ einen ihm aus bergmännischen Kreisen zugegangenen Artikel, der sich mit den durch den Essener Meineidsprozeß hinlänglich bekannt gewordenen Vorgängen beschäftigte. Der Artikel war vor dem Essener Prozeß erschienen, und der Verfasser behauptete darin, daß unser Parteigenosse Bergmann Ludwig Schröder, welcher sich jetzt im Zuchtbaue befindet, in jener Versammlung von dem Gendarm Mänter aus dem Versammlungslokal, trotzdem er sich ruhig verhalten habe, hinausgeworfen worden sei. Diese Behauptung war auch in einem Prozeß gegen den Gendarm Mänter von Schröder und seinen Genossen aufgestellt und beschworen worden, und dieselben wurden dann später in dem gegen sie eingeleiteten Meineidsverfahren von dem Schwurgericht in Essen zu schweren Zuchthausstrafen verurtheilt.

Ueber den Verlauf des Prozesses liegt uns noch kein Bericht vor, doch läßt ein Telegramm über den Ausgang desselben den Schluß zu, daß den Ordnungshütern in der Verhandlung nicht allzu reiche Lorbeeren erblüht sind. Hofrichter ist nämlich, wie das uns zugegangene Privat-Telegramm meldet, zu einer Geldstrafe in Höhe von sage und schreibe fünfzig Mark verurtheilt worden.

Gegen eine Anzahl Frauen aus den südwestlichen Orten Berlins, aus Steglitz, Lichterfelde u. s. w., war von der Strafkammer des Landgerichts II. das Strafverfahren eingeleitet worden wegen versuchten Verbrechens gegen das krumme Leben. Die Anklägerin, eine Frau T r e e s e i n t ist bereits am 6. Mai d. J. vom genannten Gerichtshof wegen Betruges und Erpressung mit zwei Jahren Gefängniß belegt worden. In die Reihe der Betrügerin und Kurfürsterin hatten sich aber die Gernipsten dazwischen gedrückt, daß gleichzeitig gegen sie das erwähnte Strafverfahren eingeleitet wurde, welches die Verurtheilung der bedauernswerthen, verführten Frauen zur Folge gehabt hat. Am Donnerstag verhandelte die I. Strafkammer des Landgerichts II. unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen eine angeklagte Steglitzer Einwohnerin, die unverheiratete W., welche früher bei der Ingenieur-Frau T. Wohnung genommen hatte und um 80 M. gepreßt worden ist. Die W. mußte sich dessenungeachtet wegen versuchten Verbrechens wider das krumme Leben verantworten. Das öffentlich verkündete Urtheil lautete auf 2 Monate Gefängniß.

Der Referendar Julius Schneidemühl stand gestern unter der Beschuldigung der Unterschlagung und Urkundenfälschung vor der ersten Strafkammer vom Landgericht II. Obwohl der Angeklagte schon mehrfach Schiffbruch im Leben gelitten hatte, erhielt er bei einem Rechtsanwalts Stellung als Bureauvorsteher, ohne daß der Chef Veranlassung nahm, die Referenzen des Bewerbers zu prüfen. Das in ihn gesetzte Vertrauen lohnte der Angeklagte damit, daß er nach und nach 1244 M. unterschlug. Theils steckte er Gelder in seine Tasche, die er an Parteien absenden sollte, und buchte dieselben als abgehandelt, theils unterschlug er eingegangene Gebühren und befaß auch die Postkasse. Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängniß, wovon sechs Wochen auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Der Hofopernsänger Ernst hatte sich gestern vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten. Der Angeklagte erschien eines Tages vor dem Schalter eines hiesigen Postamtes und legte dem abfertigenden Postboten zwei Freimariken vor mit dem Ersuchen, der Beamte müßte dieselben mit etwas Klebstoff versehen, da der darauf befindlich gewesene abgegangen sei. Der Beamte wies dieses Verlangen ab mit dem Bemerkten, daß er hierzu keine Zeit habe, der Angeklagte sehe ja, wie der Schalter vom Publikum belagert werde. Nun ersuchte der Angeklagte um Umtausch der Marken, erhielt aber wiederum eine Ablehnung mit der Begründung, daß die beiden Marken nicht mehr sauber genug seien. Hierüber wurde der Angeklagte so erregt, daß er sich zu unparlamentarischen Reden hinreißen ließ und das Verbalten des Beamten als Frechheit bezeichnet. Der Gerichtshof erkannte auf 30 Mark Geldstrafe.

Prozeß Schorlemer-Afft. Aus Dresden wird vom Freitag berichtet: Vor der 5. Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute Vormittag die Verhandlung gegen den früheren Rittergutsbesitzer, jetzigen Privatier Frh. v. Schorlemer-Afft wegen Wechselfälschung und Betruges beziehentlich versuchten Betruges. Der Angeklagte ist bezüglich der beiden Anklagepunkte geständig. Zur Verhandlung war unter anderem der Medizinalrath Dr. G a n f e r geladen, um sein Urtheil über den geistigen Zustand des Angeklagten abzugeben. Das Gutachten des Medizinalrathes lautete dahin, daß von Schorlemer-Afft von Haus aus krankhaft veranlagt sei, daß derselbe bei Ausführung der Straftthaten nicht die völlige Geistesklarheit besessen habe und in seinen freien Bestimmungen beeinträchtigt gewesen sei. Der Gerichtshof beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen und ein überzütliches Gutachten vor der Urtheilsfällung einzufordern.

Ein für Versicherungsgesellschaften interessanter Prozeß ist vor einigen Tagen in Polen entschieden worden. Der dortige Agent der Viktoria-Versicherungsgesellschaft hatte einem Gastwirt gegenüber, den er für die Lebensversicherung seiner Gesellschaft zu gewinnen suchte, abfällige Bemerkungen über die Lebensversicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“, deren Agent sich in gleichem Sinne bemühte, laut werden lassen. Die Direktoren der letztgenannten Gesellschaft, K o p l a und J u l i u s b u r g e r, wurden gegen den erstgenannten Agenten wegen Beleidigung klagbar;

das Gericht wies sie jedoch mit der Motivierung zurück, daß sie persönlich überhaupt nicht angegriffen seien, eine „Gesellschaft“ als solche aber könne gar nicht beleidigt werden.

Soziale Uebersicht.

Das statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches für das Jahr 1896 ist soeben erschienen.

Lehrlingserziehung in der Großindustrie. Anknüpfend an die Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren, bemerkt der „Reichs-Anzeiger“: „Es ist im Reichs- und Staats-Anzeiger“ wiederholt auf die erste Erscheinung hingewiesen worden, daß Arbeitgeber der Großindustrie, sowohl in Deutschland wie in Oesterreich, der Lehrlingserziehung in ihren Betrieben eine besondere Fürsorge zuwenden, ja theilweise die Lehrlingserziehung im Kleinergewerbe darin übertreffen. Jedenfalls wird die Zukunft ein allgemeineres Vorgehen in dieser Richtung den Inhabern und Leitern der Großbetriebe immer mehr zur Pflicht machen, zumal da das Handwerk auch bei besserer Organisation seines Lehrwesen schwerlich in der Lage und geneigt sein dürfte, dauernd und in zunehmendem Maße als Vorschule für die tüchtigen Fabrikarbeiter zu dienen.“

Ein solches offizielles Eingeständnis, daß das Handwerk sogar auf seinem Spezialgebiete, der Lehrlingserziehung, vielfach von der Großindustrie überflügelt wird, kontrastirt auffällig mit der künstlichen Vervielfachung des Handwerks, die sich auch die Regierungen noch vielfach angelegen sein lassen. —

Postalische Sozialreform. Die „Deutsche Postzeitung“ berichtet in ihrer Nr. 11 über die große Arbeitsüberlastung, der die Postbeamten unterworfen sind in der Zeit, in welcher sie ihre beurlaubten Kollegen mit zu vertreten haben. Die Schilderung, die das genannte Fachblatt, dem wir auch die Verantwortung dafür überlassen müssen, von den Zuständen in Kottbus entwirft, läßt den ganzen Erholungsurlaub der Postbeamten als eine recht zweifelhafte Wohlthat erscheinen. Das Blatt schreibt: „Es sind hier auf der Bahnhofsvorstadt 7 Beamte für je 7 Tage zu vertreten. Die Uebertragung des Dienstes regelt sich nicht etwa nach einem die beteiligten 7 Beamten gleichmäßig belastenden Plane, sondern es sind hierzu nur die 8 Abfertigungsbeamten anzuwenden. Diese Beamten müssen, falls ein Bahnpostbeamter beurlaubt ist, täglich nach dem Nachtdienste, welcher von 7 Uhr morgens endet, von 12 Uhr mittags bis 1/2 10 Uhr abends anstrengenden Abfertigungsdienst verrichten. Die nach dem Nachtdienste unbedingt notwendige Ruhepause kommt somit in Wegfall.“ Denn der dreistündige Schlaf (von 8—11 Uhr) kann als solche nicht angesehen werden. — „Fehlt nun gar ein Abfertigungs- oder Annahmbeamter, so wird der dreitägige Nachtdienst in einem zweitägigen verwandelt und der Abfertigungsbeamte hat dann nach dem Nachtdienst den Dienst des fehlenden Beamten zu versehen. Während dieser Zeit hat der Abfertigungsbeamte täglich 11 1/2 Stunden Dienst. — Es vermehrt sich nach dem Urlaubsplan die tägliche Dienstleistung der Abfertigungsbeamten um drei Stunden. Jeder Beamte wird 7 Tage zu je 8 Dienststunden beurlaubt, ihm werden also im ganzen 56 Dienststunden freigegeben. Dafür hat er für die Dauer von 7 Wochen, also während 49 Tagen, je 3 Stunden mehr zu arbeiten, was eine Mehrbelastung von 147 Stunden ergibt.“

Sollte die Post denn nicht, ebenso gut wie zu Weihnachten, einige Mißstände aufrechten können, damit ihre Beamten den geringfügigen Urlaub nicht auf der anderen Seite mit einer solch übermäßigen Arbeitsbelastung büßen müssen.

Gewerkschaftliches.

Zum Berliner Outmachereistreik. Im Verlaufe des Streiks richteten die Unternehmer an die Werkführer wiederholt die Anforderung, neue Leute anzulernen, um die so verorbete Organisation zu sprengen. Dieser Aufforderung konnten und wollten nun einige Mitglieder und auch andere nicht nachkommen. Die Folge davon war die sofortige Entlassung dieser Leute. Am 1. Juni traten dann sämtliche Werkführer der betreffenden Fabriken zu einer Besprechung in dieser Angelegenheit zusammen, in der alle Anwesenden die schriftliche Erklärung abgaben, während der Dauer des Ausstandes keine Personen anzulernen und auch keine anderen Arbeiten auszuführen, außer die von ihnen bisher ausgeführten. Sollte dieses den Fabrikanten nicht genehm sein, so wolle man lieber die Folgen der Entlassung über sich ergehen lassen, sich aber nicht zum Streikbrecher und Schmarotzer degradieren lassen. In der weiteren Diskussion wurde dann noch ein Antrag angenommen, der dahin ging, um den beiderseitig schädlichen Streit aus der Welt zu schaffen, ein Komitee zu bestimmen, das die Aufgabe hat, einen gütlichen Vergleich zu Stande zu bringen. Dieses Komitee wandte sich nun mit einem sehr höflichen Schreiben an den Fabrikantenring in der Hoffnung, etwas Ersprießliches für beide Theile ausführen zu können. Am 16. Juni traten nun die Werkführer wiederum zusammen, um den Bericht des Komitees entgegenzunehmen. Der Obmann des Komitees berichtete, daß er von den Herren Fabrikanten bis heute keine Antwort erhalten habe und bedauerte, daß er in seiner wohlmeinenden Absicht getäuscht sei. Die anwesenden Werkführer erblickten hierin einen Akt höchst unangenehmer Behandlung. Die in voriger Sitzung nicht anwesenden, nunmehr erschienenen Werkführer aus der Fabrik von Rosenberg geben nunmehr ebenfalls ihre schriftliche Erklärung ab, keine Leute anzulernen, auch keine anderen Arbeiten auszuführen. Wegen einige Meister wurde der Vorwurf erhoben, daß sie trotz ihrer Erklärung doch andere Arbeiten ausgeführt hätten, die sie nicht machen sollten; dieser Vorwurf wurde theilweise als grundlos zurückgewiesen. Das Verhalten des Werkführers der Fabrik Nidel wurde abfällig kritisiert, weil der betreffende sein Versprechen nicht gehalten hat. Nachdem noch von einem Werkführer, der dem Gewerksverein angehört, erklärt wurde, daß auch dieser Verein sich der Angelegenheit angenommen hat und das Vorgehen der Fabrikanten verurtheilt, sprach man den Wunsch aus, derartige Zusammenkünfte zu wiederholen.

Die Geschäftsleitung der freien Organisation der deutschen Maurer hat für den 12. und 13. Juli eine Konferenz nach Magdeburg einberufen. Als provisorische Tagesordnung ist aufgestellt: 1. Bericht der Geschäftsleitung. 2. Auf welcher Grundlage ist die Einigung der deutschen Maurer wieder herzustellen. 3. Agitation und Organisation. 4. Das Fachorgan. 5. Anträge aus der Mitte der Versammlung.

Für die Lederarbeiter (Vortrefflicher) findet am Mittwoch, den 23. Juni, bei Henke, Raumnstr. 27, eine Versammlung statt, in der Genosse Linn als Leiter der Schäden der Hausindustrie sprechen wird und als weiterer Gegenstand der Bericht der Lohnkommission über die Vorbereitungen der Lohnbewegung auf der Tagesordnung steht. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung ist eine recht rege Beteiligung zu wünschen und eruchen wir unsere Berufsgenossen, in ihren Kreisen fleißig für den Besuch der Versammlung zu wirken. Die Lohnkommission.

Das Kottbusser Gewerkschafts-Kartell veröffentlicht in der „Märkischen Volksstimme“ die Abrechnung über die für den dortigen Textilarbeiter-Streik bei ihm eingegangenen Gelder. Insgesamt haben dem Kartell 44 212,18 M. Unterstützungsgelder zur Verfügung gefunden. Davon wurden zur Unterstützung der Streikenden an das Streikkomitee abgeführt: 48 751 M. Unter der Einnahme befinden sich allein 24 027,50 M. von der Berliner Gewerkschafts-Kommission. An den Sam-

lungen beteiligten sich fast alle Gewerkschaften Deutschlands sowie die meisten Parteizeitungen.

Schreiner streiken in Düsseldorf und Mannheim. Der Verband der deutschen Berg- und Hüttenarbeiter wird seine Generalversammlung am 2. August in Bochum abhalten.

Thätigkeit der Gewerkschaftskommission Stuttgart für 1895. Das Kartell besteht zur Zeit aus 35 Gewerkschaften, welche durch 93 Delegirte vertreten werden. Die Mitgliederzahl der Organisationen betrug 3600. Im Frühjahr 1895 wurde eine Agitation unter den italienischen Arbeitern in Stuttgart eingeleitet, welche mit Unterstützung der Generalkommission sehr ausgiebig beim Anfang erschien, indem sich ein Verein der italienischen Arbeiter bildete, welcher aber im Herbst durch Abreise vieler Mitglieder und Fertigstellung der Tunnelbauten leider nur noch aus wenigen Mitgliedern besteht. Am 12. Mai fand eine Konferenz der Vertrauensmänner der Gewerkschaften Württembergs mit dem Herrn Gewerbeinspektionsbeamten der vier Kreise Württembergs in Stuttgart statt, behufs Besprechung des kurz vorher erschienenen Jahresberichtes und Anbringen von Beschwerden der Arbeiter. Für die im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Vergleute sammelten die Gewerkschaften 806 M. Zwei Vergünstigungen, ein Sommer- und ein Herbstfest, lieferten einen Ueberschuß von circa 400 M. für die Gewerkschaftskasse. An regelmäßigen Beiträgen der Vereine wurden entrichtet 479,74 M.

Zu den Kosten des Vorklubs der Liederhalle leisteten die Gewerkschaften 182,98 M. Die sich immer größeren Zuspruch erfreuende Bibliothek der vereinigten Gewerkschaften zählte am Schlusse des Berichtes 1600 Bände, und ist es ein erfreuliches Zeichen für den Bildungstrieb der Mitglieder, daß nicht weniger als 6000 Bände im Laufe des Jahres ausgeliehen wurden. Ein Besessener, welches von der Verwaltung des in eigener Regie befindlichen Gasthauses „Zum Firsich“ unentgeltlich überlassen wurde, ist täglich zwei Stunden abends, außer Sonnabends und Sonntags geöffnet, wo eine große Anzahl in- und ausländischer Zeitungen aufliegt.

Das Vermögen des Kartells belief sich am 31. März 1896 auf 1047,51 M., welches aber bei Abwendung des Berichtes vollständig den ausgesperrten Bauhandwerkern in Stuttgart überwiesen worden ist. Die Maler setzten ihre Forderungen durch; die Schreiner nahmen die Hälfte ihrer Forderungen als Abschlagszahlung an. — Im Jahre 1895 fand ein Ausstand der Handschuhmacher hier und in Ehlingen statt, welcher elf Wochen dauerte und mit einem Siege der Arbeiter endete — kraft ihrer geschlossenen Organisation und gefüllten Kasse. Die Bewegung im Bauhandwerkergewerbe wird vielleicht die Vereine darauf hinweisen, höhere Beiträge zu fordern, um ihre Kassen in den Stand zu setzen, den Anforderungen bei ähnlichen Gelegenheiten besser entsprechen zu können.

Der Streik der Prager Weißgerber dauert nun bereits 6 Wochen. Die Firma Melchior sucht überall nach Streikbrechern, was ihr aber bisher nur in geringem Maße gelungen. Dagegen ist es ihr geglückt, in Lohs (Anagari) eine Gerberei zu finden, deren Arbeiter die Arbeit der Streikenden übernommen haben. Dem Streik angegeschlossen haben sich noch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fellfärberei von Kocle. Die arbeitenden Weißgerber Prags haben bisher schon große Opfer für die Streikenden gebracht. Sie sind aber allein kaum mehr in der Lage, die Ausständigen über Wasser zu halten und wenden sich daher an ihre Kollegen in Deutschland mit der Bitte um Unterstützung. Sendungen sind zu richten an Franz Sedlak, Prag VII, Moldaugasse 433.

Lohnbewegungen in der Schweiz. Aus Zürich wird uns geschrieben: Die Nordostbahn, welche im Jahre 1895 einen Reingewinn von 6 195 688 Fr. machte und eine Dividende von 6,6 pSt. an die Aktionäre zahlte, hat die am 1. März den Angestellten und Arbeitern gegebenen Versprechungen noch immer nicht erfüllt. Am Sonnabend hielt der Kreisverein eine von über 600 Personen besuchte Versammlung ab, in der Dr. Sourbed referirte. Nach seinem Vorschlag wurde beschloffen, durch Nationalrath Curti, der als Vertreter des Bundes im Verwaltungsrath ist, die Direktion über die Nichterfüllung der gemachten Versprechungen interpelliren zu lassen. Eventuell werde auf das Jahr 1897 eine neue Bewegung eingeleitet, um alles zu erreichen. An den am 31. Juli in Konstanz stattfindenden Verbandstag der Bodensee-Bahnen wird ein Vertreter entsandt. In einer Versammlung am Sonntag beschloffen die Arbeiter der Eisenbahn-Reparaturwerkstätte, von der Nordostbahn, Direktion zu fordern den Jahnpendelzug, Minimallohn von 4,50 Fr. für gelernte und 4 Fr. für ungelernete Arbeiter mit alljährlicher Steigerung bis auf 6 resp. 5 Fr., Einsetzung einer Arbeiterkommission, Fortzahlung des Lohnes während kurzer Militärdienstzeit und keine Entlassung mehr wegen des Militärdienstes. — In St. Gallen haben die Handlanger und Erdarbeiter von der Gemeindeverwaltung und dem Gas- und Wasserwerk Lohnerböhung verlangt. — In Biel haben die Schreiner und Zimmerleute den Jahn an stelle des Eistündentages bei gleichem Lohn erlangen. — In Bern streiken die Gypser und Malergehilfen.

Der Verein schweizerischer Eisenbahn- und Dampfschiffangehörten hielt kürzlich in Biel seine Jahresversammlung ab, die von 48 Sektionen mit 96 Delegirten besetzt war. Der Verein zählt 62 (1894: 56) Kreise (Sektionen) und 7271 (1894: 6193) Mitglieder. Das Vereinsvermögen beträgt 12 509 Fr. gegen 15 224 Fr. Ende 1894; die Differenz von 2714 Fr. wird wohl die Kosten der großen Lohnbewegung darstellen. Dr. Sourbed, der infolge der gegen ihn gerichteten Angriffe wegen des nicht alle Eisenbahner befriedigenden Ausganges der Lohnbewegung als Generalsekretär demissionirt hatte, wurde einstimmig wiedergewählt. Bundesrath Kemp erhielt wegen seiner sympathischen Haltung gegenüber der Lohnbewegung der Eisenbahner ein Danktelegramm. Dr. Sourbed wurde sein Jahresgehalt als Sekretär und Redakteur der „Schweizer Eisenbahnzeitung“ von 5000 auf 8000 Fr. erhöht und dem Zentralkomitee außer der Gratifikation von 1500 Fr. noch eine Ehrengehalte von 500 Fr. bewilligt. Den Mitgliedern wird Nachsicht gewährt und die „Schweizer Eisenbahn-Ztg.“ obligatorisch eingeführt bei Erhöhung des Jahresbeitrages um 20 Cts. Die Delegirtenversammlung sprach sich ferner für Annahme des Rechnungsgesetzes betreffend die Eisenbahnen aus, das den dividendenhungrigen Kapitalisten so schwer im Magen liegt.

Versammlungen.

Die Liga zur Herbeiführung des Achtuhr-Schlusses hielt am Montag, den 15. Juni, eine öffentliche Versammlung in den Arminshallen ab. Das erste Referat hielt Herr Albert Kohn über den Achtuhr-Schluss vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. Er ging die einzelnen Reden kritisch durch und kam zu dem Ergebnisse, daß von den Herren Berg, Landrätthen u. s. w. in der denkbar oberflächlichsten Weise die Thätigkeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik besprochen wurde und daß diese Sachverständigen nicht berechtigt wären, die Verordnung als vom grünen Tisch zu bezeichnen. Das zweite Referat hielt Herr Berthold Heymann über den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller als Vertreter der Ladeninhaber. Er zeigte die Haltlosigkeit der von diesem gegen den Achtuhr-Schluss erhobenen Einwände insbesondere an Aeußerungen von wirklichen Ladeninhabern und lieferte den Nachweis, daß der unächseligen Beeinträchtigung der Oeffentlichkeit durch besagten Verein eine energische Gegenagitation entgegengeleitet werden müsse. In der Diskussion

sprach der Ladeninhaber Fürst gegen den Achtuhr-Schluss und die großen Vazare, sowie ein Handlungsgehilfe Hammer gegen das „Gesetz“ und für die „freie Vereinbarung“. Beide wurden durch den Schlächtermeister und Ladeninhaber Jacob und die Referenten widerlegt, so daß die Versammlung folgende zwei Resolutionen einstimmig annahm: „Die am 15. Juni tagende Versammlung der „Liga“ spricht dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller“ das Recht ab, die Interessen der Ladenbesitzer und Kleinergewerbetreibenden in der Achtuhr-Schluss-Frage zu vertreten. Es geschieht dies 1. auf Grund der Zusammenfassung seiner Mitglieder, welche mit dem Detailhandel meist überhaupt nichts zu thun haben, 2. auf Grund der ihm entgegenstehenden Beschlüsse verschiedener gewerblicher Vereine und Handelskammern der Provinz, sowie 3. auf Grund der gutachtlichen Aeußerungen der von der Reichskommission für Arbeiterstatistik vernommenen wirklichen Ladeninhaber, welche einen früheren Ladenschluss fast durchgängig als undurchführbar bezeichnet haben.“

Die öffentliche Versammlung der Liga vom 15. Juni spricht ihre Entrüstung darüber aus, in welcher oberflächlichen Art das preussische Abgeordnetenhaus seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Vorlage der Kommission für Arbeiterstatistik den Achtuhr-Schluss betreffend begründet hat. Die Versammlung erblickt in der Verhandlung desselben vom 7. Mai nur den Ausdruck der Wünsche der Großindustriellen, nicht aber ein Bild der in den breiten Schichten des Volkes herrschenden Wünsche.“

Die Musikinstrumentenarbeiter hielten am Mittwoch Abend in Keller's großem Saal eine nur mäßig besuchte Versammlung ab, um nach Beendigung des Streiks Stellung zu den Maßnahmen der Fabrikanten zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende bekannt, daß die unrichtige Versammlungsanzeige im „Vorwärts“ auf die Leichtfertigkeit eines einzelnen Kommissionsmitgliedes zurückzuführen sei. Kleinlein schildert nunmehr in kurzen Umrissen die Ursachen und den Verlauf des Streiks, bemerkend, daß die erlittene Niederlage der Arbeiter zum theil dem Verhalten der Kollegen, die zu Streikbrechern wurden, zuschreiben sei. Weiter aber habe die Organisation der Unternehmer, der neugebildete Ring, an dessen Spitze der Kommerzienrath Beschlein steht, durch sein Vorgehen gleich den Kühnemannern den Arbeitern einen fühlbaren Schlag versetzt. Das schwarze Listensystem stehe augenblicklich in vollster Blüthe, und mancher Unternehmer, der gewillt sei, die alten Arbeiter einzustellen oder zu behalten, würde gezwungen, diese zu entlassen, weil, wie sie sich äußerten, die ihnen vorliegende Liste neben ihrem Namen zwei Sterne aufweise. Ausgesperrt seien augenblicklich noch 250 Personen, die nach dem Organ der Fabrikanten nie wieder eingestellt werden. Redner ersucht am Schlusse, sich mehr als bisher zusammenzuschließen, um in späterer Zeit die erlittene Scharte wieder auszuweihen. Sämmtliche Redner, die sich an der Diskussion beteiligten, pläbirt für nunmehrige Stärkung der Organisationen, gleichgiltig in welcher Form. Nach langer Debatte, die zu keinem Resultate führte, beschloß die Versammlung, die Lohnkommission zu beauftragen, in Wäde eine weitere Versammlung einzuberufen, in welcher gleichzeitig über die Unterstüßung der noch Ausgesperrten zu beschließen ist.

Die Zwischenmeister der Damen- und Kindermäntel-Konfektion hatten zum Donnerstag, den 18. Juni, eine öffentliche Versammlung nach Keller's Gasthause, Köpfniderstraße, einberufen zwecks Stellungnahme zu der Ablehnung ihrer Kommission seitens der Vertretung der Kaufleute und Friseur-Kommission der Arbeiter. Die letzten beiden Kommissionen waren zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Dieser Einladung Folge leistend, war die Friseurkommission der Arbeiter auch erschienen. Am Eingang des Saales wurde indeß den weiblichen Vertretern, Frau Noack und Frau Reimann bedeutet, daß sie als Frauen keinen Zutritt hätten, weil der Wirth dies nicht dulde. Timm gab darauf im Namen der übrigen Vertreter der Arbeiter vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, daß sie sich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen könnten und es mit ihrer Ehre als unvereinbar hielten, der Versammlung beizumohnen. Nach Abgabe dieser Erklärung verließen die Arbeitervertreter den Saal. Daraus hielt der Geschäftsführer der Genossenschaft der Damenmäntelschneider, Volkmann, das Referat, an welches sich eine sehr stürmische Debatte angeschlossen. In der Versammlung waren zwei Richtungen vertreten, die sich gegenseitig befehdeten. Die eine Strömung, vertreten durch Stolzmann, machte den Meistern den Vorwurf, daß sie selbst die Schuld hätten, wenn die Konfektionäre nichts bewilligt hätten. Schließlich gelangte folgende Resolution unter stürmischer Unruhe zur Annahme: „Die heute hier bei Keller, Köpfniderstraße, tagende öffentliche Schneidermeister-Versammlung für Damen- und Kindermäntel-Konfektion spricht der Kommission für Vertretung der Meisterschaft ihre volle Anerkennung aus und hofft, daß sie auch ferner die Interessen der Meisterschaft und der Arbeiterinnen wahrnehmen wird. Die Versammlung ist fest davon überzeugt, daß den jetzt bestehenden großen Uebelständen nur durch einen festen Minimaltarif abgeholfen werden könne. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Meisterschaft im allgemeinen auch in Zukunft für die beiden jetzt bestehenden Korporationen, Junung und Verein, eintreten wird. Ferner spricht die Versammlung den beiden Korporationen ihren Dank für die in Aussicht genommene Gründung eines „Allgemeinen deutschen Damenmäntel-Schneidermeister-Verbandes“ aus und hofft, daß dieser zum Segen des Handwerks gereichen wird. Endlich spricht die Versammlung den Herren Vertretern der Kaufleute in der Damenmäntel-Konfektion ihre Mißbilligung dafür aus, daß dieselben ohne jedwede Verantwortung den Streit mit den Vertretern der Meisterschaft provozirten und hofft, daß die Geschäftsinhaber nun endlich nicht nur mit schönen Redensarten, sondern auch mit Thaten die Meisterschaft unterstützen, um der Nothlage der Arbeiterinnen und den Uebelständen in der Damenmäntel-Konfektion abzuhelfen, damit geregelte Zustände geschaffen werden.“

In welcher Weise die Zwischenmeister die Interessen der Arbeiterinnen wahrnehmen, haben die Mäntelnäherinnen bereits zur genüge erfahren. Denn gerade diese Herren sind schuld daran, daß die Vereinbarungen vom 20. Februar vielfach durchbrochen wurden, weil sie von Anfang an die für die Arbeiterinnen vereinbarten Lohnsätze gekürzt und zum theil gar nicht bezahlt haben.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Stettin, 19. Juni. (B. Z. S.) In dem Prozeß betreffend die Explosion auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ wurde heute das Urtheil gefällt. Der Ingenieur Nikolaus wurde wegen fahrlässiger Tödtung zu einem Monat, der Ingenieur Schubert und der Kupferschmiedemeister Freiberg wurden zu je 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der vierte Angeklagte Lehmann wurde freigesprochen.

Braunschweig, 19. Juni. (B. Z. S.) Der vom Senate abgelehnte Artikel 50 des Budgets des Landwirtschafts-Ministeriums betreffend die Festsetzung von Mindestlöhnen wird in der Kammer noch einmal beraten.

Die heutige Sitzung war sehr erregt; den Sozialisten wurden zahlreiche Ordnungsruufe erteilt. Nach längerer Verathung, bei der die Regierung vorschlug, das Budget in der vom Senate festgestellten Fassung anzunehmen und einen Versuch mit Mindestlöhnen zu machen, ohne dieselben in die staatlichen Ausschreibungen aufzunehmen, nahm die Kammer mit 83 gegen 27 Stimmen eine Tagesordnung an, durch die der Regierung das Vertrauen des Hauses ausgedrückt wird.

Reichstag.

109. Sitzung vom 19. Juni, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Nieberding, Pland, Künzel, Mandry.

Präsident v. Vunol: Mit Rücksicht auf die in den letzten Sitzungen wiederholt festgestellte Beschlußunfähigkeit kann ich Urlaubsgesuche nicht mehr bewilligen, soweit sie nicht besonders dringende Gründe nachweisen. Ich bitte die Herren Mitglieder inständig, ihre persönlichen Angelegenheiten den dringenden Geschäften des Hauses unterzuordnen.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Rintelen (Z.): Alle diejenigen, denen daran liegt, daß das Bürgerliche Gesetzbuch glatt hinter einander erledigt wird, müssen alles mögliche thun, daß das Haus beschlußfähig ist; wir wünschen aber, daß die Arbeiten der 11. Kommission betreffend die Novelle zur Strafprozeß-Ordnung, welche 2 Jahre lang mit angelegentlichem Fleiß gearbeitet hat, in dieser Session nicht wieder verloren gehen, wenn der Reichstag nach Erledigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschlossen wird. Ich bitte den Herrn Reichskanzler oder einen seiner Vertreter, und in dieser Beziehung eine beruhigende Erklärung zu geben.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Herr Reichskanzler hält im Verein mit den verbündeten Regierungen an der Hoffnung und dem Vertrauen fest, daß es gelingen werde, noch in der gegenwärtigen Tagung das Bürgerliche Gesetzbuch zur Verabschiedung zu bringen. (Beifall.) Wir werden in dieser Hoffnung nicht erschüttert durch die Wahrnehmung, daß in den letzten Tagen die Beschlußfähigkeit des Hauses allerdings zu wünschen übrig ließ, und wir hoffen, daß es nur des Ausspruchs des dringenden Wunsches der verbündeten Regierungen, der sich auch deckt mit dem Wunsche eines großen Theiles der Mitglieder dieses Hauses, bedürfen wird, um diejenigen Mitglieder, die sich bisher von der Beratung ferngehalten haben, dazu zu führen, daß sie eifriger als bisher an den Beratungen des Hauses sich beteiligen. In der Voraussetzung, daß das Bürgerliche Gesetzbuch jetzt verabschiedet wird, wird der Herr Reichskanzler dem Kaiser vorschlagen, daß der Reichstag demnächst vertagt werden möge, damit die Arbeiten der Kommission zur Vorbereitung der Strafprozeß-Ordnung-Novelle nicht verloren gehen. Ich kann also unter dieser Voraussetzung den Vorredner beruhigen. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Ich beantrage, die Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von der Tagesordnung abzusetzen und werde event. denselben Antrag in den nachfolgenden Sitzungen stellen. Ich halte es nicht für angemessen für den Reichstag und nicht entsprechend der Bedeutung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, in die Beratung noch in diesem Hochsommer einzutreten. Die Gründe für meinen Antrag liegen in den äußeren Verhältnissen, in der vorgeschrittenen Jahreszeit, in der Temperatur, welche die parlamentarischen Verhandlungen erheblich erschweren in der langen Sitzungsperiode. Wir sind jetzt in das zweite Hundert der Plenarsitzungen eingetreten und haben kaum einen Sitzungsfreitag gehabt; wir haben die schwersten Gesetze gerade in dieser Session zu erledigen gehabt. Wir treten jetzt in die Jahreszeit, in der es auch die bürgerlichen Familien herkömmlich ist, Erholung zu suchen. Wie schwer es ist, den Reichstag beschlußfähig zu erhalten, haben die letzten Tage dargelegt, obgleich von den Parteien, welche das Zustandekommen des Gesetzbuchs wünschen, notorisch alles geschehen ist, um ihre Freunde im Reichstage erscheinen zu lassen. Die Schwierigkeit der Situation erhellt auch aus den Aeußerungen des Herrn Präsidenten über die Urlaubsgesuche und aus dem besonderen Appell des Ministers v. Voetticher an die Mitglieder. In einer solchen Situation befinden wir uns gegenüber der Beratung eines Gesetzes, welches über 2000 Paragraphen umfaßt, und darum ein ganzes Bündel von Materien, welche das Haus in einer Reihe von Sitzungen beschäftigen würden, so das Vereinsgesetz, der Dienstvertrag, der Bildungsbereich, die verdingungsrechtliche Stellung der Frau, das Clericalrecht und das Eheverbot der Frau. Wenn nun auch eine geschlossene Mehrheit im Hause vorhanden wäre, die das Gesetz zu Stande bringen wollte, wie es in der Kommission beschlossen ist — es ist dies aber nicht der Fall — so müßte doch der Minderheit Raum gegeben werden, entgegengegesetzte Ansichten auszusprechen und in Form von Anträgen zur Abstimmung zu bringen. Das liegt auch im Interesse der Allgemeinheit, nicht bloß der Minderheit. Es liegen bereits weit über 100 Änderungsanträge vor. Je knapper sich nun die Präzision herausstellt, um so zufälliger werden dadurch die Entscheidungen da, wo die Ansichten auseinander gehen. Es wird sich mehr und mehr eine summarische Behandlung herausstellen. Es wird von der Arbeit, die bisher geleistet ist, nichts verloren gehen, denn die Session wird ja nicht geschlossen, sondern vertagt werden. Wenn wir sonst bis in den Juli tagten, so geschähe es nur, wenn ein Interesse vorhanden war, daß ein Gesetz alsbald in Kraft treten sollte. Ein solches liegt hier nicht vor. Das Gesetz soll ja erst 1900 in Kraft treten, und da wird eine Verzögerung von fünf Monaten in der Beratung nichts ausmachen. Bis jetzt ist der Entwurf nur in engeren juristischen Kreisen, aber noch nicht hinreichend in der Öffentlichkeit behandelt. Es wird gemunkelt, daß eine politische Situation eintreten könnte, welche das Gesetz gefährden könnte. Nachdem die Arbeit einmal so weit gediehen, kann ich mir keine politische Situation, keinen Ministerwechsel denken, der auf das Zustandekommen nachtheilig einwirken könnte. Wie das Gesetz auch gefaltet wird, es wird manches ändern an hergebrachten Gewohnheiten und es wird manche Unzufriedenheit anfangs hervorrufen, bis sich die Bevölkerung daran gewöhnt hat. Je mehr ohnehin die Einführung des Gesetzbuchs auf Schwierigkeiten stoßen wird, um so mehr sollte man alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, als wenn das Gesetz durch Ueberhaltung zu Stande gebracht worden ist. (Beifall links.)

Abg. Lieber (Z.): Ganz im Gegensatz zum Vorredner schlage ich vor, mit aller Ruhe und Besonnenheit in die Beratung einzutreten. Meine politischen Freunde stehen einstimmig hinter diesem Vorschlage und zwar aus Rücksicht auf den baldigen Abschluß des großen nationalen Werkes mit allen seinen Folgeerleichterungen vor dem Ablauf dieses Jahrhunderts und vor dem Erlöschen des Mandats dieses Reichstages. Wenn das Bürgerliche Gesetzbuch schon jetzt verabschiedet wird, kann im nächsten Winter das Handelsgesetz, das Gesetz über die Zwangsvollstreckung und über die Grundbuch-Ordnung erledigt werden. Für eine folgende Tagung würde die Zivilprozeß- und die Konkursordnung und das Gesetz zum Schutze der Pfandbrief-Inhaber folgen. Ich will gar nicht erinnern an das Versicherungsrecht und das Gesetz über das Verlagsrecht. Darüber werden wir doch wohl klar sein, daß es im Interesse einer sachlichen kongruenten Erledigung dieser Dinge liegt, daß möglichst ein und derselbe Reichstag darüber befindet. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Dinge so liegen, so bleibt in der That

kaum etwas anderes übrig, als mit Hintansetzung aller Sonder-rücksichten jetzt das Bürgerliche Gesetzbuch zu verabschieden und in den zwei Wintertagungen, die uns noch vergönnt sein werden, die genannten Folgegesetze oder die wesentlichsten derselben zu erledigen. Diesem Reichstag ist dank der Entwicklung der Dinge diese Aufgabe zugefallen, er steht vor der Frage, ob er im Stande ist, sie seinerseits zu lösen. (Beifall im Centrum und rechts.) Es ist ein öffentliches Geheimniß und darf auch öffentlich ausgesprochen werden: dank der Gewohnheit der Reichstagsmitglieder, die immer mehr um sich greift, werden die Beschlüsse nicht von einem beschlußfähigen Hause gefaßt. Die Auszählung der letzten Tage war eine Overtüre zur Oper, die heute aufgeführt wird (Weiterleit). Es ist durch das Bureau festgestellt worden, daß unter dem Antrag auf namentliche Abstimmung eine ganze Anzahl von freisinnigen und sozialdemokratischen Abgeordneten, deren Namen Redner verliest, gestanden haben, welche an der Abstimmung nicht theilgenommen haben (Hosi; rechts und im Centrum, Unruhe). Wer eine namentliche Abstimmung unterstüht, hat die Ehrenpflicht, daran theilzunehmen oder sich ausdrücklich der Abstimmung zu enthalten. Gegen solche Nachschichten die Beschlußfähigkeit des Reichstages herzustellen, das wird eine Kraftprobe sein für die dem Zustandekommen des Gesetzbuchs freundlichen Parteien. Lassen Sie auszuwählen: ich hoffe, daß nach jeder Auszählung die Zahl der anwesenden Mitglieder sich vermehren wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Mantuffel (L.): Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß wir eine ehrenvolle Aufgabe haben mit der Beratung des Gesetzbuchs. Aber ob diese Ehre dadurch verliert, daß wir das Gesetzbuch statt im Juni oder Juli im November oder Dezember beraten, das ist mir doch zweifelhaft. Der Reichstag erscheint mir dadurch nicht unfähig, daß er die Aufgabe nicht jetzt, sondern im Herbst löst. Aus den Ausführungen des Herrn v. Bötticher habe ich herausgehört, daß eine Vertagung nur eintritt, wenn wir artige Kinder sind. Schließt die Regierung die Session, dann trifft sie die Verantwortung, wenn die bisher geleisteten Arbeiten verloren gehen. (Sehr richtig! rechts.) Der größte Theil meiner Freunde wird dem Antrage des Herrn Richter auf Absehung von der Tagesordnung Folge geben. Wir wollen die Änderungen, die wir wünschen, nicht von Zufallsmajoritäten abhängig machen. Wir sind durchaus nicht gewillt, eine Obstruktionspolitik zu treiben und durch geistliches Fernbleiben die Sitzung zu hintertreiben. Nach Möglichkeit werden wir zur Stelle sein. Ich habe aber die Besichtigung, daß es nichts nützen wird, daß wir hier sind, daß unsere Arbeit nichts nützen wird. Aber ich spreche die Hoffnung aus, daß zum Ende nicht der Schluß, sondern die Vertagung erfolgt. Warum das Bürgerliche Gesetzbuch nicht im Herbst zu Stande kommen soll, ist mir ein Räthsel. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bennigsen (nat.): Als das Bürgerliche Gesetzbuch vorgelegt wurde, war die Meinung verbreitet, daß es unmöglich sein würde, ein solches Werk ebenso zu behandeln, wie gesetzgeberische Werke geringerer Art. Man meinte, wenn man es nicht en bloc annehmen wollte, müsse man sich darauf beschränken, nur die wichtigeren Bestimmungen einer Erörterung zu unterziehen. Wir haben ein Mehreres gethan. Wir haben eine Kommission mit der Durcharbeitung der Vorlage betraut, 4 Monate hat diese Kommission mit Hingabe der Aufgabe sich gewidmet. Im wesentlichen ist das Werk aus der Kommission, unwesentliche Abänderungen abgerechnet, so hervorgegangen, wie es dem Reichstag vorgelegt wurde. Herr Richter meint, die sorgfältige Prüfung solle jetzt erst beginnen! Sie hat seit 20 Jahren stattgefunden in ganz Deutschland, von allen irgendwie dazu berufenen Kreisen. (Sehr richtig! rechts, bei den Nationalliberalen und im Centrum.) Das Urtheil der berufenen Männer ist das gewesen, daß das Ergebnis der zwanzigjährigen Arbeit wohl als Gesetz eingeführt werden könne. Wenn das Gesetz so behandelt werden würde, wie Herr Richter es wünscht, dann würde ein schlechtes Urtheil zurückfallen auf die Volkvertretung. Ein großes Parlament würde bei einer solchen Thätigkeit, bei einer so wichtigen Aufgabe verfallen. Solche großen Aufgaben sind von anderen Staaten gelöst worden, zum Theil freilich ohne Behinderung durch die Parlamente. In Sachen und Baden hat man solche Aufgaben auch gelöst. Sollten jetzt nach einer Arbeit von 4 Monaten Schwierigkeiten erhoben werden, so laufen wir Gefahr, daß das Werk nicht beendet wird.

Abg. Singer (Soj.): Meine Freunde und ich werden aus rein sachlichen Gründen für den Antrag Richter stimmen. Das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu hindern haben wir keine Veranlassung, wir wollen auch keinerlei Obstruktion treiben. Aber wir haben von vornherein die Meinung gehabt, daß wir alle parlamentarischen Mittel anwenden müssen, um eine Ueberhaltung zu verhindern. Wir werden uns nicht verhindern lassen, diejenigen Bestimmungen des Gesetzes, welche wir für wichtig halten, durch namentliche Abstimmungen feststellen zu lassen. Die Verantwortung dafür, wenn dabei die Beschlußfähigkeit sich heraufstellt, fällt den Parteien zu, welche ihre Mitglieder nicht hier halten können. Das namentliche Abstimmungen beantragt sind auch von Mitgliedern, die im Moment nicht anwesend sind, ist auch früher seitens anderer Parteien vorgekommen. Die Fraktionen haben das Recht, geschlossen namentliche Abstimmungen über wichtige Fragen zu beantragen. Die Bescheidenheit der Nationalliberalen ist ja bekannt. Für sie ist alles spruchreif, was vom Bundesrath kommt. Wenn es nach Herrn v. Bennigsen ginge, hätte man der Kommission jede Spezialberatung untersagt und das ganze Bürgerliche Gesetzbuch mit dreifachem Hurrah angenommen. Diese Auffassung haben wir nicht. Die verbündeten Regierungen scheinen nicht zu wissen, daß der Reichstag ein dem Bundesrath gleichberechtigter Faktor ist. Wie hätte er sonst sagen können, es würde nur des Wunsches des Bundesraths bedürfen, um den Reichstag beschlußfähig zu machen. Umgekehrt, es wäre verständlicher, wenn man sagte: Es bedürfe nur des Wunsches des vom Volke gewählten Reichstages, um den Bundesrath dem Beschlusse des Reichstages geneigt zu machen. (Zustimmung links.) Sachliche Gründe sprechen für das Verlangen der verbündeten Regierungen nicht. Ebenso gut wie im Juni und Juli kann die Beratung im Oktober und November stattfinden. Haben die Juristen 20 Jahre zur Vorbereitung gebraucht, dann ist es unrichtig, dem Reichstage zuzumuten, die Sache in einigen Wochen durchzuführen. Die Reichstags-Mitglieder haben ihren Verpflichtungen voll genügt, wenn sie acht Monate am Platze gewesen sind. Die Verpflichtung der Abgeordneten hat doch schließlich auch eine Grenze und die Ueberhaltung kann doch nur gefordert werden, wenn sonst ein Schaden entsteht. Ein solcher Schaden ist aber nicht möglich. Die Regierung hat ja die Möglichkeit, die Session schon zum Oktober einzuberufen, damit der Reichstag vor Weihnachten das Bürgerliche Gesetzbuch erledigen kann. Herr v. Bennigsen meint, daß alle Kreise bei der Vorbereitung theilhaftig gewesen sind. Es sind nur Juristen gewesen, die bis jetzt theilhaftig waren. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Es sind außerdem ein paar Mitglieder der Industrie und Hochfinanz zugezogen, aber die große Masse der Arbeiter war nicht vertreten. Aber was die Herren vermeiden wollen, die Einmischung des Volkes, das wünschen wir dringend. Wir wollen, daß die Gesetzgebung, wenn auch nicht von der Zustimmung, so doch von dem Verständniß des Volkes getragen werden soll. Wir haben keine Eile, wenn das Gesetzbuch im Jahre 1900 in Kraft treten soll. Wir haben nichts dagegen, daß dieser Reichstag die Sache erledigt; Herr Lieber betrachtet es wohl als eine besondere Ehre für das Centrum, die Vorlage zustande gebracht zu haben. Aber wir werden ja die Herren auch im Herbst noch sehen. Ich stehe unter dem Eindruck, als ob es eine gewaltthätige Anspannung ist unter Jubelstimmung nationaler Redewendungen die Beratung durchzuführen. Man sollte doch gegenüber dem Wunsche einer großen Minderheit des Hauses die Beratungen lieber vertagen. Von einer Einstimmigkeit war vor einigen Tagen im Centrum noch keine Rede; die damals noch zweifelhaften Herren sind wohl beruhigt durch die Erklärung bezüglich der Justiznovelle. An den praktischen Gründen der nichtigen Besetzung des Hauses werden wir scheitern mit der Beratung, und die Herren, die die Würde des Reichstages immer so hervorheben, sollten sich die Frage stellen, ob es der Würde des Reichstages entspricht, fortgesetzt der Gefahr der Beschlußunfähigkeit ausgesetzt zu sein.

Staatssekretär v. Voetticher: Ich habe meine ersten Bemerkungen angeknüpft an die Frage des Abg. Rintelen wegen der Justiznovelle. Ich habe der Wahrheit und den Erwägungen der Regierungen entsprechend mittheilen können, daß es in der Absicht des Reichskanzlers liegt, nach Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem Kaiser die Vertagung des Reichstages vorzuschlagen, daß es die Absicht der verbündeten Regierungen sei, die Vorlage noch jetzt ohne Unterbrechung zu Stande zu bringen. Ich habe durchaus keinen Zwang aus den Reichstag ausüben wollen. Ein solcher Zwang wird erschrecklich wenig ausmachen. Die Regierungen wünschen das Gesetz zu Stande zu bringen und ich habe damit die Hoffnung verknüpft, daß dadurch auch die bisher säumigen Mitglieder sich zum Erscheinen veranlaßt sehen werden. Ist es denn eine so große Zumuthung an den Reichstag, jetzt noch weiter zu beraten? Vermessen denn die Herren, daß die Session später angefangen hat als sonst? (Zuruf: warum?) Das warum braucht man heute nicht mehr zu untersuchen. Frühere Reichstags-Sessionen sind bis in den Juli hinein ausgedehnt worden und haben früher begonnen. Ich erinnere nur an die Session des Zolltarifs, wo wir bis Juli gefahren haben. Es handelt sich um eine Vorlage der verbündeten Regierungen, deren Beratung dem Reichstage obliegt. Will er sich dieser Verpflichtung entziehen, dann hat der Reichstag die Gründe anzugeben. Und wo sind die Gründe? Die Wärme! Ich glaube, es giebt kaum in Deutschland einen kühleren Raum als diesen Saal! (Große Heiterkeit.) Im Anschluß an die Kommissionsberatung ist es leichter, sachlich die Vorlage zu diskutieren, als wenn 5-6 Monate darüber hingehen. Die Bevölkerung soll noch gar nicht zum Wort gekommen sein! Die Beschlüsse der Kommission sind publizirt worden; jedermann hat Veranlassung und Gelegenheit gehabt, sich darüber klar zu werden. (Widerspruch links.) Es wäre viel leichter gewesen, die einzelnen Beschlüsse der Kritik zu unterziehen, als jetzt das ganze Gesetzbuch von mehreren tausend Paragraphen. Sachliche Gründe sind mit weiter nicht klar geworden als die Wärme, und da hat der Himmel heute auch schon ein Einsehen. (Heiterkeit.) Offenlich wird dadurch die Arbeitslust etwas gefördert. Herr v. Mantuffel bemerkt ich, daß ich darüber gar nicht gesprochen habe, was eintreten wird, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch nicht beraten wird. Darüber ist noch kein Beschluß gefaßt und es ist gar nicht abzusehen, wie ein solcher Beschluß vom Kaiser aufgefäßt wird. Daß die Regierung genötigt wäre, eine Vertagung einzutreten zu lassen, kann ich nicht zugeben. Wenn das Bürgerliche Gesetzbuch in der Form der Kommissionsbeschlüsse wieder vorgelegt werden würde in der nächsten Session, so könnte ja ohne Kommissionsberatung sofort die zweite Lesung vorgenommen werden, ich kann nur den Wunsch wiederholen, daß es dem Reichstag gefallen möge, das große nationale Werk zu Stande zu bringen.

Abg. v. Stumm (Sp.): Jede Partei, ich möchte sagen jedes Mitglied des Hauses weiß ganz genau, wie es sich zu dem Gesetzbuch stellt. Ich beschränke mich daher darauf, zu erklären, daß meine Freunde gewillt sind, das Gesetzbuch jetzt noch zu erledigen und nicht bis zum Herbst zu vertagen. Wir sind gewillt, das schwere Opfer zu bringen und bis in den Juli hier zusammen zu bleiben. Das Opfer ist kein kleines; denn die Hitze im Saale ist zwar keine große, aber unsere Arbeiten beschränken sich nicht bloß auf den Saal. Aber wir wollen trotzdem die Vorlage möglichst schnell erledigen und werden gegen den Antrag Richter stimmen.

Abg. Nicker (fr. Sp.): Ich habe schon bei der ersten Beratung mich im Auftrage meiner Freunde für die ununterbrochene Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgesprochen. Alle Bevölkerungsklassen, alle Korporationen haben sich eingehend ausgesprochen; die Sache ist durchaus spruchreif. Ist denn der Reichstag nicht ziemlich stark besetzt? Wenn man jeden Tag die Beschlußfähigkeit bezweifelt, ja, nennen Sie mir doch ein Parlament, welches immer beschlußfähig ist. In Paris tagen die Abgeordneten wegen der Zuckersteuer, würden Sie (nach rechts deutend) nicht solcher Liebesgabe wegen auch im Sommer hier bleiben? (Zustimmung im Centrum.) Wir haben durchaus nicht die Neigung, die Vorlage durchzuspeiteln und die Minderheit zu verewaltigen.

Abg. v. Ziembovski erklärt namens der Polen, daß sie gegen den Antrag Richter stimmen würden, weil sie nicht in den Verdacht kommen wollen, dem Bürgerlichen Gesetzbuch Schwierigkeiten zu bereiten und weil sie verhindern wollen, daß durch die Vertagung des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Justiznovelle in den Hintergrund gedrängt wird.

Abg. v. Hadenberg erklärt namens der Welfen die Zustimmung zum Antrage Richter.

Abg. Spahn (Z.): Meine Freunde haben durchaus keine Neigung, irgend jemandem das Wort abzuschneiden. Ich muß betonen, daß Mitglieder meiner Partei namentliche Abstimmung beantragen haben, ohne anwesend zu sein. Die Sozialdemokraten sind mit ihren Anträgen vollständig fertig; es liegt also für sie gar kein Grund vor, die Beratung hinauszuschieben. Wenn wir nicht jetzt, sondern erst im Herbst das Bürgerliche Gesetzbuch erledigen, dann wird auch erst im Herbst die Grundlage geschaffen für die Revision des Handelsgesetzbuchs und diese kann in der nächsten Session nicht mehr vorgelegt werden.

Abg. Vielhaben (Reform-P.): Meine persönliche Stellung habe ich dargelegt, als ich aus der Kommission ausschied. Meine Freunde theilen meine Gründe durchaus. Diejenigen, welche für die schnelle Durchberatung gesprochen haben, haben immer nur die Resignation betont, die sie geübt haben. Aber diese ist klein gegenüber der Resignation, die sich das deutsche Volk auferlegen muß, indem es sich dem neuen Gesetzbuch anzuweihen muß. Wenn die Vorlage durchgedrückt wird, dann wird sie vom Volke mit Mithras aufgenommen werden. Herr Lieber hat den Parteien eine Strafpredigt gehalten über die Nichtanwesenheit von Mit-

gliedern, die aber an eine falsche Adresse gerichtet war. Ich sehe im Zentrum jetzt Herren, die ich gar nicht kenne, die während der ganzen Session noch nicht hier gewesen sind. (Große Heiterkeit.) Das Zentrum kommt mit ganz neuen Kräften. (Heiterkeit.) Bismarck hat der Reichstag gezeigt, daß er über die ganze kleine Vorlage zur Gewerbe-Ordnung nicht abstimmen kann, und diesem Reichstag traut man die Kraft zu, noch jetzt das Bürgerliche Gesetzbuch durchzubringen!

Abg. Hausmann (südd. Sp.): Auch ich halte es für eine ehrenvolle Aufgabe, das Bürgerliche Gesetzbuch fertigzustellen. Aber ich glaube nicht, daß das jetzt möglich sein wird. (Zuruf: wo sind denn Ihre Freunde?) Der Streitpunkt giebt es eine so große Zahl, daß man mindestens drei Wochen zur Durchberatung brauchen wird. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab, daß Unzulänglichkeiten infolge der schlechten Beratung in das Gesetzbuch hineinkommen und werden einstimmig für den Antrag Richter stimmen.

Abg. v. Cuny (nall.): Wer sind denn die wir? (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Herr Hausmann ist ja ganz allein von seinen Freunden anwesend (lebhafter Zustimmung), und seine Freunde waren überhaupt in der letzten Zeit gar nicht hier. Hat Herr Hausmann denn die letzten 20 Jahre nicht miterlebt? Es ist kein einziger Antrag gestellt, der nicht schon bei den früheren Vorberatungen gestellt und erwogen worden wäre. (Sehr richtig!) Um dieses Werk, nach welchem die Nation verlangt, zu fördern, haben wir die Verpflichtung, alles zu thun, was in unseren Kräften steht. Den Polen erkläre ich, daß wir in keiner Weise der Beratung von Anträgen und entgegenstellen wollen.

Abg. Hausmann: In einem Augenblicke, wo man nicht weiß, ob überhaupt weiter beraten wird, ist es nicht notwendig, daß alle Mitglieder anwesend sind. Es sind nur Juristen hier; wenn mein Kollege Payer fehlt, so liegt das daran, daß er wieder schwer erkrankt ist. Zu wichtigen Beratungen und Abstimmungen werden sich meine Freunde einfinden. Solche persönlichen Dinge sollte man nicht hineinziehen. (Lebhafter Widerspruch.) Damit alle meine Freunde anwesend sein können, unterstütze ich den Antrag Richter, die Beratung bis zum Herbst zu vertagen.

Damit schließt die Debatte. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei, der Deutschen Reformpartei, der Welfen und der Mehrheit der Konservativen wird der Antrag Richter abgelehnt.

Darauf wird in die Spezialberatung eingetreten. Die §§ 1-5 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 6, wonach entmündigt werden kann u. a.: „Wer infolge von Trunksucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder seine Familie der Gefahr des Nothstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet“, beantragen die Sozialdemokraten, diese Bestimmung zu streichen.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Nachdem beschlossen ist, in die Spezialberatung einzutreten, werden meine Freunde sich an der Beratung betheiligen; sie beabsichtigen nicht, Obstruktion zu treiben. Redner spricht sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten aus.

Abg. Frohme (Soz.) bestirmt den Antrag, weil derselbe durchaus kein geeignetes Mittel sei, die Trunksucht zu bekämpfen.

Abg. Wagem (Z.): Ein solches Mittel soll die Bestimmung nicht sein; es soll den Trunksüchtigen nur unschädlich machen. Namentlich für viele Arbeiterfamilien würde das von Nothwendigkeit sein.

Abg. Stadthagen (Soz.) beantragt, wenigstens die Worte „oder sich oder seine Familie der Gefahr des Nothstandes aussetzt“, zu streichen, da diese Bestimmung für ganz Deutschland neues Recht schaffen würde. Die Bestimmung würde ein Klagenrecht sein, denn die Reichsgerichte würden nicht dazu kommen, ihre Familien in Nothstand zu versetzen. Die Bestimmung würde dazu führen, aus politischen und sonstigen Gründen Arbeiter wegen Trunksucht zu entmündigen. Wie soll denn die Trunksucht definiert werden? Ist die Sucht zu trinken, der Durst nicht etwas ganz Natürliches? (Heiterkeit.)

Abg. v. Cuny (nall.) spricht sich gegen die Anträge auf Streichung aus und bestreitet, daß die Bestimmung eine Ausnahmemaßregel für die Arbeiter sei.

Abg. Bebel (Soz.): Das hat eigentlich Herr Wagem zu geben durch seine letzte Aeußerung. Unser ganzes Entmündigungsverfahren leidet an schweren Mängeln, ohne daß es möglich ist, eine Verbesserung herbeizuführen.

Staatssekretär Niederding: In dieser Beziehung kann ich den Vorredner und das Haus beruhigen. In den Kreis der Bestimmungen der Zivilprozessordnung, welche einer Verurteilung unterzogen werden sollen, gehören auch die Bestimmungen über die Entmündigung. Je schneller wir das Bürgerliche Gesetzbuch fertigstellen, desto eher wird auch die Revision dieser Vorschriften vorgenommen werden können und es werden dabei auch für die Entmündigung infolge von Trunksucht die nöthigen Auktionen geschaffen werden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Abg. Jöhrant (Reform-P.) zur Geschäftsordnung: Ich bewillige die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Große Unruhe. Mehrfache Ausrufe: Psiu!)

Präsident von Guol: Das Bureau ist einstimmig der Ansicht, daß das Haus beschlußfähig ist. (Lebhafter Beifall.)

§ 6 wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge nach den Beschlüssen der Kommission angenommen; ebenso ohne Debatte die §§ 7 bis 20. Der zweite Titel, §§ 21 bis 85, betrifft die juristische Person.

Die Sozialdemokraten beantragen, an die Stelle dieses ganzen Abschnittes folgende Bestimmungen zu setzen:

a) Die Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie alle Vereine mit körperlicher Verfassung sind als solche verwindensfähig.

Ein Verein besitzt eine körperliche Verfassung, wenn die Verwaltung der gemeinsamen Angelegenheiten einem Vorstand mit samsungsmäßiger Vollmacht übertragen ist. Die Satzung muß schriftlich abgefaßt sein.

Die reichsgesetzlich bereits geregelten Körperschaften, Genossenschaften und sonstigen Vereine bleiben bei dem bisherigen Rechte.

b) Die Vereinsmitgliedschaft ist unveräußerlich. Die Ausübung der einzelnen Mitgliedsrechte ist unübertragbar.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Das Bürgerliche Gesetzbuch wird nicht zur Rechtsvereinheit in Deutschland führen, denn überall heißt es: unberührt bleibt die und die Bestimmung. Wer einen Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch schreiben will, wird zugleich einen Kommentar zu allen Partikulargesetzen schreiben müssen; es wird keine Rechtsvereinheit, sondern eine völlige Rechtskonfusion herrschen. Redner spricht sich für die Aufstellung von Normativbestimmungen für die Vereine aus und bekämpft die Beschlüsse der Kommission. Man darf in der Beschränkung der Vereine nicht zu weit gehen. Bedenklich sei es, daß z. B. das Reichs-Justizamt die Erörterung von Vereinen der Zynsgegner, der Atheisten, ja solcher Personen, welche den Austritt aus der Landeskirche wünschen, in das Register verbieten will. Man müsse auch den politischen Vereinen die Eintragung in das Register gewähren, denn das Ausschließrecht der Behörde werde dadurch nicht beseitigt. Die Entscheidung über die Eintragung der Vereine und über die Entziehung der Rechtsfähigkeit muß den ordentlichen Gerichten übertragen werden und nicht den politischen Behörden. Wenn die Bestimmungen über das Vereinsrecht nach unseren Wünschen angenommen werden, so werden die verbündeten Regierungen daran das Gesetzbuch nicht scheitern lassen;

ste haben selbst dieses Werk als das größte des Jahrhunderts bezeichnet und können es nicht an diesem Punkte scheitern lassen. Das Zentrum ist von seinen früheren freisinnigen Anschauungen zurückgekommen; es hätte hier daran bestehen können, das Vereinsrecht richtig zu gestalten, denn die verbündeten Regierungen haben nicht erklärt, daß das Gesetzbuch daran scheitern wird. (Widerspruch im Zentrum.) Wenn solche Worte gefallen sind, dann sind das nur subjektive Anschauungen des einen oder anderen Regierungsverträtters gewesen.

Abg. Gröber (Z.): Die Erklärung, daß wegen der Gestaltung des Vereinsrechts das ganze Gesetzbuch scheitern würde, ist kategorisch abgegeben worden, sonst hätten wir uns niemals bereitgefunden lassen, von den Beschlüssen der ersten Lesung abzuweichen, obgleich diese Beschlüsse vielfach überschätzt werden; denn eine Vereinsfreiheit würde dadurch nicht geschaffen; denn das Gesetzbuch beschränkt sich nur auf die privatrechtliche Regelung der Vereine. Was nützt einem Verein die Rechtsfähigkeit, der durch die Verwaltung in jedem Augenblicke aufgelöst werden kann? Durch die Anträge der Freisinnigen wird auch keine Vereinsfreiheit geschaffen, denn sie stehen auch auf dem Boden der Normativbestimmungen und enthalten keine grundsätzlichen Abweichungen. Da es möglich ist, durch Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung Vermögensrechte für eine Mehrzahl von Personen zu erwerben, so haben die vermögensrechtlichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches überhaupt keine große Bedeutung mehr. Für gemeinnützige Vereine ist die Eintragung in das Register erleichtert worden; es sind nur für politische, soziale und religiöse Vereine Ausnahmestimmungen getroffen; aber auch in bezug darauf sind Abweichungen von der Regierungsvorlage vorgezogen, indem nicht die Verwaltungsbehörden, sondern die Verwaltungsgerichte zur Entscheidung bestimmt sind, wie das bezüglich der Krankenassen u. s. w. schon früher geschehen ist. Die Vorwürfe gegen das Zentrum sind also unbedeutend, denn wir haben nur das bestehende Recht weiter gebildet. Wir können also getrost dem Urtheil der Zukunft entgegengehen.

Abg. v. Buchta (L.): Die Erklärungen der verbündeten Regierungen haben ergeben, daß mit einem Vereinsrecht nach dem Wunsche des Herrn Lenzmann das Bürgerliche Gesetzbuch nicht zu stande kommt.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich wundere mich, daß die Freisinnigen unserem Antrag widersprechen, da unser Antrag der einzig konsequente und den realen Verhältnissen des Lebens, der Gerechtigkeit, Billigkeit und Nothwendigkeit allein entspricht. Ob der Antrag der Kommission oder der des Abgeordneten Lenzmann und seiner Freunde angenommen oder abgelehnt wird, kann der Arbeiterklasse gleichgültig sein, denn ein prinzipieller weittragender Unterschied existirt zwischen diesen beiden Anträgen nicht; beide sind werthlos und einer politisch reifen Bevölkerung unwürdig. Auch der Antrag Lenzmann giebt dem Staatsanwalt die Vollmacht, einen Verein unter Umständen sofort zu erdroffeln. Bei der intellektuellen Abhängigkeit des Richters werden trotz des Mangels an Intelligenz, welcher viele Staatsanwälte auszeichnet, die Richter dem Verlangen des Staatsanwalts fast stets nachgeben. Unser Antrag will das, was Professor Sohm für selbstverständlich erachtet hat. Lediglich die Furcht vor der Sozialdemokratie und vor der Arbeiterklasse hat dahin geführt, daß unsere Forderungen nicht erfüllt werden. Ich persönlich gebe ja für die Praxis keinen Pfifferling auf die Unterlassung, die nach dieser Richtung hin das Gesetz sich zu schulden kommen läßt. Eine Partei, die durch Jahrzehnte trotz des Ausnahmengesetzes und trotz aller Polizei- und Staatsanwalts-Chikanen sich und ihre Vereine aufrecht erhalten hat, wird auch papierene Vorschriften nicht zu fürchten brauchen, die andere Vereine, wenn sie königlich-preussische Genehmigung erhalten, mit Rechtsfähigkeit bekleiden. Lieber gar keine gesetzlich anerkannte Rechtsfähigkeit, als eine von kaiserlich-deutscher oder königlich-preussischer Verwaltungsgnade abhängige. Selbst wenn Sie unsern Antrag annehmen und damit der Gerechtigkeit auf dem Papier genügen, würde man versuchen, gegen uns ein anderes Maß anzuwenden nach dem schönen Wort des preussischen Justizministers: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Das Gesetz hat lediglich dem wirtschaftlichen und politischen Bedürfnis zu folgen und die Vereinigung von 2, 3 und 10 Personen zu einem gemeinsamen Zweck als Verein anzuerkennen. Es müßte in dem Gesetze nicht stehen: jeder Verein, der die die Zwecke verfolgt, kann die Rechtsfähigkeit erlangen, sondern: jeder Verein, jede Körperschaft ist rechtsfähig eo ipso. Thatsächlich wird dies auch in der Praxis anerkannt; einem Verein, dem Gelder unterschlagen werden, müßte sonst die Rechtsfähigkeit abgesprochen werden. Warum giebt man nicht, was wirtschaftlich, politisch und im Interesse von Treu und Glauben erforderlich ist, in Gesetzesform? Man fürchtet die sozialdemokratischen Vereine, deren Stärke ja in dem Solidaritätsbewußtsein, in der Uebereinstimmung der einzelnen Mitglieder bezüglich der Ziele und in der Richtigkeit ihrer Ziele liegt. Man glaubt, ihnen durch solche Vorschriften den Garaus machen zu können. Solcher Köhlerglauben ist aber vollständig verkehrt. Sie können uns nicht im mindesten schaden, daß Sie unseren Vereinen keine „Rechtsfähigkeit“ geben wollen, Sie geben uns damit nur die Möglichkeit, immer wieder der Arbeiterklasse zu zeigen, wie sie schlechter als andere Bürger behandelt werde. Fragen Sie die Arbeiterklasse, ob sie lieber keine privatrechtliche Rechtsfähigkeit haben will, oder so, wie Sie es hier vorschlagen, eine von Polizeigüaden, so würde die einstimmige Antwort aller Klassenbewußten Arbeiter sein: lieber keine als solche Rechtsfähigkeit, die abhängig sein soll von der Genehmigung der Staatsanwälte u. s. w. Es wäre in der That besser, diese ganze Bestimmung über die Vereine aus dem Gesetz zu streichen. Nur Rauch-, Kauf- und Sausvereine sollen rechtsfähig sein, Vereine aber, die sich mit ernsten, kulturellen Dingen beschäftigen, nicht. Wollen Sie Bestimmungen derart — nun gut. Ich danke für solche. Ich möchte Ihnen Kaffeeklatschvereinen von Herzen, daß sie gezwungen werden, nur Kaffee zu trinken und niemals versuchen, ein verständiges Wort über politische Dinge zu sprechen. Sie sprechen damit dem deutschen Volke die Mündigkeit in politischen Dingen ab. Wir aber werden unsere Ziele erreichen trotz und neben dem Gesetze, das aus Furcht vor uns hinter jedem verständigen Verlangen hinterrück bleibt. Redner empfiehlt den Antrag seiner Fraktion zur Annahme.

Abg. v. Stumm (Rp.): An sich hat mir die Regierungsvorlage schon nicht gefallen, weil sie an die Stelle der Einräumung eines Privilegs nur ein Einspruchsrecht gesetzt hat. Die Kommission ist noch weiter gegangen und hat die Entscheidung dem Verwaltungsgericht anstatt der Verwaltungsbehörde übertragen. Die Zustimmung zu diesem Kompromiß wird mir sehr schwer; aber im Interesse des Zustandekommens wollen wir dafür stimmen, aber ich sage: Bis hierher und nicht weiter! Nachdem in der Kommission eine große Mehrheit sich vereinigt hat auf eine bestimmte Fassung, ist es bedenklich mit kleinen Modifikationen im Plenum vorzugehen.

Abg. v. Strombeck (Z.) beantragt, den § 21 folgendermaßen zu fassen: „Vereine zu gemeinnützigen, wohltätigen, geselligen, wissenschaftlichen, künstlerischen oder andern nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteten Zwecken erlangen Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister.“ Der Antrag ist ein lediglich reaktionärer. Redner erklärt sich dagegen, daß nach einem Antrage Lenzmann in seinen Antrag auch die Berufsvereine eingeschaltet werden.

Abg. v. Dziembowski (P.) erklärt sich namens der Polen für die Beschlüsse der Kommission erster Lesung.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Stimmen dieser und der Antisemiten ab-

gelehnt; ebenso werden alle übrigen Anträge verworfen und die Beschlüsse der Kommission unverändert angenommen. Desgleichen der zweite Abschnitt (§§ 86-99) „Sachen“ und der dritte Abschnitt (§§ 100-111) „Rechtsgeschäfte“, nachdem ein Antrag der Sozialdemokraten zu § 109 abgelehnt ist, wonach die Ergänzung der Ermächtigung des gesetzlichen Vertreters von Minderjährigen statt durch das Vormundschaftsgericht durch die Gemeindebehörde bewirkt werden soll.

Zum zweiten Titel: „Willenserklärungen“ (§§ 112-140) liegt zum § 122 ein Antrag der Polen vor, wonach Personen, welche zur Zeit der Unterzeichnung einer Urkunde nicht imhände sind, sich ohne Beistand eines anderen Kenntlich von ihrem Inhalt zu verschaffen, nur insoweit verpflichtet sein sollen, als ihnen nachgewiesen werden kann, daß der Inhalt des Schriftstücks dem Gewollten entspricht.

Abg. v. Dziembowski tritt für den Antrag ein, dessen Ablehnung Abg. Wagem empfiehlt.

Der Titel wird unverändert genehmigt; ebenso der dritte Titel: „Vertrag“, der vierte Titel: „Bedingungen und Zeitbestimmungen, Fristen, Termine“, und der fünfte Abschnitt: „Verjährung“. Bei letzterem werden zwei von dem Abg. Frohme verteidigte sozialdemokratische Anträge und ein Antrag des Abg. Wassermaun (nall.) nach kurzer Debatte abgelehnt.

Angenommen wurde noch ohne Debatte der sechste Abschnitt „Selbstverteidigung und Selbsthilfe“ und der siebente Abschnitt „Sicherheitsleistungen“.

Damit ist das erste Buch unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Gegen 5 Uhr wird die weitere Beratung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Unser Kollege Frh. Kunert ist am gestrigen Tage ins Gefängnis gegangen, um die drei Monate abzuhängen, die eine hiesige Strafkammer gegen ihn wegen Majestätsbeleidigung erkannt hat, nachdem eine andere Strafkammer am demselben Landgericht in der inkriminierten Notiz nichts Strafbares hatte entdecken können. Bezeichnend für den Stand unserer Justizpflege ist sowohl dieser Verlauf des Prozesses, als auch die Umstände, welche dem Vollzug der Strafe vorangingen. Kunert, der bekanntlich in dem einer Nachwahl unterliegenden Wahlkreise Halle als sozialdemokratischer Reichstagskandidat aufgestellt ist, hatte an den Staatsanwalt ein Gesuch um kurzen Strafsaufschub gerichtet, damit er nicht in der Wahrnehmung seines positiven Wahlrechtes gehindert werde. Dies Gesuch hat der Staatsanwalt abgelehnt und Kunert mußte 14 Tage vor dem Wahltermin ins Gefängnis wandern. Nach allen bisherigen Erfahrungen sind derartige Aeußerungen unserer Strafjustiz nur geeignet, im arbeitenden Volk die Sympathien für einen Reichstagskandidaten zu stärken, und so hoffen wir, daß es dem Eifer und dem agitatorischen Geschick unserer Parteigenossen im hiesigen Wahlkreise gelingen möge, unsern Kunert am Tage der Nachwahl eine frohe Botschaft ins Gefängnis zu senden!

Zum Volksfest in Weiskesee, das bekanntlich morgen, Sonntag, stattfindet, geben wir den Genossen nochmals die Lokale bekannt, welche uns zu Versammlungen zur Verfügung stehen: Arthur Häbling, Langgandstr. 106. Schöner Garten, Heinersdorferweg, Generalstr. Ecke. Café Kettig, Berlinerstr. Schmidt's Ballsalon, Heinersdorferstr. 3. Schloss Weiskesee (Starnsee) Jnh. Schenk. Abels Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150. Dewein, Gesellschaftshaus, König-Chaussee 96.

Zu empfehlen: Pfeifen-Rüller, König-Chaussee 38. Frenz (Sängerheim), König-Chaussee 41. Brenner (Zur Leuchtugel), König-Chaussee 46. Spielmann, König-Chaussee 55. Lorrer, Straßburgerstr. 56. Kühne, Köpferstr. 20. Emil Kessel, Charlottenburgerstr. 151. Dambach, Lederstr. 15.

Wir bitten die Genossen, besonders auf diese Liste achten zu wollen und nur dort ihre Einkäufe vorzunehmen, wo Volksfest-Plakate ausgehängt. Die Lokal-Kommission.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Ankauf eines Theiles des Grundstückes Oberbergerstraße 57/59 zum Zwecke der Errichtung einer Volkshalle anstatt hat unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Kallisch und in Anwesenheit des Stadtraths Vorwardt beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, sich im Prinzip mit der Erbauung einer Badeanstalt auf dem genannten Grundstück einverstanden zu erklären, jedoch den Antrag des Magistrats auf Erwerb eines Theiles dieses Grundstückes abzulehnen und denselben zu erforschen, schleunigst eine Vorlage über Ankauf des ganzen Grundstückes der Versammlung zugehen zu lassen.

Aus dem Rathhause. Es ist in Anregung gebracht worden, einzelne Gebäude der Gewerbe-Ausstellung in Treptow dauernd zu erhalten. Das Magistratskollegium hat beschlossen, eine siebengliedrige Kommission aus seiner Mitte zur Vorbereitung dieser Frage einzusetzen. — In ihrer geheimen Sitzung hat die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag des Magistrats, den Herrn Dr. Kallmann auf weitere sechs Jahre mit seinem gegenwärtigen Einkommen als städtischer Elektrotechniker anzustellen, genehmigt, jedoch den Magistrat gleichzeitig ersucht, Herrn Dr. Kallmann definitiv anzustellen.

Rathsanjammer. Ein beträchtliches Defizit hat der Festzug der Kaiserin vom 9. Mai im Gefolge gehabt. Ein vom Ausschuss der Akademiker an den Magistrat gerichteter Gesuch, den Dales durch einen Geldzuschuss aus städtischen Mitteln zu lindern, ist in der gestrigen Magistratsitzung abgelehnt worden.

„Die Geheimnisse des Jeromonienmeisters“, ferner vor kurzem hinlänglich von uns gekennzeichnet „Hosroman“, ist, wie uns die Buchhandlung von Casar Schmidt in Zürich meldet, in Preußen, Sachsen, Württemberg, den Reichsländern und im Großherzogthum Baden verboten worden. Weiter theilt uns die Buchhandlung mit, daß sie, wie ja nach den bekannten Verurtheilungen vorauszu sehen war, bereits 4000 Exemplare von dem Buche abgesetzt habe. Unser Urtheil über die obige Opus brauchen wir nicht zu wiederholen, doch veranlaßt uns eine kürzlich anscheinend offiziös verbreitete Notiz, der Annahme entgegen zu treten, daß der Roman Unsittliches enthalte. Von Unsittlichkeit ist selbst nach prüder Auffassung keine Spur in dem Werke, und die neueste Anfuwärmung der etablierten Afsäre Roye würde wahrscheinlich selbst bei dem sensationellsten Theil des Publikums nicht verlangen, wenn nicht aus dem Ding eine große Haupt- und Staatsaktion gemacht worden wäre.

Die Handhabung der Nahrungsmittel-Kontrolle betreffend, wird offiziös folgendes berichtet: Ueber die Handhabung der Nahrungsmittel-Kontrolle durch die hiesige Polizei sind in Kreisen betheiligter Kaufleute und Industrieller Klagen erhoben worden, die, nachdem sie zum theil ihren Weg in die Presse gefunden haben, einer Widerlegung bedürfen, weil sie geeignet sind, die öffentliche Meinung zu beirren.

Die Entnahme von Nahrungsmitteln zum Zwecke der Untersuchung erfolgt nicht durch uniformirte Beamte, sondern um die Gewerbetreibenden vor unnöthiger Bloßstellung zu schützen, schon seit Jahren durch Beamte in Zivil. Von den Beamten der Nahrungsmittel-Polizei trägt überhaupt nur einer Uniform, und auch diesem ist das Tragen von Zivilkleidern gestattet.

Die Gewerbetreibenden, bei denen Waarenproben zum Zwecke behördlicher Untersuchung angefaßt werden, haben gefentlich das Recht, sich eine amtlich verschlossene Gegenprobe zurückzubehalten. Sie auf dieses Recht in jedem Falle noch besonders aufmerksam machen zu lassen, dazu liegt uns so weniger ein

Grund vor, als ohne dies regelmäßig vom Polizeipräsidenten eine derartige Gegenprobe aufbewahrt wird, eine Nachuntersuchung also jederzeit möglich ist.

Außer den gerichtlichen Chemikern werden kaufmännische bezw. gewerbliche Sachverständige schon überall da zur Untersuchung mit herangezogen und in denjenigen Fällen, wo von ihnen ein schnelles und sicheres Urtheil erwartet werden kann oder wo das Urtheil der wissenschaftlich gebildeten Sachverständigen (Aerzte, Botaniker, Chemiker, Apotheker, Thierärzte u. a. m.) nicht ausreicht. Eine regelmäßige Zuziehung von Sachverständigen aus den Kreisen der Gewerbetreibenden würde das Verfahren nur unnützlich komplizieren und in den meisten Fällen zwecklos sein.

Außerdem werden in allen zweifelhaften Fällen vor Stellung des Strafantrages zwei Sachverständige gehört. Oeffentliche Warnungen vor gesundheitsschädigenden und die Ausbeutung des kaufenden Publikums bezweckenden Manipulationen der Gewerbetreibenden erst nach gerichtlicherseits gestelltem und rechtskräftig gewordenem Urtheil zu erlassen, würde die Absicht des Gesetzes vereiteln und das Publikum in allen denjenigen Fällen ungeschützt lassen, wo die Gesetzgebung zu einem strafrechtlichen Einschreiten keine Handhabe bietet.

Der bekannte preussisch-deutsche Amtsbrauch, Arbeitervergütungen dadurch zu hindern, dass man sie als Versammlung politischer Vereine betrachtet, wird in nächster Nähe Berlins wieder geübt.

Der Sozialdemokratische Agitationsklub für den Osten Berlins hatte zu heute, Sonnabend Abend, auf Treptower Gebiet eine Festlichkeit veranstaltet. Dies Vergnügen darf jedoch nicht stattfinden, wie der Amtsvorsteher von Treptow in folgendem, an untern Parteigenossen H. Rist in der Müdersdorferstr. 43 gerichteten Schreiben mittheilt:

Hierdurch erhalten Sie die Mittheilung, daß die Erlaubnis zur Abhaltung eines Sommerachts-Balles mit Konzert am 20. Juni d. J. versagt wird, da nach § 8 der Verordnung vom 11. März 1880 Frauenpersonen an den Versammlungen politischer Vereine nicht theilnehmen dürfen.

Der Amtsvorsteher,
Hoffmann.

Unser Parteigenosse will Beschwerde erheben. Der Amtsvorsteher von Treptow scheint nicht zu wissen, daß auch ohne sein Verbot Material zur Beurtheilung des Vereinsgesetzes und seiner Anwendung gegen Sozialdemokraten in geradezu erschütternder Fülle aufgebracht ist.

Unter dem Namen **Malzbier** oder **Malzextrakt-Gesundheitsbier** werden zur Zeit zu theuren Preisen Biere in den Handel gebracht und gegen allerlei Leiden der Athmungsorgane und Schwächezustände als Heilmittel angepriesen, die nicht einmal den Gehalt gewöhnlicher obergäriger Biere besitzen und zum Theil durch ihren Gehalt an Glycerin oder dergleichen direkt gesundheitschädlich sind. Der Polizeipräsident macht deshalb darauf aufmerksam, daß unter der Bezeichnung „Malzbier“ nur mäßig vergohrene obergärige Biere feilgeboten werden können, deren Gehalt nicht unter 12° Bq. Stammwürze heruntergeht und deren Alkoholgehalt 8 Gewichtsprozent nicht übersteigt; ferner daß als „Malzextrakt-Gesundheitsbier“ nur Erzeugnisse bezeichnet werden können, die aus einer Stammwürze von nicht unter 15° Bq. Extraktgehalt hergestellt wurden und einen Alkoholgehalt aufweisen, der 4 Gewichtsprozent nicht übersteigt. Malzbier, die mit Surrogaten, besonders Glycerin und Kräutereffenzen hergestellt sind, werden nach wie vor beanstandet werden.

Was es mit dem Wirken der sogenannten Wohlthätigkeitsvereine zuweilen auf sich hat, lehrt uns ein Fall, von dem wir dieser Tage aus unserem Leserkreise Kenntniß erhalten haben. In einem hiesigen Lokalblatte stand vor kurzem ein längerer Sermon über das segensreiche Wirken des **Vissar Hilfsvereins** zu Berlin, welcher die Unterstützung hilfsbedürftiger, aus der Stadt Bissa in Posen stammender Personen bezweckt. Ein hiesiger kleiner Geschäftsmann, der das Glas hatte, aus diesem schönen Städtchen zu stammen, wandte sich, als er diese Lobeshymne gelesen hatte, an den Verein um ein Darlehen, also nicht um ein Geschenk, dessen er in der bescheidenen Höhe von hundert Mark bedurfte. Das Gesuch kam mit dem Bemerkten wieder an den Abender zurück, daß es nur dann in Erwägung gezogen werden könne, wenn ein sicherer Bürge zu beschaffen sei, welcher wechselseitige Garantie für pünktliche Rückzahlung des Darlehens übernehme; ferner müßte die Rückzahlung innerhalb eines Jahres erfolgen. Ein solcher Bürge wurde auch gestellt, worauf von seiten des Vereins weiter recherchiert und das Wort fallen gelassen wurde, daß wohl keine hundert Mark, aber doch vielleicht sechzig Mark unter den verlangten Bedingungen geliehen werden könnten. Bei dieser Recherche schon kühn gemacht, wies der Gesuchsteller etwas verwundert darauf hin, daß doch schon ein Theil seines Mobiliars als Pledung für das Darlehen genügen könnte. Nun vergingen mehrere Wochen und der Geschäftsmann wartete Tag für Tag auf die sechzig oder hundert Mark, um mit Hilfe dieser kleinen Summe in Stande zu sein, sich einige Werkzeuge, deren er in seinem Laden bedurfte, anzulegen. Endlich erfüllte sich die Zeit und es traf am 9. Juni bei dem Hülfsverein folgende Antwort ein: „Der Vorstand des Vissar Hilfsvereins zu Berlin hat ihr Gesuch vom 15. April der sorgfältigsten Erwägung unterzogen und in deren Folge beschlossen: Ihr Gesuch abzulehnen, da der vorgeschlagene Bürge nicht genügt.“ Vielleicht dient dieser Fall anderen hoffnungsvollen Leuten zur Warnung.

Revision der Alters- und Invaliditätskarten. In einem hiesigen Blatte, das auf Zuverlässigkeit allerdings wenig Anspruch machen kann, lesen wir: Eine außerordentliche Revision der Alters- und Invaliditätskarten findet, wie wir zuverlässig erfahren, in abernächster Zeit statt. Anlaß zu dieser Maßregel hat die Wahrnehmung gegeben, daß in den letzten Monaten der Verlauf von Versicherungsmarken erheblich zurückgegangen ist und in keinem Verhältnis zur augenblicklichen wirtschaftlichen Lage sowie den jetzigen Erwerbsverhältnissen steht. Den Versicherungsanhalten erwachsen durch das verspätete Einbleiben fälliger Beitragsummen ganz erhebliche Zinsverluste, weshalb die Revisionsmaßregel angeordnet ist. Wer sich also vor Strafe schützen will, bringe die Duntungskarten baldigt in Ordnung, da der Revision möglicherweise eine zeitweise Sperre des Markenverkaufs vorausgehen dürfte. Es ist eine gemüthvolle, aber vom Polizeihandpunkt nicht immer praktikable Einrichtung, bevorstehende Revisionen durch die Blätter anzeigen zu lassen.

Ueber die Behandlung Operirter in verschiedenen Berliner Krankenhäusern schreibt man der „D. Z.“: In den großen Krankenhäusern finden fast täglich Operationen unter Anwendung der Narkose statt. Als ein Uebelstand will es mir da erscheinen, daß der soeben Operirte nicht besonders geteilt, sondern wieder in einen Saal zurückgebracht wird, den er mit einem Duzend oder mehr Leidensgenossen theilen muß. Die Nachwirkungen der Narkose sind derartige, daß der Kranke größte Ruhe nöthig hat. Raum aber von solcher Ruhe die Rede sein, wenn den Krankenfaul zur Besuchszeit, also vielleicht wenige Stunden nach der Operation, 40 bis 50 fremde Personen, darunter zahlreiche Kinder, betreten? So sehr schließt der Kranke sonst auf Besuch wartet, an solchem Tage wird ihm die Besuchszeit zur Last. Es sollte demnach ausführbar sein, daß Kranke, an denen eine schwere Operation vollzogen worden ist, wenigstens die ersten Tage nach derselben in einem Räume untergebracht werden, wo sie der Unruhe entzückt sind. In Verbindung hiermit muß auch die Art der Versorgung Operirter als mangelhaft bezeichnet werden. Hier nur zwei Fälle aus jüngster Zeit. Ein vormittags 10 Uhr in Narkose Operirter erhielt zwei Stunden später Quecksilber mit Jammereisig und ein anderer Kranker am Tage nach einer

schweren Carbunkeloperation — dicke Erbsen! Beide haben nichts davon genossen. Schwerertrankene werden oft genug tagelang gar nichts zu sich nehmen, sodaß man ihnen in Zeiten der Krisis getrost kräftige Bouillon und Wein verabreichen möge, auch wenn die Mittel ihnen den Aufenthalt nur in der dritten Klasse gestalten.

Eine neue Omnibuslinie zur Ausstellung hat die Neue Omnibus-Gesellschaft in Betrieb gesetzt. Die Linie geht von Schöneberg (Goltzstraße) durch die Potsdamer- und Leipzigerstraße über den Spittelmarkt bis Treptow und ist die längste aller Omnibuslinien, da sie eine Ausdehnung von fast 11 000 Meter hat. Der Preis beträgt für die ganze Tour innerhalb des Wagens 20 Pf., auf dem Verdeck 10 Pf.

Die Ermäßigung der Fahrpreise zwischen Schöneberg und dem Grunewald von jetzt 20 Pf. in dritter und 30 Pf. in zweiter Klasse, welche der Schöneberger Haus- und Grundbesitzer-Verein bei der Eisenbahn-Direktion Berlin beantragt hatte, ist von letzterer wieder abgelehnt worden.

Gegen den Urheber des Extrablattes, betreffend Zusammenstoß zweier Wagen der elektrischen Rundbahn in der Ausstellung, ist Strafantrag wegen groben Unfugs, der vermuthlich noch auf Verzug erweitert wird, gestellt worden.

Die Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle, welche in der vergangenen Woche für ungültig erklärt worden waren, wurden gestern von neuem begonnen. Die „deutsche nationale Studentenschaft“ setzte alsbald mit einem großen Vorsprung ein und verhalf zweien ihrer Kandidaten, den Herren Väder und Knoch, zu einem schönen Siege. Als Vertreter des Reform-Komitees wurde Herr Lewinsein gewählt. Dagegen gelang es dem sog. Wahlschuh gestern noch nicht, auf ihren ersten Kandidaten die erforderlichen 100 Stimmen zu vereinigen.

Im Dienste gestorben ist in der vergangenen Nacht der Gepäckschreiber Wilhelm Hildebrandt aus der Kirchbachstraße 8. Hildebrandt wurde auf dem Potsdamer Bahnhof, wo er seine Beschäftigung hatte, gegen Mitternacht von Unwohlsein befallen und erkrankte schließlich so schwer, daß man ihn nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße bringen mußte. Raum hier angekommen, war der Mann auch schon eine Leiche. — Auf der Woche des 91. Polizeireviers in der Postwalterstraße starb Donnerstag Abend der 27jährige Arbeiter Wihl. Keruchen, der sich obdachlos in Berlin aufhielt. — Den 37 Jahre alten Droschkenschwager Max v. Prodeginzky aus der Bornsdorferstr. 12 fand man Donnerstag in früher Morgenstunden auf dem Hofe seines Fuhrherrn in der Müdersdorferstr. 21 betrunken liegen und legte ihn zum Schlafen in seine Droschke. Als man einige Stunden später nach ihm sah, war er todt.

Auf der Unterhavel zwischen Bichelsdorf, Schildhorn, Gatow und Weinmeisterhorn verkehrt seit kurzem ein Passagierdampfer „Beskow“, dessen Eigenschaften, wie die „Volks-Zeitung“ schreibt, verdienen, im Interesse der Sicherheit des Publikums in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Das alte Schiff gehörte der Firma Motard u. Co. und war wegen Unbrauchbarkeit andrangig worden. Da kaufte es für 2000 M. ein ehemaliger Rohlenhändler, der eine geringe Summe anzahlte. Er ließ das Fahrzeug reparieren und besorgte nun Ausflüge. Wie Augenblicke versagt die Maschine; dann eilt der Eigentümer nach unten und rüttelt an dem alten Mechanismus, bis derselbe sich wieder bewegt; die Passagiere stehen natürlich eine unbeschreibliche Angst aus und sind immer froh, wenn das Ufer erreicht ist. Neulich lief das altersschwache Schiff auf den Strand und konnte erst nach geraumer Zeit flott gemacht werden. Ein Wunder ist es, daß mit diesem „Schiff“ nicht schon größeres Unglück passiert ist. Was sagt denn die Aufsichtsbehörde zu diesem Skandal?

Die Frage der Viehmarktstage in Berlin kann jetzt als endgiltig abgeschlossen betrachtet werden. Wie die „D. Fleischer-Zeitung“ meldet, ist dem Vorstand der Berliner Schlächterinnung, der von neuem um Wiederherstellung des Montags als Haupt-Viehmarkttag vorstellig geworden war, vom Oberpräsidenten unter Zustimmung des Ministers für Handel und Gewerbe mitgetheilt worden, daß keine Gründe vorliegen, diesem Gesuch nachzukommen, und daß die jetzigen Mittwoch- und Sonnabendmärkte unverändert fortbestehen müßten.

Ueber das Familiendrama des Restaurateurs **Vanmbach** wird uns mitgetheilt, daß die Frau sich auf dem Wege der Besserung befindet. Die Kinder, bei denen sich nur Erbrechen eingestellt hatte, befinden sich seit dem ersten Tage wohl und haben nicht die geringste Beschädigung ihrer Gesundheit erlitten. Während die beiden jüngsten, ein Mädchen von 4, ein Knabe von 8 Jahren, ganz fröhlich und harmlos spielen, ohne von dem Vorgefallenen ein besonderes Bewußtsein zu haben, kann sich das älteste Mädchen von 8 Jahren genau aller Vorgänge in jener schrecklichen Nacht entsinnen. Danach ist mit Sicherheit anzunehmen, daß B. mit seiner Schwägerin im Einvernehmen gehandelt hat und mittels vergiftetem Wasser auch die Kinder zu tödten suchte; die Kleinen tranken den Trank aus und dem älteren hat es nicht geschadet. Es scheint nunmehr erwiesen zu sein, daß Frau **Vanmbach** völlig unschuldig an der schauerlichen That ist. Die Kinder werden vorwiegend insgesammt von einer wohlhabenden Familie in Charlottenburg aufgenommen werden.

Ershossen hat sich Freitag Vormittag die sechzehnjährige Tochter des Gastwirths vom Kaiserbad in Treptow. Das junge Mädchen hatte gegen 10 Uhr morgens, wie alltäglich, ein Bad genommen und begab sich von dort nach ihrem Zimmer. Als es gegen seine Gewohnheit gegen 10 1/2 Uhr nicht im Restaurant erschien, begab man sich nach ihrem Zimmer und fand dort die Unglückliche mit einer Schußwunde im rechten Auge besinnungslos vor. Auf Veranlassung des sofort hinzugerufenen Arztes der Unfallstation in der Gewerbe-Ausstellung wurde das Mädchen lebend nach dem Krankenhaus Friedrichshain überführt. Die Veranlassung zu der That ist unbekannt.

Von einem Wagen der elektrischen Bahn wurde am Donnerstag Abend 7 1/4 Uhr der 12jährige Sohn des Tischlers und Wirths **Lauer** aus der Hollmannstr. 41 gefaßt und ein Stuhlweges mitgeschleift. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte nach der Unfallstation I in der Wilhelmstr. 10 und, nachdem er hier einen Nothverband erhalten hatte, in das hiesige Krankenhaus am Urban gebracht. Den Wagenführer soll keine Schuld an dem Unglücksfall treffen. — Donnerstag Nachmittags fand am Kolibuser Ufer ein Zusammenstoß zwischen einem Wagen der elektrischen Straßenbahn und einem Geschäftswagen statt, wobei der Führer des letzteren von seinem Sitze herabgeschleudert und überfahren wurde. Er erlitt einen Bruch des Unterschenkels und wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Nach Aussage der Zeugen scheint die Schuld an dem Unfall dem Führer des Straßenbahnwagens zu treffen, da er wohl das Glockenzeichen gegeben, den Wagen aber nicht rechtzeitig zum Halten gebracht hat. — Infolge der durch das Gewitter bewirkten starken Stromzuführung gerieth in der Schleifischen Straße ein Wagen der elektrischen Straßenbahn in Brand. Die zufällig vorüberfahrende Feuerwehr löschte das Feuer in kurzer Zeit.

Das Thiergarten-Ufer von der Charlottenburger Chaussee bis zur Lichtenstein-Allee ist wegen Neubeschäftigung der Chausseeböcke bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt worden.

Aus einem Fenster des Universitätsgebäudes stürzte sich ein aus Bayern gebürtiger Studiosus v. P. Der junge Mann hatte sich morgens von seiner Wohnung in Charlottenburg auf dem Dreieck nach der Universität begeben und dort Vorlesungen gehört. Er klagte schon den ganzen Vormittag über Unwohlsein in Folge der tropischen Hitze und lächelte sich wieder-

holt Nacken und Hals an der Wasserleitung. Von 12—1 Uhr hörte er im Auditorium 35 ein Kolleg der Professor **Gröme** über den Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Am Schluß der Vorlesung sprang er plötzlich aus dem offenen Fenster heraus und fiel von dem 8 Meter hohen ersten Stockwerk auf den Rasen nieder; bloß mit dem Kopf prallte er gegen die Mauer. Er zerstückelte sich Stirn und Mund, so daß die Zähne herausflogen. Dem Student wurde in der Charite ein Verband angelegt; so dann lehrte er in einer Droschke nach seiner Wohnung zurück. Innere Verletzungen scheint er nicht erlitten zu haben.

Auf offener Straße wurde Donnerstag Nachmittags ein unbekannter Mann in Potsdam vom Blitz erschlagen.

Bei dem Gewitter am Donnerstag Nachmittags schlug der Blitz in den Schornstein der auf dem Grundstücks Schönhäuser Allee 72 befindlichen Maschinenfabrik von Gossen, riß einen Theil desselben herab, zerstückelte das Dach an mehreren Stellen und fuhr durch den Arbeitsraum ins Freie, ohne einen Menschen zu verletzen.

Aus dem Polizeibericht. In der Nacht zum 18. d. M. vergiftete sich in ihrer im Hause Cuvyrstr. 85 gelegenen Schlafstube die 17jährige Näherin **Anna Müller**, anscheinend aus Liebesgram. Die Leiche wurde nach dem Schanhaus gebracht. — Gestern Morgen wurde im Luisenstädtischen Kanal, an der Luisenbrücke, die Leiche einer etwa 30jährigen Frau angeschwemmt und nach dem Schanhaus gebracht. — In seiner Wohnung in der Hofstraße versuchte vormittags der an einem Rückenmarksleiden schwer erkrankte Hoteller **Ernst W.** sich durch einen Schuß in den Kopf zu tödten. Er wurde noch lebend nach der Universitätsklinik gebracht. — Beim Angeln fiel der 18jährige Sohn des Arbeiters **Thomas** am Reichstags-Ufer in die Spree und erkrankte. Die Leiche ist noch nicht aufgefunden worden. — Abends wurde der auf einem Zweirade sitzende 18jährige Sohn des Fabrikanten **P.** in der Köpenickerstraße durch einen Pferdebahnwagen überfahren und am Fuß bedeutend verletzt.

Witterungsübersicht vom 19. Juni 1896.

Stationen.	Barometere-stand in mm., reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (° C) — (° F)
Swinemünde	765	NNW	3	wollig	19
Hamburg	768	W	4	heiter	17
Berlin	766	NW	3	wollig	20
Wiesbaden	763	W	1	wollig	18
München	770	SW	3	bedeckt	18
Wien	765	NNW	4	halb bedeckt	20
Saparanda	756	SO	2	wolkenlos	19
Petersburg	762	SWW	2	wolkenlos	19
Cord	767	OEO	2	halb bedeckt	15
Aberdeen	763	SW	1	halb bedeckt	14
Paris	766	SWO	1	wollig	16

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. Juni 1896.
Ziemlich deiteres, ein wenig wärmeres Wetter mit schwachen südwestlichen Winden; keine oder nur geringe Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Die Lage der Kellnerinnen in Alt-Berlin bildet nach der „Volks-Zeitung“ fortgesetzt den Gegenstand lebhafter Erörterung in Fachkreisen. Die in der Zahl von etwa 150 in der genannten Sonderausstellung beschäftigten Mädchen erhalten nicht nur keinen Pfennig Lohn, sondern müssen auch 50 Pf., in einem Falle sogar 70 Pf. „Kostgeld“ an die Wirthe bezahlen. Mit den zur Zeit ziemlich ziemlich stehenden Trinkgeldern könnten sie schon auskommen, wenn sie nicht gezwungen wären, zwei Tage in der Woche auszusparen und sonderbarerweise auch für diese Zeit ihren Beitrag zu entrichten. Auch die Agenten der Verdingen einen Theil ihrer Einnahmen, so daß die Uebertretung des auch für das Ausstellungsgebiet geltenden Animirverbots an der Tagesordnung ist.

Mit Beginn der nächsten Woche werden auch die Preisrichter ihres Amtes zu walten haben. Die wir hören, soll vom Montag ab mit der Beschäftigung der einzelnen Gruppen durch das Preisrichter-Kollegium begonnen werden.

Den größten Theil der Wegweiser, welche zur Orientierung für das Publikum in den Wegen der Ausstellung aufgestellt waren, hat der Arbeitsausschuß beseitigen lassen. So sind in diesen Tagen die sämtlichen Wegweiser für „Alt-Berlin“, Vergnügungspark, Spreewald, Münchener Bürgerbräu, Volksernährung u. a. m. entfernt worden. Was die Veranlassung zu dieser Maßnahme des Arbeitsausschusses gewesen, ist unbekannt.

Das Gerücht von einer Kesselplosion war Donnerstag Abend in der Gewerbe-Ausstellung verbreitet. Es handelt sich um einen Bruch eines Siederrohrs im Maschinenbau. Als abends um 8 1/4 Uhr der Arbeiter **M.** die Stoffbüche am Siederrohr eines in Thätigkeit befindlichen Kessels trock strengen Verbotes anziehen wollte, plakte das Rohr und durch den ausströmenden Dampf erlitt **M.** am Oberkörper so schwere Brandwunden, daß er nach Anlegung eines Nothverbandes sich nach dem Krankenhaus am Friedrichshain begeben mußte.

Vermischtes.

Unsere künftigen Herren. In bürgerlichen Blättern findet sich nachstehende Notiz:

Ausfahrungen von Korpsstudenten. In den akademischen Kreisen der Universitätsstädte Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Straßburg bilden die skandalösen Vorgänge, die sich Pfingsten bei den von Korpsstudenten der genannten Universitäten veranstalteten Kommissen in Merbelingen bei Baden-Baden und im Hotel auf dem Feldberg abspielten, das Tagesgespräch, auch sind sowohl von der Polizeibehörde zu Freiburg wie von den genannten Universitäten gerichtliche und disziplinarische Untersuchungen eingeleitet. Unbestritten steht nach der „Frankfurter Zig.“ schon jetzt die Thatsache fest, daß in der Nacht zum Pfingstmontag die Gäste, die sich zur Erholung nach dem herrlich gelegenen Feldbergerhof auf dem Feldberge begaben, durch Exzesse belästigt und demüthigt worden sind, die bisher bei Angehörigen der gebildeten Stände für unmöglich schienen und die sich in keiner Weise mehr unter die Rubrik des jugendlichen Uebermuthes unterbringen lassen. Es steht fest, daß zu Zimmer, in denen Gäste, auch Damen, wohnten, von Korpsstudenten die Thüren mit den Füßen eingetreten worden sind; es steht fest, daß ein Freiburger Privatdozent das Zimmer, das er mit seiner Frau bewohnte, mit dem Revolver in der Hand gegen die offenbar sinullos betrunkenen Exzedenten vertheidigte; es steht fest, daß in einer Anzahl von Zimmern die tollste Verwüstung angerichtet wurde, daß eines der Zimmer in einer nicht zu schildernden Weise verunreinigt wurde. Die Ausfahrungen, die sich in der gleichen Nacht Heidelberger Korpsstudenten im Hotel „Kaiserhof“ bei Baden-Baden leisteten, sollen mit den Exzessen des Feldbergerhofes nach Mittheilung der betroffenen Gäste nicht zu vergleichen sein; sie stellen sich aber gleichfalls als eine schwere Belästigung der nicht studentischen Gäste dar.

Dies die Notiz. Die Korps sind bekanntermaßen die Pflanzstätten für unsere Richter, Staatsanwälte, Landräthe und

Minister. Schöne Ansichten. Und was sagt Herr Bachem zu diesem „Zukunftstaat“? —

Der Fall, daß ein Sicherheitsbeamter dafür bestraft wurde, daß er sich einem Straßenspassanten gegenüber unziemlich benommen hatte, ist in Marienwerder (Westpreußen) eingetreten. Daß es so kam, wird man begreiflich finden, wenn man die folgende Mitteilung liest: Zwei Tage im Militärarrest hat der städtische Polizeiergeant Hildebrandt in Marienwerder zubringen müssen. Er hatte das Unglück, beim Heruntertreten vom Bürgersteig einen vorübergehenden Offizier ein wenig anzustoßen. Seine sofort gestammelte Entschuldigung soll im Getöse des Wochenmarktes nicht gehört worden sein. Hildebrandt begab sich mehrmals nach der Wohnung des Offiziers, wurde aber nicht vorgelassen. Nach acht Tagen erstattete der Offizier beim Bürgermeister Würz Anzeige und erbat Bestrafung, worauf der Bürgermeister dem Polizeiergeanten „wegen ungebührlichen Betragens auf der Straße“ eine 48stündige Arreststrafe auferlegte und ihn zur Verbüßung derselben durch einen Schutzmann nach der Unteroffizierschule bringen ließ. Der Vorfall wird lebhaft besprochen.

Ein Lehrer als Sittlichkeitsverbrecher. Nach einer Meldung der „Posener Zeitung“ aus Jarotschin erregt dort die Verhaftung des Leiters der höheren Knabenschule, Dähne, großes Aufsehen. Derselbe soll seit längerer Zeit mit seinen Schülern ungebührliche Handlungen vorgenommen haben. Die Schule wurde durch den Kreisinspektors geschlossen.

Vom Untergang des Drummond-Castle. Die volle Passagierliste des untergegangenen Passagierdampfers „Drummond-Castle“ ist jetzt veröffentlicht. Berühmte Personen sind folgende: Von der Delagoa-Bay kommend Schanzstein; von Kapstadt kommend Lieutenant von Wiese und Diener, Jacoby, Sago,

Schleswing, Cohen, Frau und Fräulein Kungler, Herr, Frau und Fräulein Brostein; von Las Palmas kommend Pastor Sandbach und Frau. — Die beiden geretteten Matrosen, Charles Wood und James Godbold erzählen: In der Nacht vom 16. zum 17. Juni war das Meer völlig ruhig, aber es lag ein leichter Nebel auf dem Wasser. Kapitän Pearce war auf der Kommando-Brücke, Lieutenant Brown vorn auf der Wache. Alle erwachsenen Passagiere waren noch auf Deck, nur die Kinder schliefen schon in den Kajüten. Plötzlich hörte man am Boden des Schiffes andauerndes Knistern. Großes Schweigen entstand auf Deck, dann begann das Schiff sich vornüber zu beugen. Der Kapitän gab Order, die Rettungsboote herabzulassen. Aber man hatte nicht mehr Zeit dazu. Das Vortheil des Schiffes sank rapid, dann stieß es ins Meer und das Schiff verschwand. Godbold und Wood kletterten sich an schwimmende Planken. Sie hörten noch eine Weile das herzerregende Geschrei der Versinkenden, bis alles still ward. Die beiden trieben 9 Stunden auf Schiffsstrümmern im Meer, bis sie von Fischern aufgenommen wurden. Bei Moléne sind weitere 25 Leichen angeschwemmt worden. — 18 Leichen von Schiffbrüchigen des „Drummond Castle“ sind am Donnerstag auf der Insel Moléne befristet worden.

Eisenbahnunglück in Spanien. Ein Personenzug entgleiste Donnerstag bei Bilbao. Zehn Personen wurden schwer verundet.

Vulgarischer Krieg im Frieden. Wie die „Agence Havas“ meldet, sind aus dem Gefängnisse in Kula (Departement Bidin) 7 Sträflinge entflohen. Die zur Verfolgung derselben entsandene Truppe erreichte sie an der serbischen Grenze. Auf die Weigerung der Flüchtlinge, sich zu ergeben, gab die Truppe Feuer, wodurch 3 Sträflinge getödtet wurden und einer Verwundungen erlitt; die übrigen 3 wurden nach

Kula zurückgebracht. Von einer Dekoration der glorreichen Kämpfer wird noch nichts berichtet.

Die Cholera in Kairo und Alexandria im raschen Fortschreiten, in den übrigen Theilen Egyptens nimmt aber die Sterblichkeit zu.

Aus Tunis wird vom Donnerstag berichtet. Die kürzlich gebrachte Nachricht von der Ermordung des Forschungsreisenden Marquis Morés bestätigt sich. Morés hatte am 8. d. M. das nördlich von Ghadamès belegene tripolitanische Dorf Eluatia mit einem Dolmetscher und sieben tunesischen Dienern sowie mit einer Eskorte von Quaregs und Chambaas, die er am Tage vorher nach mehrtägigen Verhandlungen engagirt hatte, verlassen. Die Eskorte war im voraus bezahlt und mit Karabinern bewaffnet worden. Drei Kilometer von Eluatia griffen drei Quaregs Morés, der mit drei Dienern vor der Eskorte marschirte, mit dem Säbel an. Morés zog den Revolver, tödtete einen der Angreifer und trieb die beiden anderen in die Flucht. Die Eskorte theilte sich hierauf in zwei Gruppen, deren eine sich der vier Diener bemächtigte, welche den Zug begleiteten, während die andere Morés und die Leute, welche mit ihm in der Vorhut marschirten, mit dem Karabiner angriff. Die vier gefangenen Diener konnten am nächsten Tage nach verschiedenen Richtungen entfliehen. Einer kam an den Ort zurück, wo der Kampf stattgefunden hatte, und fand die fünf mit Wunden bedeckten und ihrer Kleider beraubten Leichen; Morés lag auf dem Leib, die Arme nach vorn gestreckt.

Aus Yokohama wird vom Freitag berichtet: Die Zahl der bei der jüngsten Hochfluth ertrunkenen Personen wird auf 10 000 geschätzt. Die Fluthwelle überschwemmte die Nordostküste in einer Ausdehnung von 70 englischen Meilen. Zahlreiche Städte wurden zerstört.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 20. Juni.

Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.

Neues Opern-Theater. (Kroll.) Cavalleria rusticana. Der Barbier von Sevilla.

Schauspielhaus. Die Räuber.

Deutsches Theater. Die Weber.

Festung-Theater. Waldmeister.

Berliner Theater. Soldatenherzen. Der Schlagbaum.

Neues Theater. Das Damenduell. Vorher: Das Frauenbataillon.

Westend-Theater. Der Stellvertreter. Vorher: Erlauben Sie Madame!

Theater hinter den Linden. Das Sonntagsgelind.

Schiller-Theater. Vergnügte Flitterwochen.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.

Fells-Alliance-Theater. Der Fall Clemenceau.

National-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.

Friedrich-Wilhelmstadt. Konzertpark. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.

Direktion: Max Samat.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Der Glöckner von Notre-Dame.

Schauspiel in 5 Akten von Ch. Birch-Pfeiffer. Regie: Fritz Schäfer. Morgen: Die Waise von Lowood.

National-Theatergarten.

Heute: Großes Ringkampf. Vorher: Großes Konzert. Spezialitäten ersten Ranges. Theaterstücke.

Castan's Panopticum.

165 Friedrichstraße 165.

Das Bärenweib

phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's! Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irrgarten.

Viktoria-Brauerei

Lützowstraße 11/112 (nahe Potsdamer-Platz).

Täglich (außer Sonnabends):

Stettiner Sänger

(Meysel, Pieter, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).

KAIRO von 7 Uhr abends ohne Gewerbeausstellungs-Billet zugänglich.

KAIRO von 10 Uhr vorm. geöffnet. I. Eingang: Ausst.-Bahnh. II. Eing.: Köpnick, Landstr.

KAIRO Waffensamml. d. Chediwe; Samml. d. egypt. Behörden, Schwert des Mehomet-Ali.

KAIRO Salon bedeutender Orientaler.

KAIRO Riesen-Arena mit Monstre-Aufführungen v. 500 Pers. m. Pferd., Dromedaren etc.

KAIRO Leibkapelle d. Chediwe 60 Mann in Uniform, 3 Hauskapellen.

KAIRO Arena: Beduinenkämpfe und Reiter-Fantasia's um 5 und 8 1/2 Uhr nachm.

KAIRO Cheops-Pyramide mit Königsgräbern.

KAIRO Entree 50 Pf. Elitetag (Dienstag) 1 Mk.

KAIRO Dauerkarten: Erwachsene 15 Mark, Kinder 8 Mark, im Bureau Kairo und bei C. Stangen, Mohrenstraße 10.

KAIRO Ausverkauf! Berl. Gewerbe-Ausstellung 1896 **Kosthalle** Berliner Großschillateure. Abtheilung Nr. 12: Julius Abraham empfiehlt seine bekannten Spirituosen und Spezialitäten.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49. Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. Eintritt 50 Pf.

Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr. Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahnh. Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.

Reichshallen im prachtvollen Garten, Leipzigerstraße, am Dönhofsplatz. Täglich.

Norddeutsche Sänger Heute, Sonnabend, 20. Juni: Zum 50. Male **Alle fünf Barrisons** dazu das vorzügl. Programm u. **La puce** (Der Floh). Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf. Refektorier Platz 50 Pf. Vorkaufsbillets haben Gültigkeit. Nach der Soiree im Saal: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater und Konzert-Garten Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.

Die Spree-Amazone

Posse mit Gesang und Tanz in 1 Akt v. H. Sennfeld. Musik v. Paul Fimke. Anton Emil Dummel Henry Bender. Wanda Kiesel Else Linda. Carl Schwemmler Fedor Markow. Tili Clara Antonie. Clement Stempel Robert Steidl. Guido Sturm Hedw. Döring. Hellmuth Wiedel Josef Armin.

Zum Schluss: **Große Ausstellungs-Apotheose.** Ferner Auftreten von **20 Kunstkräften 1. Ranges.** Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. — Anf. der Vorstellung 8 Uhr.

W. Noack's Sommer-Theater.

Brunnenstr. 16. Täglich: **Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.** Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: **Im Gr. Ball.** Das Königreich der Weiber. Operette in 3 Bildern von Willöder. Julius Ernst, Liedersänger. Franziska Wunsch, Kostüm-Soubrette. Willi Reuschel, Gesangs-Duettist. Janka Rosl, Opernsängerin. Geschw. Romany, Gesangs-Duettisten.

Fruchtweine

Johannbeerwein, weiß und roth. Stachelbeerwein, Heidelbeerwein 1/2 Liter 75 Pf. 1 Liter 1 Mark 25 Pf.

pro Glas. 10 PENNEN. 1/10 Liter.

Kosthalle der Berliner Großschillateure Berliner Gewerbe-Ausstellung Lehr. Eisenbahn-Gelände, Köpenickerstraße 2. **Eugen Neumann & Co.** Detail-Verkaufsstellen: Belle-Alliance-Platz 2, Friedrichstraße 61, Odeonplatz 2, Unter den Eichen 22. **Vorstadt: Bismarckstr. 7.** **Weiß- und Sibirisch-Bier-Lokal** v. H. Günther, Franzfurter Allee 16. Vereinszimmer mit Piano, 60 Pers. fassend, zu vergeben. 51858

Feldschlößchen

142 Müllerstraße 142. Telephon: Amt Moabit 1213. Täglich: **Konzert, Theater. Spezialitäten-Vorstellung.** Robert u. Bertram, Posse m. Gesang. Sonntags: **Großer Ball.** Mittwochs: **Tanzkränzchen.** Theodor Boltz, Oekonom.

Mähr's Variété

Oranienstr. 24. Eröffnung des vollständig renovirten Gartens. Die Vorstellungen finden auf der neu erbauten Sommerbühne statt. Täglich: **Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung** von Künstlern 1. Ranges. Die Kaffeelücke ist den geehrten Damen von 2 Uhr ab geöffnet. **Die Direktion!**

Julius Wernau's Festsäle und Garten

Schwerdterstraße 23/24. Jeden Montag u. Mittwoch **Große Spezialitäten-Vorstellung** bei freiem Entree. Vereinszimmer u. Regalbahnen zu vergeb.

Johannisthal, Friedrichstr. 70, Schaller's Restaurant, herrl. Garten, Regalbahnen, Kaffeelücke. Gr. Saal m. Bühne 1000 Pers. fassend. Empf. sich Vereinen u. Gesellschaften. [53938]

Johannisthal, Kaiser Wilhelmstr. 6, Ladner's Kurhaus, Empf. weissen gr. schatt. Garten, Saal, Vereinsz., Regalbahnen, Billard, Sommerwohnung u. Ausspannung. [53948]

Senfleben's Volksgarten, Johannisthal. [53971] Jeden Sonntag: Tanz, Ausspann. 4 Regalbahnen. Familien-Kaffeelücke.

Haferland's Restaurant, Ober-Schönweide. [53951] Empf. seinen Garten, Saal, Regalbahnen, Kaffeelücke. Solide Preise.

Rob-Tabak.

Das reichfortirte Lager in allen in- und ausländischen Roh-tabaken und in allen Preislagen empfiehlt 49671

W. Lindenstädt, 179 Brunnen-Strasse 179. 48 Landsberger-Strasse 48.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervendrüsen bei Bestellung umsonst. **Gudrel,** Bauhofplatz 2, Wasserstr. 12

Ehren-Erklärung.

Erkläre hiermit, daß mein Bruder, Otto Schmittle, Perlebergerstraße 28, durch Denunziation an meiner Ausweisung nicht schuldig ist. 22636 Fritz Schmittle.

Hiermit nehme ich die Beleidigung von 8. Juni gegen Herrn Köppen zurück. H. Kopitzke, Stettinstraße 26.

Einem Theil unserer heutigen Auflage liegt ein Prospekt des Manufaktur- und Modewaaren-Verkaufshauses M. Grünberg Nachfgr., Inhaber Adolf Jacob, Müllerstr. 181, bei.

Theater Alt-Berlin. Abends 7 1/2 Uhr: **Fiddiche und Bohn.** Posse in 3 Akten von Julius Keller und Louis Hermann.

Alt-Berlin. Bei günstiger Witterung nachmittags 4 Uhr und 6 Uhr: **Aufzug zum Ringelstechen.** Zwei Musikcorps. Süddeutsches Doppel-Quartett „Memoria“ in Schwarzwalder Volkstracht. Hoffgänger Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs von Baden. Eintritt: 25 Pfg. Donnerstag — bis 6 Uhr — 50 Pf., später 25 Pf. **Passepartouts à 4 Mk.**

Adolph Ernst-Theater. Anfang 8 Uhr. **Charley's Tante.** Schwant in 3 Akten von Brandon Thom a s. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. Vorher (Anfang 7 1/2 Uhr): **Die Bajazzi.** Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Größtes Schauspiel der Welt. 2. Sensationeller Erfolg der Saison. Vorstellung en täglich **Bolossy Kiralfy's „Orient“** im **Olympia Riesentheater.** Alexanderstr., Ecke Magazinstr. Nachmittags 5—7 Uhr, Abends 9—11 Uhr. **500 Mal im Olympia-Theater zu London ohne Unterbrechung gegeben.** Von Publikum u. Presse einstimmig anerkannt. **Ca. 1000 Mitwirkende.** **Ueberritt alles bisher Dagewesene.**

Passage-Panopticum. **42 wilde Weiber** aus **Dahomey.**

Schweizer Garten Am Königsthor. Am Friedrichshain. **Täglich: Konzert, Theater-Vorstellung. Spezialitäten-Revue. — Volksbelustigungen.** Im großen Saale während und nach der Vorstellung **Billets à 25 Pf.** sind vorher in den Handlungen zu haben. **Ball. Freier Damentanz. Entree 30 Pf.**

Abgeordnetenhause.

84. Sitzung vom 19. Juni 11 Uhr.

Eingegangen ist beim Hause die Einladung zur gemeinsamen Schluss-Sitzung beider Häuser des Landtages vom Staatsministerium auf morgen (Sonntag) 8 Uhr nachmittags.

Eine größere Anzahl von Petitionen, welche Gehalts-, Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse von Justiz-Subaltern- und Unterbeamten, Eisenbahn- und anderen Beamten betreffen, werden debattelos nach den Kommissions-Entscheidungen erledigt.

Eine Anzahl von Petitionen wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Nach Erledigung der Tagesordnung giebt der Präsident die übliche Geschäftsübersicht.

Abg. Frhr. v. Duene (Z.) spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses aus für seine umsichtige und seit Jahren als unparteiisch anerkannte Geschäftsführung.

Der Präsident bezieht diesen Dank auf die übrigen Mitglieder des Präsidiums und Bureau's und schließt die Sitzung. Schluß 1 1/4 Uhr.

Evangelisch-Soziales Wünschen und Entlagen.

Das Buch des Pfarrers Paul Göhre „Die evangelisch-soziale Bewegung“ (Leipzig, Granow) will eine Geschichte dieser Bewegung geben. Es wird da in 8 Kapiteln von Wichern und der inneren Mission, Viktor Rimschubler, Lott und dem Zentralverein, Stöcker und seinen Christlich-Sozialen, den Evangelischen Arbeitervereinen, dem Evangelisch-Sozialen Kongress gehandelt, endlich — was uns allein hier angeht, von der gegenwärtigen Lage und zum Schluss von der Zukunft.

Es ist Göhre beizupflichten, wenn er die Thatsache der Spaltung und Zerfahrenheit der Evangelisch-Sozialen feststellt, ferner wenn er erklärt, hier haben wir statt einer Richtung (nicht Partei!) wie früher, jetzt zwei Richtungen vor uns: eine politisch evangelisch-soziale und eine kirchlich evangelisch-soziale.

Darin aber ist er arg auf dem Holzwege, wenn er der evangelisch-sozialen Bewegung den Verfall zuspricht zu einer „durchaus glücklichen Entwicklung zu einer großen ruhmvollen Zukunft.“ Natürlich als politische Partei. Göhre will das Joch der Konservativen und Antisemiten, an welche Ehren-Stücker die Bewegung verhandelt hatte, abgeworfen wissen. Er sieht ein, daß eine politische soziale Partei, die durchgreifende soziale Reformen durchsetzen will, selbständig, nicht Anhängel einer anderen ihrem Wesen nach gegnerischen Partei und Wirtschaftsklasseninteressengruppe sein kann. Darum soll seine ersuchte Partei nur „alle kleinen Leute“ umfassen.

Nun, um diesen Zweck zu erreichen, sind die Evangelisch-Sozialen ein Menschenalter zu spät aufgestanden.

Was ist eine Partei ohne Volk? Was ein Volk ohne Arbeiter?

Es wäre höchst interessant, das Ergebnis zu sehen von einer wirklich und wahrhaftig vollkommen freien Wahl zum deutschen Reichstage, bei der keine Partei auch nur eine Stimme durch irgend welchen Zwang, sei dieser gesellschaftlicher, behördlicher oder sonst welcher Art, zu ergattern hoffen dürfte.

Klar würde sich zeigen, daß die sozialdemokratische Partei die Arbeiterpartei schlechthin schon heute ist.

Aber darauf brauchen wir gar nicht zu warten, auch jetzt schon arbeiten die Thatsachen der Sozialdemokratie in die Hände. Die Zahl der „kleinen Leute“, welche nicht in Lohnsklaverei schmachtet, schmilzt immer mehr zusammen und zwingt sie, ihre Lage als proletarisch zu erkennen oder ihr demnächstiges Verfallen ins Proletariat voranzusehen. Es dämmert diesen kleinen Leuten immer mehr die Erkenntnis auf, daß die Sozialdemokratie sie nicht freisetzen will, sondern daß Militarismus und Kapitalismus sie aushöhlen und lähmen, daß die Sozialdemokratie diese Ungeheuer bekämpft und die einzige Partei ist, die dies grundsätzlich und konsequent thut, daß sie allein das Wohl aller ins Auge faßt.

Da phantastisch sich nun Göhre eine evangelisch-soziale Partei der durchgreifenden großen sozialen Reformen zurecht, welche zwischen der „großen einen reaktionären Masse“ und der anderen „großen revolutionären Masse“ eine „große reformerische Masse“ darstellen soll, in ihr allein ist das Heil! Sie also muß geschaffen werden!

Schafft sich was! Woher nehmen und nicht fehlen? Die Erde ist vertheilt und der Post Paul Göhre kommt zu spät, er muß von den beiden „Massen“ rechts und links Zusätze erwarten und veranlassen. Will er sozial wirken, so sind die aus dem Heerlager der reaktionären Masse nicht zu erwarten. Und aus den Reihen der „revolutionären Masse“, die keine religiös-konfessionellen Tüchlein und Glaubensproben verlangt, auch nicht. Weiden schließlich von der wirtschaftlich-proletarischen Bevölkerung, den „kleinen Leuten“ Deutschlands nur noch die übrig, welche man mit dem Wörtlein „Revolution“ und „revolutionär“ grüselig machen kann, deren Zahl glücklicherweise auch im stetigen Rückgang begriffen ist, trotz aller kläglich geringfügigen Resultate der offiziellen Veranstellungen zur Volkserziehung und Volksaufklärung und aller „rothen Gespenster“.

Nun fordert Göhre auch noch, daß die neue Zukunftspartei „durch und durch christlich sein muß.“ Natürlich, da noch das Hirngespinnst vom „christlichen Staat“ in der Luft flattert, kann einer, der daran glaubt, auch meinen, daß eine politische Partei christlich sein und den christlichen Staat wieder kristianisieren könnte. Dazu soll diese „christliche“ Partei nach Göhre auch nicht kirchenpolitisch auftreten. Wie sie das machen wird oder machen soll, das möchten wir gern wissen. Charakteristisch ist es, daß Göhre selbst diese seine Betrachtungen abbrechend schließt (S. 157): „Damit ist es genug der Zukunftsmusik.“

Doch was soll man sagen, wenn nach allen seinen klaren Prophezeiungen und Aufforderungen an die Christlich-Sozialen zu gewaltigen politischen Thaten, der christlich-soziale Pfarrer Paul Göhre schließlich den kirchlichen Behörden sich lässlich unterwirft mit dem Zugeständnis, daß die Geistlichen keinen aktiven Antheil an politischen Leben nehmen dürfen, sondern vorher den Priestertalar ablegen müssen. Die ganze evangelisch-soziale Bewegung ist entgegen diesem Grundsatze künstlich gemacht worden durch evangelische Geistliche. Siehen sich die letzteren von der Bewegung zurück, so wird sie um so schneller verkommen. Nur wenige dieser Leute sind ja in der Lage, „den Talar ausziehen“ zu können. Das ist's aber gerade, was der konservative Interessensklüngel wünscht. Und deshalb hat denn auch Herr Göhre seinen Lohn vorweg für sein Rückzugssignal. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat seiner staatsmännischen Einsicht hohes Lob ausgestellt. Mögen nun die wunderbaren Wege Göhre's von der evangelisch-sozialen Bewegung eingeschlagen werden oder nicht, über kurz oder lang wird sicher eintreten, was er befürchtet: „sie wird nur noch zerfahren, zerplitteter, unerschütterlicher werden als bisher, immer mehr nur eine große Kraftvergeudung und schließlich nichts als eine einzige Diskreditierung des evangelischen Christenthums“.

Versammlungen.

Nicht Gewerkschaftsversammlungen, von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufen, tagten vorgestern in den verschiedenen Stadtgegenden. Die Tagesordnung war in allen Versammlungen die gleiche. Es handelt sich um eine weitgehende Propaganda unter allen Arbeitern Berlins für den Hutmachereistreik, den Boykott der Privatpost und die Gewerbegerichts-Wahlen. Die Hutarbeiter befinden sich seit dem Donnerstag vor Pfingsten im Ausstand, der ihnen von den Fabrikanten ihrer Branche aufgezwungen wurde. Die Organisation der Hutarbeiter, die es sich mit gutem Erfolg angelegen sein ließ, die Interessen ihrer Berufsgenossen energisch zu wahren, ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Diese glaubten nun die Zeit gekommen, um einen wirksamen Schlag gegen die Arbeiterorganisation führen zu können und dieselbe zu zertümmern. Die Hutmacher, welche die Kosten ihrer Lohnkämpfe bisher immer aus eigenen Mitteln gedeckt haben, sind diesmal dazu nicht in der Lage, weil ihre Kasse durch vorausgegangene Streiks erschöpft ist. Sie wenden sich deshalb an die Arbeiter aller Gewerkschaften und glauben dies mit größtem Recht thun zu können, da es sich bei ihrem Streik um einen Kampf für die Erhaltung der Organisation handelt, da es gilt einen Schlag gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter abzuwehren, und die Unterstützung eines solchen Kampfes selbstverständliche Pflicht aller Klassenbewußten Arbeiter ist.

Die Angehörigen der Privatpost waren auch, wie bekannt, in einen Streik für die Aufbesserung ihrer wahrhaft elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Da hier fast ausschließlich bisher unorganisierte ungelernete Arbeiter in Frage kommen, so ging der Streik verloren, denn es gelang der Privatpost, in kurzer Zeit Ersatz für die Ausständigen zu bekommen, so daß diese keine Aussicht haben, in dem Betriebe wieder beschäftigt zu werden. Die Opfer dieses leider verlorenen Kampfes heißen gleichfalls Unterstützung, vor allem aber wünschen sie, daß die Arbeiter Berlins die Privatpost nicht zur Verbesserung von Briefen, Drucksachen und Gütern benutzen, damit der durch die weitgehendste Ausbeutung des Personals erzielte Profit der Gesellschaft nicht durch Aufträge der Arbeiter erhöht werde. Endlich wurde in den Versammlungen auf die Vortheile hingewiesen, die den Arbeitern bei Streikthaten mit den Unternehmern durch Inanspruchnahme der Gewerbegerichte erwachsen. Die Versammelten wurden aufgefordert, sich rege an den im September stattfindenden Wahlen zu beteiligen, und, um das zu können, für Entrohung ihres Namens in die Wählerlisten, die bis zum 29. d. M. bewirkt sein muß, Sorge zu tragen.

Wir lassen hier kurze Berichte über den Verlauf der einzelnen Versammlungen folgen:

Im Keller'schen Saal in der Koppenstraße waren etwa 900 Personen versammelt. Hutmacher Lauschle referirte unter lebhaftem Beifall über den Hutmachereistreik. Nachdem sich drei Diskussionsredner zustimmend geäußert hatten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die Versammlung erkennt den Ausstand der Berliner Hutarbeiter und Arbeiterinnen als einen Klassenkampf an und erklart in dem rigorosen Vorgehen der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisation eine Gefährdung des den Arbeitern gewährleisteten Koalitionsrechts. Die Versammelten erachten es als ihre Pflicht, den Streik der Hutmacher moralisch und materiell zu unterstützen, und dadurch die von den Unternehmern beabsichtigte Zerstörung der Organisation zu vereiteln.

Ueber den Boykott der Privatpost referirte der Handelshilfsarbeiter Schumann. Er erläuterte den bekannten Verlauf des Ausstandes der Privatpost-Angestellten und empfahl folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „In Erwägung, daß die Direktion der Privatpost die minimalen und mehr als berechtigten Forderungen ihrer Angestellten in schroffer Weise zurückgewiesen hat, beschließt die Versammlung: die Arbeiterschaft Berlins überträgt der Berliner Privatpost so lange keinerlei Brief-, Drucksachen- oder Güterbestellungen, bis dieselbe sich herbeiläßt, in ihrem Betriebe menschenwürdige Arbeitsverhältnisse einzuführen.“

Zum 3. Punkt der Tagesordnung gab Genosse Millarg einen Ueberblick über die Thätigkeit des Gewerbegerichts. Danach sind in der Zeit vom 1. April 1894 bis dahin 1895 12 376 Klagen anhängig gemacht worden, gegen 12 947 des Vorjahres. Von Arbeitnehmern wurden 12 160 Klagen eingereicht darunter 2701 von Frauen und Mädchen, während von Arbeitgebern 216 Klagen anhängig gemacht wurden. 575 Prozesse betrafen ein Objekt von über 100 M. Die Kosten des Gewerbegerichts betragen im obigen Geschäftsjahr 20 413 M. Auch die Thätigkeit des Ausschusses, sowie des Einigungsamtes wurde vom Redner eingehend würdigung unterzogen, und im Hinblick auf das Interesse, welches die gesamte Arbeiterschaft an der Wirksamkeit des Gewerbegerichts hat, forderte Redner zu einer allseitigen Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen auf.

Die Versammlung bei Henke in der Naumnstraße war gut besucht. Das Referat über den ersten Punkt der Tagesordnung hielt Hutmacher Wölkel, worauf die von ihm empfohlene Resolution angenommen wurde. Ueber den Boykott der Privatpost referirte Puziger. Bei dieser Gelegenheit brachte Wiese die Differenzen bei der Paketfahrt-Gesellschaft zur Sprache. Zu der Resolution, die den Boykott über die Privatpost ausdrückt, war ein Antrag eingegangen, der auch den Boykott über diejenigen Geschäftsleute verhängen will, welche eine Annahmestelle der Privatpost haben. Nachdem mehrere Redner die Undurchführbarkeit eines derartigen Boykotts ausgelegt hatten, wurde der Antrag zurückgezogen und die Resolution angenommen. Ferner Köster referirte darauf über die Gewerbegerichtswahlen und forderte zur Eintragung in die Listen auf. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht statt.

Bei Werten's, Friedrichstr. 236, fand die Versammlung des zu schwachen Besuches halber nicht statt.

In Ahrens Brauerei erörterte Augustin die Ursachen des Ausstandes der Hutarbeiter, betonend, daß die ganzen Vorkommnisse den Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital kennzeichnen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die finanzielle und moralische Unterstützung der Ausständigen aus. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Maßregelung der Berliner Privatpost gegenüber ihren Angestellten beleuchtete Streiner, der eingangs seiner Ausführungen bedauerte, daß nicht gleichzeitig über die Paketfahrt-Gesellschaft der Boykott verhängt werden könne, die in derselben Weise mit ihren Arbeitern verfahren ist, wie die Berliner Privatpost. Der Redner schildert sodann die gepflogenen Verhandlungen, das rigorose Vorgehen der Direktion, das Verhalten der Polizeibehörde den Streikenden gegenüber und ersucht die Anwesenden, den Beschluß der Gewerkschafts-Kommission zu dem ibrigen zu machen und für die allgemeine Durchführung zu wirken. Verschiedene Redner wünschten gleichfalls den Boykott über die Paketfahrt-Gesellschaft. Ein Beschluß in dieser Sache wurde, nachdem Pfeiffer und Schnorr aus tatsächlichen Gründen dagegen gesprochen, vorläufig nicht gefaßt, hingegen die Resolution, in welcher der Boykott über die Privatpost mit allen Mitteln durchgeführt werden soll, einstimmig angenommen. Zum Schluß

erläuterte Pfeiffer die Wichtigkeit der Wahlen zu dem Gewerbegericht und forderte die Versammelten auf, für dieselben rege zu agitieren. Nachdem noch auf die Flugblattverteilung hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

Im Kolberger Salon, wofür ein stark besuchte Versammlung tagte, hatte Hutmacher Schneider das einleitende Referat übernommen. Derselbe gab nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung und früheren Kämpfe der Hutmacherorganisation einen eingehenden Bericht über den gegenwärtigen Kampf, dessen Ursache und Verlauf. Redner kommt in seinen Ausführungen zu dem Schluß, daß dieser Kampf ein Kampf um das Koalitionsrecht, ein Klassenkampf ist, und richtet an alle Gewerkschaften den dringenden Appell um moralische und materielle Unterstützung, indem er die Annahme der Resolution befürwortet. In der Diskussion sprachen sämtliche Redner in gleichem Sinne und wurde sodann die Resolution einstimmig angenommen. Zum Boykott der Privatpost schildert Straub in eingehender Weise die Ursachen, welche den Streik der Privatpost-Angestellten verursacht haben. Redner bittet, auch über die Paketfahrt-Gesellschaft den Boykott zu verhängen als Antwort auf die in neuester Zeit getroffenen Maßnahmen derselben. Weiterem Antrag wurde in der Diskussion von einigen Rednern widersprochen, da man erst abwarten müsse, welche Stellung die Angestellten der Gesellschaft und die Gewerkschaftskommission einnehmen werden. In der Abstimmung wurde der Boykott über die Privatpost einstimmig, der über die Paketfahrt gegen vereinzelt Stimmen beschlossen. Nach einem Hinweis der Genossen Lehmann und Hünze auf die bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Die Versammlung in der Söminänderstraße war von ca. 700 Personen besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referirte Genosse Göhle und gelangte die oben erwähnte Resolution einstimmig zur Annahme. Ueber Punkt 2 der Tagesordnung referirte Rhein, indem er in bereiter Weise den Verlauf des Streiks der Angestellten bei der Privatpost, das Verhalten der Direktion und die eifrige Unterstützung, die ihr von seiten der Polizeibehörde zu theil wurde, den Anwesenden darlegte. Wegen der Ausführung des über die Privatpost verhängten Boykotts entspann sich eine längere Diskussion, an der sich A. H. L. Luther, Kiesel, W. A. M. und Schwarz beteiligten, die damit endete, daß ein Zusatzantrag Schwarz: auch diejenigen Geschäftsleute, welche Verkaufsstellen innehaben, zu boykottieren, abgelehnt, dagegen ein Antrag Koopmann: jenen Geschäftsleuten die Aufgabe des Verkaufs der Wertheichen und Briefkasten zu empfehlen, mit der allgemeinen Resolution einstimmig angenommen wurde. Zum dritten Punkt der Tagesordnung referirte Dietrich, indem er auf die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen hinwies. In der Diskussion wurde von Kiesel darauf hingewiesen, daß diesmal auch die Hirsch-Dunker'schen eigene Kandidaten aufstellen wollten. Man möge also besser auf der Hut sein als bei den Stadtverordnetenwahlen und sich nicht wieder überrumpeln lassen.

Im Lokal Königs Hof, Balowstraße, referirte Patke über den Ausstand der Hutmacher. Redner hob den festen Zusammenhalt der in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter und Arbeiterinnen hervor; indessen betonte er auch, daß bei dem Charakter des Kampfes, in dem Organisation gegen Organisation stehe, die Unterstützung der allgemeinen Arbeiterschaft durchaus von Nothen sei. Seinen beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich H. Faber unter Zustimmung der Versammelten an, worauf die vorgeschlagene Resolution zur Annahme gelangte. Ueber den Streik der Privatpost-Angestellten berichtete P. H. B. der nach Lage der Dinge einen Boykott der Gesellschaft empfehlen zu müssen glaubte. In längerer Debatte wurde demnach die Frage nach der Zweckmäßigkeit eines solchen erörtert. Die Meinungen der verschiedenen Redner gingen zum theil auseinander. Eine ziemlich scharfe Kritik erfuhr im Laufe der Diskussion die in letzter Zeit vielbesprochene Behandlung der Angestellten der Privatpost durch die Leiter derselben, ebenso wie das Verhalten der Polizei gegenüber den Ausständigen, das als eine Verletzung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gekennzeichnet wurde. Schließlich nahm die Versammlung die vom Referenten vorgeschlagene Resolution an. Hermann Faber sprach hierauf über die Bedeutung der bevorstehenden Gewerbegerichts-Wahlen. Er legte es den Anwesenden ans Herz, in jeder Beziehung auf dem Posten zu sein, da das Gewerbegericht bei geeigneter Besetzung sehr wohl jenseitig wirken könne. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung trennten sich die Versammelten.

Im Feenpalast referirte Adolf Hoffmann unter lebhafter Zustimmung der Versammlung über den ersten Punkt der Tagesordnung. In der Diskussion wurden die internen Verhältnisse der Hutmacher-Organisation eingehend besprochen und sodann die eingangs erwähnte Resolution einstimmig angenommen. Den Boykott über die Privatpost begründete Genosse Kahler eingehend, indem er das Verhalten der Direktion ihren Angestellten gegenüber einer scharfen Kritik unterzog. Von einem Redner in der Diskussion wurde hierauf empfohlen, auch der Empfänger solle die ankommenden Sendungen jener Gesellschaft abweisen. Die Versammlung beschloß, diesem Vorschlage gemäß der allgemeinen Resolution folgenden Zusatz zu geben: „Alle durch die Privatpost zugestellten Sendungen sind zu verweigern, ferner ist mit allen geschäftlich zulässigen Mitteln solange für Verschwinden der Annahmestellen Sorge zu tragen, bis die Privatpost-Gesellschaft sich mit ihren Angestellten geeinigt hat.“ Zum Schluß wurde zur regen Theilnahme an den Gewerbegerichtswahlen ermahnt.

Deutscher Holzarbeiterverband. Eine zahlreich besuchte Versammlung der Werkstat-Vertrauensmänner, die am 17. d. M. tagte, erörterte die Frage der ferneren Agitation für die Organisation und die Aufgaben der Vertrauensmänner. Der Vorsitzende Glöck, der das einleitende Referat übernommen hatte, führte aus, daß es Aufgabe der Mitglieder, insbesondere der Vertrauensmänner sei, durch ruhige Agitation für Anschluß an den Verband und Verbreitung der Ziele und Bestrebungen der Organisation zu wirken. Die bedauerliche Thatsache, daß nur bei einem Streik die Massen bewegt werden können, einer Organisation sich anzuschließen und die seit Bestehen der deutschen Gewerkschaftsbewegung sich immer wieder zeige, müsse endlich der Auffassung Platz machen, daß die Gewerkschaftsorganisation nicht nur dazu da sei, in Zeiten günstiger Geschäftskonjunktur irgendwelche Vortheile durch Streiks zu erringen, sondern daß sie auch in der Zeit der Krise die gewonnenen Vortheile gegen alle Uebergriffe der Unternehmer zu verteidigen hat, um nicht bei Eintreten günstiger Geschäftsverhältnisse die Sisyphusarbeit der Aufrechterhaltung der trägen Masse der Gewerkschaften von neuem zu beginnen. Aber auch von eminenter Bedeutung sei die Aufgabe der Gewerkschaft, die Gewerkschaften zu bilden, auf ein höheres geistiges Niveau zu bringen; denn es sei nicht zu verhehlen, daß fast in allen Arbeitskategorien, auch bei den Holzarbeitern sei es der Fall, ein beträchtlicher Theil der Gewerkschaften geistig ziemlich tief ständen; daran habe allerdings die heutige Gesellschaft Schuld. Das Klassenbewußtsein müsse erst bei jedem geweckt werden durch zeitgemäße Unterhaltung oder Lektüre in den Werkstätten und bei den Zusammenkünften. Der Ernst und die Bedeutung der Arbeiterbewegung, mit der ja die Gewerkschaftsbewegung

Achtung! 4. Wahlkreis Achtung!
und Niederbarnimer Kreis.
 Sonntag, den 21. Juni, im „Schloß Weißensee“:
Grosses Volksfest

arrangiert von den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises und des Niederbarnimer Wahlkreises unter Mitwirkung von Mitgliedern der Arbeiter-Bildungs-Schule und des Arbeiter-Fängerbundes.

Vokal- und Instrumental-Konzert
 Musik von Mitgliedern der Fr. Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Massengesänge. Bücher- u. Bilder-Verloosung. Volksspiele.
Großes Schauturnen. Kinder-Belustigungen.
Politisch-satirisches Kasperle-Theater.

Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag geöffnet.
 Im Bal champêtre von 4 Uhr ab:
TANZ. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang vormittags 8 Uhr. — Billets im Vorverkauf 20 Pf., am Eingang 25 Pf. Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. 216/4

IV. Wahlkreis — Nieder-Barnim!
Zum Volksfest im Schloß Weißensee
 errichtet dort am Sonntag den 21. Juni 1896
W. Arndt & Th. Dochow
 einen

Wurst-, Brot-, Butter- und Fleischwaren-Verkauf
 zu gewöhnlichen Markthallen-Preisen.
 Der Bedeutung des Festes Rechnung tragend, ist für eine reiche Auswahl aller Waren in bekannter Güte gesorgt; das unbedequate Mitnehmen von Belag und Butterbrot bleibt somit den Festteilnehmern erspart. Wir bitten die Genossinnen und Genossen, unser Unternehmen wie bisher gütlich zu unterstützen.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.
Großes Sommerfest
 am Sonnabend, den 20. Juni cr., in Weimann's Volksgarten, Badstr. 57
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Senefelder“, verbunden mit Spezialitäten-Vorstellung und Sommerachts-Ball.
 Kinderbelustigungen.
 Billets 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Es ladet ergebenst ein Die Kommission.

Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen. **Grünau.** Allen Arbeitern ganz besonders zu empfehlen.
Gastwirthschaft G. Lindenbann, Friedrichstraße 2.
 Garten — Kegelbahn — Kleiner Saal mit Piano — Verkehrslokal des Arbeiter-Bildungs- und Gesangsvereins. — Speisen und Getränke in bekannter Güte. Gr. Weiss 20 Pf. 4/10 Bützow Versand 15 Pf.

Hanckel's Ablage, Käppel's Restaurant.
 Wald, Wasser und dicht an der Station gelegen, empfiehlt sich zu Ausflügen zc. Kaffeeküche. Gute Speisen und Getränke. Ausspannung.

Strand-Restaurant am Müggelsee
 (zwischen Müggelschloß und Aussichtsturm),
 idyllisch und einzig herrlich am Müggelsee, von schönen Laub- und Nadelwäldern umgeben, bietet größeren Gesellschaften zu 2-3000 Personen einen angenehmen Aufenthalt. Bin gern bereit, meinen großen Saal für Vereine, Fabriken, auch Versammlungen zu überlassen. Vorherige Anmeldung erwünscht. Dampferbrücke und Ausspannung vorhanden. Um gütigen Zuspruch bittet hochachtungsvoll
A. Degebrodt, Strand-Restaurant bei Cöpenick.

Tabbert's Restaurant zum Hirschgarten.
 Fahrsstation. 8 Minuten Waldweg.
 Empfehle mein Lokal zu Landpartien, besonders für große Gewerkschaften und Fabriken. Große Parquet-Säle. Für ca. 2000 Personen Unterkommen. Gute Speisen u. Getränke. Kaffeeküche. Im Walde: 4 Kegelbahnen. Bal champêtre. Schaufel. Würfelbude. Schießstand zc.
 Ausspannung für 80 Pferde. Dampferstation. 5892L*
Carl Tabbert, Restaurant zum Hirschgarten.

Ostbahn-Park
 Rüdersdorferstr. 71. Am Köstriner Park.
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Garten-Konzert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschok.
 Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.
 Volksbelustigungen jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.
 Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.
 Sonntags Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf.
H. Imbs.

Treptow Köpnicer Landstraße
Park-Restaurant Wilh. Jakob.
 Prachtvoller Garten. Ca. 5000 Plätze.
 H. Lagerbier. 10 eleg. Kegelbahnen. Kaffeeküche.
 Netze Lokaltaxen (einschl. großem Konzertsaal mit Sälen und 2 H. Sälen) sind noch einige Sonnabende zur Abhaltung von Sommerachts-Festen zc. zu vergeben. Hier in kleinen Gebäuden zum Auflegen auf der Kegelbahn stets vorräthig.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter.
 (G. S. Nr. 29). 2257b
 Hamburg-Berlin Filiale 4.

Ordentl. Generalversammlung
 am Sonnabend, 20. Juni, ab 8 1/2 Uhr, bei Josl (ob. Saal), Andraastr. 21.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassenbericht. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiche Theilnahme ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Orts-Frankenkasse der Strumpfwirker.
 Montag, den 23. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feind's Salon, Wein-Strasse 11:
Ausserordentliche Generalversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Abänderung der §§ 23, 25 und 26 und Zusatz zu § 23.
 2. Wahl des Schriftführers.
 3. Wahl von 3 Delegirten. 266/1
 Die Delegirten werden um pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Richard Thate
 Dresdenerstrasse 110.
Weiß- u. Bairischbier-Lokal
 empfiehlt sich den Parteigenossen.
Restaurant „Zum Einbich“.
 Georg Schulmeisterstr.
 Treptow, Neue Arng-Allee 4.
 3 Minuten hinter dem Paradies-Garten.
 Gr. schattiger Garten, Kaffeeküche, à Liter 60 Pf. Zwei Kegelbahnen.
Vorzüglich helles Bier
 1/20 Liter 15 Pf.
 Zimmer für Vereine. Ausspannung von Fruchtweinen der eigenen Kelterei à Glas 10 Pf. 49712*
 Jeden Sonntag: Großer Ball.

Paster's
Gesellschafts-Säle
 Neue Königstrasse 7.
 Säle von 100-400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5018L*

Restaur. Spree-Schloß
 Bes.: Ernst Brüning.
 Friedrichshagen, Seestr. 23.
 Erstes Wasser-Lokal Friedrichshagens mit Dampfer-Anlegestelle, großem schattigen Garten, Saal, Kegelbahn, Bairisch Bier Seidel 10 Pf., Berliner Weisse 20 Pf., Huderboote 1 bis 3 Personen Stunde 50 Pf. 2126L*

Mart. Berndt's Würfelbude
 empfiehlt nach wie vor allen Freunden und Bekannten ihren vorzüglichen Frühstücks-, Mittags- und Abendstisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: H. Eisbeins. Für gute Biere ist selbstverständlich bester Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet Martin Berndt, Deonien- u. Alexanderinenstrassen-Eck.

Zenthen. Freunden und Bekannten die Mittheilung, daß ich See-Strasse 35 ein neues Lokal eröffnet habe. Dasselbe ist herrlich gelegen, für Landpartien gut passend und per Wasser, Bahn und Omnibus zu erreichen. Gute Speisen und Getränke zu den bill. Preisen. Zu zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein **Josl, Gastwirth.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)

Montag, den 22. Juni 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenhaus, Oranienstraße 180:
Versammlung für den Bezirk Südosten.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung des Vortrages über das Vereinsgesetz. Referent: Genosse Ewald. 2. Diskussion. 3. Ergänzung der Werkstatt-Kontrollkommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 22. Juni 1896, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler.
 Tages-Ordnung: Welche Forderungen gedenken wir zu stellen? Zur Beachtung! Es ist unbedingt notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimirt, eventuell kann beides in der Versammlung ausgefüllt werden.

Bezirksversammlungen: Osten
 am Montag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Fruchtstr. 36a (oberer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: Die deutschen Gewerkschaften und das Koalitionsrecht. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. — Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstätten besonders eingeladen:
 Seelig, Langestr. 56. Neumann, Königsbergerstr. 28. Abel, Mariusstraße 84. Reischow, Straußbergerstraße 12. Fahrig, Langestraße 91. Böhm, Weberstr. 52. Ulrich, Langestr. 70.
 Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen wird ersucht.

Wedding und Gesundbrunnen.
 Montag, den 22. Juni 1896, abends 7 1/2 Uhr, in Bernhard Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Aubert über: Recht und Rechtsprechung. 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstätten besonders eingeladen:
 Kraft & Polzoldt, Wildenowstr. 4; Kapler, Pringens-Allee 75/76; Haak, Müllerstr. 39; Königsdorfer, Müllerstr. 8; Springborn, Liebenwalderstr. 31; Kopp, Neue Hochstr. 24; Kurt, Neue Hochstr. 8; Meier, Schulzenborferstr. 29; Artus, Wildenowstr. 4, sowie alle Drechsler dieser Bezirke. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!
 Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:
Öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zum internationalen Arbeiter-Kongress in London und Wahl von Delegirten.
 2. Der gegenwärtige Stand des Kampfes in Folge der Malfeiter und unsere weiteren Maßnahmen.
 Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. 300/5
Kollegen, vergeßt die Ausgesperkten nicht!
 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
 Otto Haether, N. Anklamerstraße 44.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Montag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Boltz, Alte Jakobstraße 75:
Mitgliedschafts-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Josl über: Die Erhaltung der Kraft.
 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Mitgliedschaftsangelegenheiten.
 Die Mitglieder werden dringend ersucht, die noch ausstehenden Malisten abzurechnen. 261
 Der Vorstand.

Achtung! Banarbeiter. Achtung!
 Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
 in Gründel's Salon, Brunnenstraße 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnkämpfe im Baugewerbe in diesem Jahre. Referent: Genosse Bruno Pörsch. 2. Bericht der Gewerbegerichtsbeisitzer. 3. Verschiedenes. 80/13
 Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. Die Lohnkommission.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Achtung! Zimmerer. Achtung!
 Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung des Verbandes deutscher Zimmerleute
 (Zahlstelle Berlin).
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Renouveau des gesamten Vorstandes. 3. Bericht des Kameraden Stehr betr. Vereinigung beider Organisationskreise. 4. Verschiedenes.
 Kameraden! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß Ihr Mann für Mann in der Versammlung erscheint. Ferner werden die Mitglieder ersucht, sämtliche aus der Bibliothek entnommene Bücher mitzubringen. 255/2
 Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!
 Sonntag, den 21. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, in M. Cohn's Festsälen, Senft-Strasse Nr. 20-22:
Mitglieder-Versammlung des Zentral-Verbandes deutscher Maurer
 Filiale Berlin II.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Gäste haben Zutritt.
 Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
 Die Lokalverwaltung. 130/19

Hackescher Markt 4 **J. Brünn** Am Stadtbahnhof
(Ecke Neue Promenade) **Börse.**

Nach beendeter Saison gelangen nunmehr zum

Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Cigarren, Cigaretten
Rauch-, Kau- und Schnupftabake
empfiehlt äußerst preiswerth 5906L*

Willy Kahmann, Kommandantenstr. 22
in nächster Nähe der „Arminhallen“ (Nr. 29)
früher Angestellter der Aktien-Gesellschaft Schäffer & Walderr.
Bitte höflich, sich beim Einkauf auf diese Annonce zu beziehen.

Möbel-Ausverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königstraße 69, sollen ca. 200 Wohnungseinrichtungen, vertieft gewasene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirtschaften für 90, 100, 200 Mark abzugeben. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mark, Roummoden, Küchenspind 12, Ruhbaum-Kleiderständer, Vertikow 30 Mark, Aufhängespiegel 15, Vertikow mit Matrasen 18 Mark, Sopha 12, Säulenspindeln, Kleiderständer, hochlegant 64, Trümmel mit Säulen und Kristallglas 60, Herrenschreibtisch, Gläserarmaturen 60 Mark, Kandelaber 76 Mark, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 8 Mark. Gefaltete Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert, auch nach außerhalb. 4581L*

Nur jeden Sonnabend fabelhaft billiger

Stiefel-Tag!

Heute, Sonnabend, verkaufen wir sowohl allerbeste Halbschuhe für Herren in braunem oder schwarzem Leder als auch sehr haltbare Herren-Stiefel mit Befehl oder in einem Stück, sowie auch beste Damen-Stiefel in garantiert echt. Kalbleder-Befehl, statt 9-10 M. **6⁸⁰**

Hugo Rosenfeld & Co.,
Berlin C., Stechbahn No. 1. „Rothes Schloss“.

Deutsche Schuh-Fabrik
Erfurt

liefert
Schuhwaren en gros & en detail
in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der angesehensten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99

und
Rosenthalerstr. 63/64
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 88.
Landbergerstraße 7.
Frankfurt a. M., Liebigstraße 26.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Böln a. Rh., Eigelstein 68.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Bergstraße 8a.
Leipzig, Zeilstraße 27.
Braunschweig, Höhe 4.



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gefestigten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.
Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75, in nur reeller Ausführung. 5228L*

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 21896
Barnimstr. 45.
Kassanien-Allee 101.

Für nur **5 Mark,** mit Glockenspiel 50 Pf. mehr
versende ich gegen Nachnahme meine mit verbesserten Tastenfedern versehenen, unter Garantie als die besten, unübertrefflich erklärten Konzert-Zug-Harmonika

„**Westfalen!**“
38 cm hoch, mit 10 Tasten, 50 Stimmen, 2 Registern, 2 Subalternen, 2 starken Doppelbälgen, 2 Doppelbässen, 85 brillanten Nickelbeschlägen, offener, mit breitem Nickelstab umlegter Klaviatur. Jede Balgkastenecke ist mit einem Stahl-schoner versehen. Schöne, starke, orgelartige Musik. Mit Tremolando- oder Zitterton, bloß 7¹/₂ M. Mit 3 echten Registern und 3 stürziger Orgelmusik bloß 8 Mark. Mit 4 echten Registern und 4 stürziger Orgelmusik bloß 9 M. Selbstlernschule gratis. Verpackung frei. Porto 80 Pf. „Unübertroffene Instrumente!“ Man bestelle beim großen, westdeutschen Harmonika-Exporteur v. Robert Dübberg, Neuenrade i. Westf.

Für Landpartien und Sommerfeste empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaternen, Lampions, Fahnen, Papier-Mützen, Papier-Schärpen, Radan-Flöten, sowie Verlosungsgegenst.
Neu! Stocklaternen u. Fahnen mit Anstichen d. Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896! Neu!
Händler und Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 5335L*
S. & G. Saulsohn, Berlin C.
Kaiser Wilhelmstr. 19a.
Papiergroßhandlg. Papierwarenfabr.

10 Jahre Garantie!
für das Brechen oder Erbrechen der Tasten, jeden meiner
Patent-Zug-Harmonikas
patentiert in verschiedenen Ländern, in Deutschland patentamtlich geschützt unter Nr. 4766. Bekanntlich können bei den bisherigen Instrumenten zu jeder Zeit eine oder mehrere Federn brechen, wodurch das Instrument unbrauchbar wird. Dies kommt bei meinen neu erfundenen Instrumenten nicht mehr vor. Ein solches Instrument, welches mit 2 Registern, 4 Stimmen, 2 Bässen, 2 Subalternen, offener Nickel-Klaviatur, Subalternen, zweifachem unverwundlichem Doppelbalg mit höchsten Genschonern, 85 cm hoch, liefert für nur 27 M. Dasselbe Instrument dreifach mit 3 Registern nur 27 M. Porto 80 Pf. Selbstlernschule und Hilfe umsonst. Anfr. bitte direkt franko. Zu beziehen nur direkt vom Erfinder **Heinrich Suhr** in Neuenrade, Westfalen.
Warnung:
Ich warne ausdrücklich vor künstlich klingenden Klavieren der Konkurrenz, welche die alte Fiederung als verfeinerte Fiederung marktüblich anbieten; meine Fiederung ist patentiert und werden Nachahmungen derselben gerichtlich verfolgt.

Für Kranke!
Echt Cognac
Original-Abzug von Gergonne & Cie.
per Flasche 1,50-5,00 Mark.
Medizinal-Ungarweine, franz., Rhein-, Moselweine.
Neustädtische Kirchstrasse 12
am Bahnhof Friedrichstrasse.

Waldemarstr. 44
parterre rechts im Comptoir, zwischen Adalbert-Straße und Elisabethufer, ist die vorbestimmte Bezugsquelle für **Herren- und Knaben-Filzhüte.** Dort erhält man im Einzelverkauf Knabenhüte von 1.- M. an
Herrenhüte " 1,50 "
Cylinderhüte " 4.- "
Haarfilzhüte " 4,50 "
Nur moderne Waare in großer Auswahl! — Kein Laden!
Arnold & Eggert
Gut - Engros - Geschäft.

Billigste Gelegenheit
einer vorzüglichen Beföstigung
in der Gewerbe-Ausstellung
Brauerei - Ausschank
57/20 der
Brauerei Michelsdorf
im Vergnügungspark (vom Eingang rechts geradezu).
Diners bestehend aus: Suppe, Fisch oder Fleisch, —
Graten mit Kompot und Salat,
Eis — Butter und Käse — von 1-4 Uhr
zu **80 Pfennig.**
Reichhaltige Speisekarte zu sehr billigen Preisen.
Vorzügl. helles u. dunkles Michelsdorfer Lagerbier
à Glas 1/10 Liter 15 Pf.
Musik der eigenen Matrosen - Kapelle.
Abends glänzende Beleuchtung.
Raum für 6000 Personen. — Entree frei. —

Haben Sie Wanzen?
Haben Sie Schwaben?

Dann ist es Ihre Schuld! — Verwenden Sie doch R. Hoffers Spezialmittel, welche diese Thiere u. ihre Brut sofort tödten und ihr Wiederkommen verhindern.
Dofis 50 Pf. und 1 M. beim Erfinder.
Rud. Hoffers, Reichenbergerstr. 55.

Jede Uhr
reparieren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Uhren.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Deutscher Porter.

Deffert- u. Malztrastbier 1. Ranges. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, besond. f. Blutarme, Brustkr., Bleichf., Wöchner., Melono. u. d. leicht belümmel. nahrhaft. kräftigste Bier. — In blutbildend, desb. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. über rasch. 14 Hl. drei, 50 Hl. zehn M. ergl. In Geb. (1/4, 1/2, 1/3) f. Selbstabg. wesentl. billiger. Allein-Verf. handlst. f. Berlin u. Provinz: **Porter-fabrik Ringle,** Berlin, Braunen-strasse 152. Nicht falschezahl. Quali-tät entscheidet!

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.
Patentnachsuchung und Verwertung. [50148*]
Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.
Erste Referenzen im In- u. Auslande.
Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare emp.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, [49928*]
Berlin SW., Büncker-Strasse 14.

Hosenfabrik
Einzelverkauf
Alexander-Str. 38 a,
l. links, am Alexanderplatz, unterhält großes Lager zu Engros-Preisen in Herren-Hosen, Burschen-Hosen, einzelne Schul- u. Knaben-Hosen für jedes Alter und giebt Blick-Loopen gratis.
Einrichtung. Ruhbaum und Mahagoni umständelhalber m. größerem Verkauf sofort zu verkaufen in der Fischerei Admiralstr. 7, Hof 1 Nr. **Künstl. Zähne.**
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Achtung! O. J. Engelke, Neue Jakobstr. 26,
echten alten Nordhäuser Liter 1 M., — 1/2 L. M. 0,50*
extra alte Waare " 1,40 " 0,70.
echten alten Kornbranntwein (besten Cognac) Hl. M. 1,50, 1/2 Hl. M. 0,80
Album- und Lederwaren-Fabrik
O. Gundau
30 Oranien-Strasse 30
Ecke Adalbertstraße.
Großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen, wie Brosche, Ohrringe, Armbänder, Kollern, Ringe, Uhretetten u. zu den billigsten Preisen.
35 cm lang, 20 cm hoch.
Die größte Damen-Handtasche in Leder 3 Mark.

Zahnärztliche Klinik Wedding, Müllerstr. 1. Zahnziehen unentgeltl.
2,50 M., Plomben 1 M., künstl. Zähne, bestes Material, 2 M.
Volks-Badeanstalt Rixdorf.
Canner Chaussee. **A. Stolzenburg.**
Empfehle den geehrten Bewohnern von Rixdorf und Umgebung meine renovirte Badeanstalt für Herren u. Damen mit Schwimmbassin. Billige Abonnements u. Ausbildung f. Schwimmschüler. Schönst. Aufenthalt im schattigen Garten. 4 gute Kegelbahnen u. sonstige Volksbelustigungen. Kaffeeküche. Jeden Sonntag: Gr. Konzert, Spezialitäten u. Theateraufführung, im Saal: **Gr. Ball.** Vereinen steht mein Lokal unentgeltlich zur Verfügung